

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

In den Schuhen der „Iskra“

In einer Periode finsterster Reaktion, igeistiger Lähmung der Massen und brutaler Verfolgung aufrechter Revolutionäre durch die zaristische Geheimpolizei Ochrana brachten Marxisten um Wladimir Uljanow (Lenin) 1900 eine Zeitung mit geringer Auflage heraus. Das Blatt nannte sich „Iskra“ (Der Funke) und wurde zunächst nur im Ausland hergestellt. Seine ersten Druckereien befanden sich in Leipzig, München, London und Genf. Die Leninsche „Iskra“ wurde überwiegend in Emigrantenkreisen gelesen, ging dann aber auch in Rußland von Hand zu Hand. Die Iskristen spielten eine entscheidende Rolle im Vorfeld der Formierung einer Partei der Bolschewiki (Mehrheitler) – so bezeichneten sich die Anhänger Lenins in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (SDAPR), nachdem sie auf dem Londoner II. Parteitag bei einer wichtigen Entscheidung mehr Stimmen erhalten hatten als ihre Gegenspieler, die deshalb Menschewiki (Minderheitler) hießen. Bis zum Herbst 1903 veröffentlichte Lenin in der „Iskra“ eine Reihe von Beiträgen zu grundsätzlichen Fragen der Theorie und Praxis, der Strategie und Taktik einer marxistischen Arbeiterpartei in der Epoche des Imperialismus und der proletarischen Revolution. Als sich die „Iskra“-Mannschaft in zwei Lager spaltete, wobei die Menschewiki das Übergewicht erlangten, verließ Lenin die Redaktion, um sich ganz der Parteiführung zu widmen. Fortan war die Zeitung eine Publikation, von der die Linie des Rechtsopportunisten aktiv unterstützt wurde. Die Bolschewiki aber gaben unter wechselnden Namen legale, halblegale oder illegale Tages-, Wochen- und Monatszeitungen heraus, bis sie 1912 die wiederum Leninsche „Prawda“ zu ihrem Zentralorgan wählten. So weit unser kurzer Exkurs in die Geschichte. Mindestens jetzt werden die Leser fragen, warum wir den „RotFüchsen“ im konterrevolutionär belasteten Deutschland des Jahres 2007, das immerhin noch eine Art bürgerlicher Restdemokratie ist, von den russischen Iskristen und ihrem Wirken am Anfang des 20. Jahrhunderts berichten. Ähneln sich etwa die Situationen? Das dürfte wohl kaum der Fall sein, auch wenn man in Betracht zieht, daß der Sturz des Sozialismus in der DDR die Sonne ebenso verdunkelt hat wie die Niederlage der Revolution von 1905 einst den Russen unter Zar Nikolai II. Lenins „Iskra“ trug auf ihrer Titelseite das Motto „Denn aus dem Funken wird die Flamme schlagen!“ Und in der Tat: Das mächtige Zarenreich stand damals an der Schwelle schwerer Erschütterungen. Die nach zweijährigem Widerstand niederkartätschte russische Revolution endete mit den „Stolypinschen Krawatten“ – so hie-

ßen die Galgen des Innenministers seiner Majestät. Die Konterrevolution verbrannte das Gras so nachhaltig, daß Lenin glaubte, ein neuer Anlauf sei frühestens nach zwei Jahrzehnten möglich. Doch schon 1917 stürmten Arbeiter und Soldaten das Petersburger Winterpalais und brachten die Bolschewiki an die Macht. Natürlich sind Parallelen zur Lage in Deutschland fehl am Platze. Das Kapital der BRD sitzt vorerst fest im Sattel, und es ist kaum anzunehmen, daß das eingelullte und durch die Medien narkotisierte Volk in naher Zukunft von seiner Souveränität Gebrauch machen kann. Nein, wir führen den Wahlspruch der „Iskra“ nur deshalb an, weil man an politische und soziale Prozesse ebenso illusionslos wie aus einer Position des historischen Optimismus herangehen sollte. Denn die Welt dreht sich nicht nach den Rotationsgesetzen von Angela Merkel, auch wenn sie sich jetzt für sechs Monate als Oberhaupt der EU-Europäer wähnt. Übrigens kommt der plötzlich synchronisierte Russenhaß der Massendompteure aus Presse, Funk und Fernsehen der Bourgeoisie nicht von ungefähr. Man traut dem Frieden im weiten Russenland offenbar nicht und ist deshalb knallhart vom Antisowjetismus zum Antiputinismus übergegangen. In gewisser Weise stehen die „RotFüchse“ durchaus in den viel größeren Schuhen der Iskristen, denen Lenin einst den Auftrag erteilte, „kollektiver Agitator, Propagandist und Organisator“ zu sein. Diesem Ratschlag muß jede Zeitung nachkommen, die eine Tribüne für Kommunisten und Sozialisten sein will. Was uns betrifft, so liefern wir ein Beispiel der Richtigkeit dessen, was dem großen russischen Marxisten vorschwebte: Wir greifen unmittelbar in die Tagespolitik der trotz ihrer Stärke auf abschüssiger Bahn befindlichen BRD ein, nennen die Konterrevolution beim Namen und rufen die standhaft Gebliebenen dazu auf, das revolutionäre Erbe, darunter das der DDR, mit Stolz und Würde zu hüten. Das ist kollektive Agitation. Wir verbreiten beharrlich die Lehren der Klassiker des Marxismus-Leninismus, wobei wir neue Erkenntnisse einbeziehen. Das ist kollektive Propaganda. Unsere Zeitschrift stützt sich auf einen Förderverein, der mittlerweile mehr als 1150 Mitglieder hat. In diesem Sinne leisten wir auch die Arbeit eines kollektiven Organisations, obwohl wir weder heute noch morgen eine Partei sind oder sein wollen. Denn unser Ziel bleibt die Zusammenführung von Kommunisten, Sozialisten und anderen Weggefährten mit und ohne Parteibuch auf marxistischer Basis. Wie man das anpackt – auch das haben wir von Lenin und seiner „Iskra“ gelernt.

Klaus Steiniger



INHALT

Die „Eckpunkte“ sind nicht sozialistisch	2
Brief aus Chemnitz	2
Oberstleutnant a. D. Ganßauge stellt richtig	3
Gedanken eines Hamburgers zum Thema „Ankommen“	4
H. H. H.: Marx und Lenin im Blut	5
Prof. Erich Buchholz wird 80	5
Von der „Friedensdividende“ zu den „Mini-Nukes“	6
Goldkornfunde beim „Nordkurier“	7
Plaste und Elaste aus Guben	8
Thierse: „Wir sind noch nicht in der Nazi-Zeit.“	9
Rundfunkgebühren für Gammelfleisch	10
Schlingerkurs im politischen Irrgarten	11
Treuhand als Zulieferer für IG Farben	12
Gilt Lenins Imperialismusanalyse noch heute?	13
Heiligendamm hinter Stacheldraht	14
Kritische Sicht ohne Einknicken	15
Der Schlüssel zur Vollbeschäftigung	16
Zum 100. Geburtstag von Magnus Poser	17
Demagoge Beck abgeschmettert	17
Schäubles „segnende Hand“	17
Mein Freund Olli	18
BRD fast ohne Arbeitslose	18
Fidel Castros Vision beflügelt Millionen Kubaner	19
Bulgarien: Ein Monument für die „Internationale“	19
Incognito in Saint Denis	20
Tel Aviv und das Völkerrecht	21
USA: Mit dem „großen Knüppel“ zur Weltherrschaft?	22
Zu einigen Grundpositionen der Tudeh-Partei Irans	23
Tauziehen um Kasachstan	24
Neue Einsichten Musharraf?	25
Kapital-Schulung auf dem Strohboden	25
Das Gleichnis vom Pfirsichbäumchen	26
Eiserne Zeit	26
Eine Ente am Gendarmenmarkt	27
Uhu, das Bleichgesicht	28
Leserbriefe	29
Anzeigen / Impressum	32

Wortmeldung aus der PDS-BO 22/24 in Berlin-Pankow

Die „Eckpunkte“ sind nicht sozialistisch

Wie sie sind, genügen die „Programmatischen Eckpunkte“ der Linkspartei.PDS jedenfalls nicht. Eine ihrer Schwächen besteht aus meiner Sicht in einer Vielzahl unklarer Formulierungen wie auch in wiederkehrender Verwendung undefinierter Begriffe. Da ist z. B. im Abschnitt I von „wirtschaftlichen und kulturellen Spaltungen“ in der Gesellschaft die Rede. Gemeint ist wahrscheinlich der Klassenwiderspruch. Und was ist ein „transformatorischer Prozeß“, in dem der Kapitalismus überwunden werden soll? Wo liegt der Unterschied zwischen einem „erneuerten solidarischen Sozialstaat“ und „sozialstaatlich reguliertem Kapitalismus“?

Wenn in einem Atemzug von „Fehlentwicklungen und sozialen Spaltungen“ die Rede ist, soll das dann heißen, daß soziale Spaltung lediglich Fehlentwicklung ist? Daß sie nur mit leichter Hand zu korrigieren und so die Spaltung der Gesellschaft in Klassen zu überwinden sei?

„Freiheit ohne Gleichheit ist nur die Freiheit für die Reichen“. Dieser Satz ist so griffig, wie er populistisch ist. In einer kapitalistischen Gesellschaft wäre Freiheit in Gleichheit, d. h. Freiheit für alle möglich? Dann wäre die „Gleichung“ Prolet = Bourgeois tatsächlich der Weisheit letzter Schluß.

Sieht man genauer hin, kann man zu der Auffassung kommen, daß, was ich kritisiere, nicht einfach oberflächlicher redaktioneller Arbeit geschuldet ist; denn unklare Formulierungen finden sich fast immer dort, wo in der Partei schon seit langem unterschiedliche Standpunkte aufeinander treffen.

Daß „viele von uns“ etwas als demokratischen Sozialismus bezeichnen, ist eben keine programmatische Aussage, soziale Spaltung ist keine Fehl-, sondern eine kapitalistisch-folgerichtige Entwicklung, die „Herrschenden in Ost“ waren ganz und gar andere als die „in West“, wie auch die „schwerfälligen Planwirtschaften“ nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit kapitalistischen Krisenerscheinungen zu bringen sind.

Sozialismus und Kapitalismus schließen einander aus. Beide undifferenziert und unkommentiert nebeneinanderzustellen, ist Verwirrspiel, freundlich ausgedrückt. Zusatzbezeichnungen wie „demokratisch“ oder „solidarisch“ und „sozialstaatlich“ ändern am Wesen der Sache nichts. Ein wie auch immer „transformierter“ Kapitalismus bleibt Kapitalismus. (Auch wenn diese Transformation „sozial“, „demokratisch“ und „friedensstiftend“ genannt wird; und es bleibt dann immer noch die Frage, ob die genannten Adjektive sich mit dem Wesen des Kapitalismus in Übereinstimmung bringen lassen.)

Man schämt sich fast, solche Binsenwahrheiten zu verkünden; die unklare Ausdrucksweise im vorliegenden Text zwingt

aber zur Besinnung auf längst erkannte Wahrheiten.

In Abschnitt II werden immerhin Klassenspaltung und Klassenkämpfe festgestellt, wird eine zutreffende Beschreibung des globalen Kapitalismus usw. geliefert; die Überschrift von Abschnitt III enthält dann „unsere Alternative“ zu jenen und anderen Herausforderungen: Eben die schon oben zitierte „Transformation statt Entfesselung des Kapitalismus“. Abgesehen von der gewiß erlaubten Frage, wo denn der Kapitalismus noch gefesselt sein soll – umgeformter, umgestalteter Kapitalismus kann doch wohl nicht unser programmatisches Ziel sein. Und apropos „friedensstiftend“: „Militäreinsätze sind keine Lösung. Sie sind oftmals Teil des Problems“ heißt es unter III/8 in Übereinstimmung mit geltenden Beschlüssen. Warum dann nur zwei Seiten weiter die Frage, ob nicht vielleicht doch ... und wenn ja, unter welchen Umständen „Militäreinsätze im Auftrag und unter Kontrolle der UNO“ eventuell zu bejahen wären? Unter III werden viele demokratische, soziale programmatische Forderungen aufgestellt. Die halte ich alle für berechtigt. Und am Ende des eigentlichen Textes (vor der Nachbemerkung) steht dann jener Satz, der nicht nur meine Überzeugung

ausdrückt: „Gemeinsam streiten wir dafür, daß der Kapitalismus nicht das letzte Wort der Geschichte ist.“ Das muß dann allerdings auch auf einen transformierten Kapitalismus zutreffen. Oder?

Im Abschnitt IV „Für einen Richtungswechsel“ wird die Veränderung des Kräfteverhältnisses als Kernaufgabe der Linken bezeichnet. Wo sonst, wenn nicht an dieser Stelle, wäre ein klares Bekenntnis zu einer sozialistischen Ordnung der Gesellschaft angebracht?

Die „Eckpunkte“ vermeiden es, zwischen Nah- und längerfristigen Zielen zu unterscheiden. Schlimmer: Das eigentliche Ziel, eine sozialistische Gesellschaft, ist ihnen verlorengegangen. So stellen sie, durchaus folgerichtig, auch nicht die Frage nach dem Zusammenhang von Profitdominanz, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau usw. mit den kapitalistischen Produktionsverhältnissen.

Dieser programmatische Entwurf ist nicht sozialistisch. Er drückt sich um klare Aussage und eindeutiges Bekenntnis. Er versucht nur, den Anschein zu erwecken, er sei ein sozialistischer Programmentwurf. Das ist nicht ehrlich.

Werner Wüste

Unser Autor war Chefredakteur des DEFA-Augenzeugen.

Brief aus Chemnitz

„Wir sind sehr enttäuscht ...“

Ich habe im Auftrag meiner Basisgruppe am 22. 6. 2006 in einem Brief an den Parteivorstand kritisiert, daß dieser dem „Zeitgeist“ das politische Feld überläßt. Aus einer Vielzahl von Beispielen habe ich vier ausgewählt.

1. Warum wehrt sich die Partei nicht gegen die Lüge vom „Unrechtsstaat DDR“ und unterstützt Friedrich Wolff nicht, der in einer Petition an den Deutschen Bundestag die offizielle Feststellung der Wahrheit über das angebliche DDR-Unrecht fordert?

2. Warum verschweigt die Partei, welche existenzbedrohenden Verbrechen die herrschenden Kräfte der BRD gegen DDR-Bürger verübt haben und fordert nicht endlich, sich dafür zu entschuldigen?

3. Warum läßt es die Parteiführung zu, daß drei Millionen ehemalige Angehörige der NVA durch deren Verteufelung vom Bundesverteidigungsministerium diskriminiert und kriminalisiert werden?

4. Gilt für den Parteivorstand noch die Erklärung Gregor Gysis im ND vom 17. April 1991 zur Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, und gelten für dessen ehemalige Mitarbeiter uneingeschränkt die Rechte aus dem Grundgesetz der BRD?

Im Schreiben des Leiters der Bundesgeschäftsstelle der Partei Georg Fehst vom 27. 6. 2006 und auf meinen Druck hin

auch des Bundesgeschäftsführers Dietmar Bartsch vom 16. 10. 2006 verweigern beide eine Antwort auf meine Fragen. Sie begründen dies damit, daß der ehrenamtlich besetzte Parteivorstand und die relativ kleine Bundesgeschäftsstelle nicht in der Lage seien, ganze Berge von Post der Parteibasis detailliert zu beantworten.

Beide Genossen haben unser Anliegen offensichtlich nicht verstanden oder wollen es nicht begreifen. Die Beispiele machen doch deutlich, daß der Parteivorstand den Kampf gegen den „Zeitgeist“ nicht wirklich führt, sondern das Handeln jenen Kräften überläßt, die ihn prägen.

Wenn uns Dietmar Bartsch schreibt, daß gegenwärtig keine Veranlassung besteht, die deutsche Geschichte einer grundsätzlichen Neubewertung zu unterziehen, kann uns niemand verübeln, wenn wir dies als Widerspruch zur Forderung des Aufrufs für die Gründung einer neuen Linkspartei sehen, in dem es heißt: „Es bedarf einer Politik, die den Zeitgeist verändert.“

Ist dies nur eine nicht ernst gemeinte Phrase oder will man die Mitglieder beruhigen, um nicht noch mehr Wähler im Osten zu verlieren? Unsere Basisgruppe ist sehr enttäuscht über ein solches Verhalten des Parteivorstandes.

Werner Feigel, Chemnitz

Am Brandenburger Tor wurden 30 000 ausländische Delegationen empfangen

Oberstleutnant a. D. Ganßauge stellt richtig

Oberstleutnant a. D. Günter Ganßauge schrieb an den Parteivorstand von Die Linke.PDS am 20. Juli 2006 einen Brief, den wir mit Genehmigung des Verfassers gekürzt veröffentlichen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Ihnen meine Meinung zum „Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer“ übermitteln.

Ich war bis 1992 PDS-Mitglied, dann wurden mir die ständigen Beschuldigungen zu viel. Ich war von 1952 an Grenzposten in Berlin, ab 1958 stellvertretender Kommandeur der Bereitschaft der Volkspolizei, die den Mittelabschnitt der Grenze sicherte. Am 13. 8. 1961 war ich stellvertretender Kommandeur des Sicherungskommandos Berlin, das die gesamte Grenze durch Berlin sicherte. Ab 1962 war ich Leiter des Informationszentrums am Brandenburger Tor. Dort wurden ausländische Besucher über die Notwendigkeit der Sicherung und die Situation an der Grenze informiert. Bis 1989 waren das weit mehr als 30 000 Delegationen mit über 130 000 Persönlichkeiten aus 130 Ländern der Erde. Etwa zwei Drittel der Delegationen kamen aus nicht sozialistischen Staaten. 1984 wurde ich aus gesundheitlichen Gründen entlassen. Bis dahin habe ich persönlich rund 15 000 Delegationen informiert. Von 1967 bis 1971 studierte ich im Fernstudium an der Akademie für Staat und Recht in Babelsberg und schrieb meine Diplomarbeit zu Westberlin. Ich habe mich also intensiv mit der Geschichte Westberlins und seiner Rolle im kalten Krieg befaßt und die entsprechende Politik an der Grenze erlebt.

Ich wende mich an Sie, da das Konzept von Dr. Thomas Flierl, also einem verantwortlichen Mitglied Ihrer Partei, gezeichnet ist. Ich muß annehmen, daß es also von Ihrer Partei mitverantwortet wird.

Ich bin für die Aufarbeitung der Geschichte, aber der deutschen Geschichte, weil jede separate Aufarbeitung der DDR-Geschichte den Gegenpol BRD außer acht läßt und damit nicht ehrlich ist.

Ich bin für ein Gedenken an die „Opfer der Spaltung“, also auch Ernst Kamith u. a. und nicht für einen Mißbrauch zur antikommunistischen Propaganda.

Im Konzept sind diese Tendenzen unübersehbar. Sie schreiben: „Dieses Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer ist all denen gewidmet, die wegen ihres Wunsches, von einem Berliner Stadtbezirk zum anderen, von Deutschland nach Deutschland, aus einem diktatorischen System in den demokratisch verfaßten Teil ihres Landes zu gelangen, Gesundheit oder Leben verloren; denen, die für ihren gescheiterten oder verratenen Versuch, dieses zu wagen, in der zentralen Stasihaftanstalt Hohenschönhausen oder in anderen Gefängnissen ihrer

Menschenrechte beraubt wurden, sowie den Menschen, denen durch die Teilung Berlins, Deutschlands und der Welt ihre Lebenspläne und -Perspektiven zerstört wurden.“ (AG Gesamtkonzept Berliner Mauer, Koordination: Rainer Klemke, SenWFK)

Schon vergessen? Am 19. Juni 1948 schrieb Johann Baptist Gradl (CDU) in „Der Tag“, Westberlin: „Von nun an läuft zwischen den Westzonen und der Sowjetzone auch eine Währungsgrenze. Jenseits der Zonengrenze ist Ausland, Devisenland.“ Das traf genauso auf Westberlin zu.

Ich könnte zustimmen, wenn ohne Agitation geschrieben stünde: „Dieses Gesamtkonzept zur Erinnerung an die Berliner Mauer ist all denen gewidmet, denen durch die Teilung Berlins, Deutschlands und der Welt ihre Lebenspläne und -Perspektiven zerstört wurden.“ Aber dann müßte man auch noch den Mut haben zu sagen, wer gespalten hat, siehe Währungsreform.

Sie schreiben allen Ernstes, das Konzept diene der Herstellung der inneren Einheit. Das ist auch nur eine Alibi-Behauptung; denn die verantwortlichen Politiker haben keinerlei Interesse an der inneren Einheit in absehbarer Zeit. Sie haben ihre Pfründe gesichert, ob sie nun aus Ost oder West kommen. Es geht um die antikommunistische Beeinflussung der Kinder und Jugendlichen. Das habe ich von CDU, FDP, SPD und Grünen erwartet, aber nicht von der Linkspartei.PDS. Nach ihrem Konzept war Westberlin eine „Insel der Freiheit und Demokratie“ inmitten der SED-Diktatur.

Wer nannte denn Westberlin „Frontstadt“, „billigste Atombombe“, „Pfahl im Fleische der DDR“, „Falltür inmitten der Ostzone“, wer lobte die hervorragende Arbeit des RIAS am 17. Juni 1953? Es waren Politiker aus dem Westen. Alles Tatsachen, die, so es gewünscht würde, in den Zeitungsarchiven zu finden wären. Zwei Beispiele:

„... Viele westliche Beobachter hier in Berlin sind der Ansicht, daß die Propagandastation der Vereinigten Staaten in Berlin, der RIAS, eine wesentliche Rolle bei den Ereignissen in der vergangenen Woche gespielt hat. Viele gehen sogar so weit, zu behaupten, es wäre niemals zu diesen Unruhen gekommen, hätte es nicht die Rundfunksendungen dieser Station

gegeben, die den Geist erzeugten, die die Streiks veranlaßten und die Programme, die um 5 Uhr morgens nach allen Teilen Ostdeutschlands detaillierte Pläne für einen Generalstreik über Rundfunk verbreiteten ...“

(New York Times, internationale Ausgabe, Amsterdam, 23. Juni 1953)

„... Der RIAS hat im Juni 1953 unschätzbare Informationen für die Putschisten geliefert ... Er hat sich die Aufgabe gestellt, Funken in das ... Pulverfaß zu werfen. Der RIAS verfügt wahrscheinlich als einziger unter den größeren Rundfunksendern der Erde über einen eigenen Spionagedienst.“

(New York Herald Tribune, europäische Ausgabe, Paris, 19. Oktober 1953)

Ich habe gegenüber ausländischen Besuchern am Brandenburger Tor sehr viel mit der Westpresse gearbeitet, was mir die Information wesentlich erleichterte. Sie schrieb an anderer Stelle, die Grenze in Berlin sei keine Grenze zur Außensicherung gewesen. Jeder Staat hat Staatsgrenzen. Sie dienen in erster Linie dazu, das Territorium des Staates für jeden sichtbar zu begrenzen. Die BRD und Westberlin wollten diese Grenzen der DDR im Gegensatz zum Völkerrecht, zur Schlußakte von Helsinki und anderen Vereinbarungen nicht anerkennen. Bis 1961 machten die Sowjetunion und die DDR über 150 Verhandlungsvorschläge zur Lösung der deutschen Probleme, sie wurden von der BRD abgelehnt oder gar nicht erst beantwortet. Nach 1961 sprachen und verhandelten sie mit uns.

Im übrigen werden Staatsgrenzen so gesichert, wie es die Interessen des jeweiligen Staates erfordern. Das trifft z. B. auf die „Zäune“ zwischen den USA und Mexiko zu. Den Begriff „Antifaschistischer Schutzwall“ habe ich kaum gebraucht, obwohl er teilweise angebracht gewesen wäre. Ich habe gegenüber den Gästen von dem gesprochen, was sie ja in der Praxis sahen: Von der Mauer, die so häßlich war wie die Politik, die aus Westberlin gegen die DDR betrieben wurde.

Zum Schluß noch eine Bemerkung: In der Vergangenheit wollte ich nicht glauben, daß auch Die Linke.PDS keine ehrliche Aufarbeitung der Geschichte betreibt, sondern in dieser Frage zu unseren Gegnern gehört. Die DDR war offensichtlich auch für sie, so wie es an den Schulen gelehrt werden soll, nur Staatssicherheit, Gefängnisse, Schießbefehl (den es nie gab) und „schießwütige Grenzer“.

Ich habe die DDR mitgestaltet, ich stehe auch zu den Fehlern und Schwächen. Deshalb lasse ich mir als Zeitzeuge nicht den Mund verbieten. Wenn gewünscht, bin ich zu Gesprächen bereit und gebe Ihnen auch gern Einsicht in Hunderte von Dokumenten (Fotos, Presseauschnitte u. a.), die ich verwahre.

Mit freundlichen Grüßen
Günter Ganßauge

Die **RF-Regionalgruppen Güstrow und Teterow** laden für den **21. Februar** um **15 Uhr** in das Bürgerhaus Am Sonnenplatz 1 in Güstrow ein.

Es spricht **Rainer Rupp**, „unser Mann bei der NATO“, über das Thema:

Anfang vom Ende des USA-Imperialismus

Über Leute, die sich den Herrschenden an den Hals werfen Gedanken eines Hamburgers zum Thema „Ankommen“

Ankommen ist ein Begriff, der zunächst einmal angenehme Assoziationen weckt: Am Ende eines langen Weges ein selbst gewähltes, vielleicht ersehntes Ziel erreichen, nach den Mühen des Marsches dort Ruhe und Erholung finden.

Heute hat der Begriff im politischen Raum auch eine andere Bedeutung: Wenn standhaft Gebliebene in bezug auf Ex-Linke davon sprechen, diese seien „angekommen“, dann bringen sie damit Verachtung für deren politische Entscheidung zum Ausdruck. Das Geschmähte ist dabei, daß sie einen Weg der Anpassung an die herrschenden Verhältnisse zurückgelegt haben, der zu ihren ursprünglich geäußerten Ansichten in schroffem Gegensatz steht.

Der Begriff „Ankommen“ schließt meist die Vermutung ein, daß die Versöhnung mit den bestehenden Verhältnissen schon von Anfang an, nicht selten hinter radikalem Getöse verborgen, das wahre Ziel des Wegs gewesen ist, auch wenn den Akteuren das anfangs vielleicht nicht so bewußt geworden sein mag.

Nehmen wir als Beispiel für solches Ankommen die Partei der Grünen. Anfang der 80er entwickelten sie sich aus Basisbewegungen zu einer Partei mit vier hehren Prinzipien: Ökologisch, sozial, basisdemokratisch und friedlich wollten sie sein. Wohlgermerkt: Die Änderung der Eigentumsverhältnisse oder gar der Sozialismus kamen dabei nicht vor. Und heute: Im Umweltschutz sind sie über Dosenpfand und den Text des Kyoto-Protokolls kaum hinausgekommen; auf sozialem Gebiet machen sie in puncto Marktradikalismus selbst der FDP Konkurrenz; ihr Parteiapparat und ihre Regierungsbeteiligungen agieren ungestört von irgendwelchen Einmischungen der Basis; auch als Kriegspartei stehen sie ihren Mann (und ihre Frau, denn darauf bestehen sie immer noch!).

Man sieht: Gegen solches „Ankommen“ hilft nur eins: eine wirklich gute radikale Theorie. Radikal heißt: bis an die Wurzeln der Gesellschaft reichend, vor allem an die Eigentumsverhältnisse!

Wer es hier nicht zu klaren Positionen schafft, der rutscht auf der schiefen Ebene von Sachzwang, Privilegien und ideologischer Anpassung immer weiter in Richtung „Ankommen“.

Ähnliches gilt auch für andere: Die WASG und die Linkspartei befinden sich auf

dieser abschüssigen Bahn. Auch die DKP ist gegen negative Einflüsse solcher Art nicht gefeit.

Soweit ich mich erinnere, kam diese Nebenbedeutung von „Ankommen“ erst nach der „Wende“ in Umlauf. Es ging damals um die Bewertung zweier politischer Grundhaltungen in der annektierten DDR durch die „öffentliche Meinung“, wie sie sich in den Medien ausdrückte.

Die eine Haltung, die allgemein mißbilligt wurde, war die des „Wendehalses“: Der Menschen, die bis gestern dem Sozialismus brav und überzeugt ihr „Hosianna“ zugerufen hatten und nach dem Wegfall der Mauer von heute auf morgen zum „Kreuziget!“ übergingen, oftmals begleitet von Selbstbeichtigungen und weinerlicher Reue. Man war nicht sicher, ob sie vorher geheuchelt hatten oder jetzt heuchelten, oder gar beides, ob es Menschen ohne jegliche Überzeugung waren.

Schwieriger verhielt es sich mit den anderen: Die stellten, überrascht oder in ihren Befürchtungen bestätigt, fest, daß keineswegs alle Blütenträume der „Heldenstadt“-Protagonisten und Mauerstürzer reiften: Industrie plattgemacht, Arbeitsplatz weg, DM-Guthaben aufgebraucht, Rente gekürzt, von „Wessis“ verachtet, gegängelt und diskriminiert, die Kinder in den Westen gegangen, wo sich allein noch Aussichten boten, einen Job zu finden. An sie wurde in herrischem Ton die Erwartung gerichtet, sie sollten zugeben, bisher in einem Unrechtsstaat gelebt zu haben, ähnlich schlimm wie bei den Nazis. Sie sollten vergessen, wie ihr Leben tatsächlich verlaufen war, was sie an sozialer Sicherheit und an Entwicklungsmöglichkeiten besessen hatten. Sie sollten ankommen!

Diese Erwartung läßt sich auch doppelt deuten: Die eine Deutung: Die DDR ist eben weg, es gibt nur noch das große Deutschland, richtet euch darin ein! Fuchs, dein Fuß steckt im Fangeisen, mach es dir so gemütlich wie möglich! Das wäre aber mit Ankommen ungenau bezeichnet. Wer nach dem Schiffbruch an einer unwirtschaftlichen Küste strandet, muß sich in sein Schicksal fügen, aber er ist nicht dort angekommen, wo er hin wollte.

Die andere Deutung: Ihr habt genau das gekriegt, was ihr wolltet, also lebt damit, und jammert nicht! Diese Deutung ist zynisch, aber auch scharfsinnig. Die Mauer zu stürzen, hat von allem Anfang an nur eine Perspektive eröffnet, wie sie dann auch eingetreten ist. Platz für irgendwelche dritten Wege gab es nie! Das wußtet ihr nicht? Das hättet ihr aber wissen müssen. Ihr habt alle in der Schule Marxismus-Leninismus gehabt und gelernt, was Kapitalismus und Imperialismus sind.

Der Zynismus steckt darin, daß der Mensch eben nicht nur in der Schule

lernt. Der DDR-Bürger „lernte“ eben auch anderes: nicht nur die Lügen aus dem Westfernsehen, er erfuhr von den eigenen Leuten bedenkliche Dinge, z. B., daß Koexistenz bedeutet, sich mit dem Imperialismus zu arrangieren und ihm sogar Friedensfähigkeit zuzubilligen; daß SED und SPD gemeinsame Papiere zu einem gewissen Maß an ideologischer Harmonie verfassen können. Mit einem Wort: Für das Chaos in den Köpfen vieler DDR-Bürger kann man nicht nur sie selbst verantwortlich machen. Die Führung ist neben der Bewältigung praktischer Maßnahmen auch für die Aufklärung der Bevölkerung zuständig.

Nun gibt es aber immer noch Massen von Menschen, die dieses geforderte Ankommen hartnäckig verweigern. Das zeigen Meinungsumfragen, bei denen die Angesprochenen den Sozialismus mindestens „im Prinzip“ als das bessere System betrachten; das zeigt die Suche nach dem „größten Deutschen“, bei der sich die Mehrheit der früheren DDR-Bewohner für Karl Marx entschied. Und das beweist auch die erfolgreiche Verbreitung des „RotFuchs“. Seine Leser wollen nicht im imperialistischen Deutschland ankommen, sondern irgendwann in einem sozialistischen. An dieser Stelle der Appell: Nur den RF lesen und vor dem Fernseher die Fäuste ballen – das kann es nicht sein! Unser Nicht-Ankommen muß eine aktive Haltung sein und sich in Taten ausdrücken. Wo immer Widerstand zu leisten ist, darf man sich ihm nicht entziehen. Dies gilt besonders für „RotFuchs“-Leser, die in Gewerkschaften, Parteien oder anderswo organisiert sind.

Viele dieser Zusammenschlüsse haben in den letzten Jahren erstaunliche Schritte auf dem Weg zum Ankommen gemacht. Über SPD und Grüne muß man hier nicht reden, sie haben ihr Pensum vollständig geschafft. Aus Parteien, die den Kapitalismus gern etwas netter, sozialer und friedlicher wollten, sind sie spätestens seit Schröders Agenda zu neoliberalen Kriegsparteien und eifrigen Zerstörern des Sozialstaats geworden. Außer Politikerkarrieren haben sie nichts mehr zu bieten.

Gewerkschaften und Linkspartei wie WASG sind schon ein gutes Stück auf der Straße des Ankommens marschiert, aber ans Ziel gelangen sie erst, wenn auch ihre Kollegen und Genossen mitkommen. Deshalb: Sagt laut, daß eure Gewerkschaft die Rockschöße der SPD loslassen muß, wenn sie sich der weiteren Umverteilung von unten nach oben entgegenstellen will! Und sagt, daß Euch die Senatorensitze für die Linkspartei nicht passen, wenn die Partei weiter beim Sozialabbau mitmacht!

Fritz Dittmar

Am **24. Februar** um **10 Uhr** spricht **Ibrahim Manaa** in Chemnitz, Rothaus, Lohstraße 2 – Getreidemarkt, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen** zum Thema

Ursachen und Entwicklungen des Palästina-Konflikts

Gäste sind herzlich willkommen.

Zum 80. Geburtstag des bedeutenden Philosophen und Kommunisten Hans Heinz Holz Marx und Lenin im Blut

Am 26. Februar wird der herausragende marxistische Gelehrte, standhafte Klassenkämpfer und warmherzige Mensch Prof. Dr. Hans Heinz Holz, BRD-Bürger und Tessin-Bewohner, 80 Jahre alt. Vom jungen durch die Gestapo verhafteten Antifaschisten über den namhaften Journalisten und Kunstkenner bis zum bedeutenden Hochschullehrer für Philosophie spannt sich sein Lebensbogen. Fest in der Sache, unerschütterlich bei der Verteidigung des Marxismus-Leninismus, aber stets auch lernbereit und aufgeschlossen, besitzt H. H. H. die Sympathie, das Vertrauen und die Achtung zahlreicher Genossen und Freunde im In- und Ausland. Sein untadeliges wissenschaftliches Renommé und seine kommunistische Integrität haben manche Neider auf den Plan gerufen. Doch was ist ein Kieselstein gegen einen Felsen?

Der „RotFuchs“ mischt sich freudig unter die Schar der Gratulanten. Wir wünschen dem Jubilar eine reiche publizistische Ernte und eine gute Zeit mit Silvia, der ebenso couragierten und engagierten Frau an seiner Seite. **Klaus Steiniger**



Prof. Erich Buchholz wird 80 Einer der Treuesten unter den Treuen

Der bekannte Hochschullehrer Prof. Dr. Erich Buchholz, der sich seit der Konterrevolution zusätzlich einen Namen als unerschrockener Strafverteidiger vor die Schranken der Rachejustiz gezeigter DDR-Bürger erworben hat, begeht am 8. Februar seinen 80. Geburtstag. Erich, den ich seit 1952 kenne und in all den Jahren sehr geschätzt habe, leitete lange Zeit das Institut für Strafrecht an der Berliner Humboldt-Universität. Auch als Direktor der Sektion Rechtswissenschaften und bei der Erfüllung internationaler Aufträge der DDR erwarb er sich hohes Ansehen. Standhaft gebliebene Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch bezeichnen den Jubilar als einen der Treuesten unter den Treuen. Das will heutzutage etwas heißen.

Herzliche Gratulation, lieber Erich!

Klaus Steiniger



Am 24. Februar findet in Essen zu Ehren von **Hans Heinz Holz** ein Symposium

Revolution der Philosophie
statt. *Philosophie der Revolution*

Veranstalter sind die DKP Ruhr, die DKP Essen und die Marxistische Abendschule Essen.

Alle Freunde von **H. H. H.** sind herzlich eingeladen.

Botschafter a. D. **Rolf Berthold**,
Vorsitzender des RF-Fördervereins,
stellt am **3. März** um **10 Uhr**
auf einer Veranstaltung im Freizeittreff
„Regenbogen“ in Rudolstadt,
Erich-Correns-Ring 39,
die Zeitschrift und den Verein vor.

Alle Interessenten sind herzlich eingeladen.

Wer redet heute noch von Abrüstung und der versprochenen „Friedensdividende“ nach der Auflösung der sozialistischen Staatengemeinschaft? Mit anderen Worten: nach dem Sieg der Konterrevolution in Europa.

1996 wurde der im Ergebnis jahrelanger Verhandlungen zustande gekommene Atomteststop-Vertrag (Comprehensive Nuclear Test Ban Treaty) der Öffentlichkeit vorgestellt. Aber bis heute ist er noch nicht in Kraft gesetzt worden! Er wurde inzwischen immerhin von mehr als 170 Staaten ratifiziert. Dieser Vertrag gilt manchen gar als Höhepunkt der nuklearen „Rüstungskontrolle“, weil er keine Ausnahmen vom Atomtestverbot zulässt. Dennoch: Obwohl er keine Verpflichtung zu wirklicher Abrüstung enthält – das würde die Existenz eines Abrüstung erzwingenden Friedensbundes voraussetzen! – könnte er

Drohungen der USA gegen Nordkorea, der massiven Ausweitung der Nuklearkooperation mit Indien mit dem Ziel des Aufbaus einer atomaren Frontstellung des Landes gegen China und der vom Westen billigend in Kauf genommenen und geförderten nuklearen Aufrüstung Pakistans kann man die Haltung Chinas und Nordkoreas kaum überraschend nennen, wenn man sich nicht ins Heer der Heuchler einreihen will. Nicht zu übersehen ist auch die Aufrüstung Japans, das klare Signale ausgesandt und inzwischen seine Selbstverteidigungsbehörde in ein Verteidigungsministerium umgewandelt hat. Tokio geht von seiner bisherigen Politik des Pazifismus in den Außenbeziehungen ab. Ziel ist, so verlautet, die „Kontrolle“ des Gegners bei weiterer Aufrüstung der eigenen Arsenale.

Warum der Atomteststop-Vertrag noch immer nicht in Kraft getreten ist Von der „Friedensdividende“ zu den „Mini-Nukes“

ein Beitrag zur Eindämmung der Gefahr eines Kernwaffenkrieges auf der Welt sein. In dem Vertrag verpflichten sich die Unterzeichner, „keine Versuchsexplosionen von Kernwaffen und keine andere nukleare Explosion durchzuführen“.

Der damalige Präsident der einzigen Nuklearmacht, die jemals Kernwaffen eingesetzt hat, Bill Clinton, versetzte die Weltöffentlichkeit bei der Unterzeichnungszeremonie in die trügerische Hoffnung, daß der Vertrag „dazu beitragen [wird], zu verhindern, daß die Atomwaffenstaaten modernere und gefährlichere Waffen entwickeln. Er wird die Möglichkeiten anderer Staaten, Atomwaffen zu erwerben, begrenzen.“

Obwohl sich mittlerweile mehr als 90 Prozent der Länder der internationalen Gemeinschaft schriftlich verpflichtet haben, keine Kernwaffen zu testen, kann die Vereinbarung nicht in Kraft treten, weil sich zehn Staaten weigern, das Abkommen zu ratifizieren. Die zehn Nichtunterzeichner gehören zur Gruppe der 44 UNO-Mitgliedsstaaten, die über Nukleartechnologie verfügen. Sechs von den Nichtunterzeichnern besitzen Atomwaffen: die USA, China, Indien, Israel, Pakistan und (vermutlich) Nordkorea.

Unter Präsident George W. Bush lehnten die USA den Vertrag ab, weil sie sich a) sämtliche Optionen zur nuklearen Aufrüstung offenhalten wollen und b) Kernwaffen ein wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil zur Durchsetzung der Hegemonialinteressen Washingtons sind. In Anbetracht der offenen militärischen

Unter Verweis auf die Anschläge vom 11. September forciert die Bush-Administration die Entwicklung neuer Kernwaffen. Dies entspricht ganz der „Präventivkriegs“-Doktrin der USA, die den Einsatz von Nuklearwaffen direkt vorsieht (und keineswegs, wie irreführend gestreut und beschwichtigt wird, „nicht ausdrücklich ausschließt“)! Am 5. 9. 2006 zitierte „Die Welt“ den israelischen Minister Jacob Edri mit den Worten, daß ein militärischer Schlag gegen Iran unvermeidbar sei, wobei die Entscheidung noch in der Amtszeit von Präsident Bush falle. Es würde sich dabei um eine „begrenzte militärische Aktion“ handeln, bei der Teile des iranischen Atomprogramms zerstört würden. Daß dabei auch der Nuklearwaffeneinsatz geplant wird, wurde bereits an anderer Stelle berichtet. Der zionistische Politiker erklärte, die USA müßten dieses Problem mit ihrer „gesamten Macht“ lösen. Die Amerikaner hätten nicht Zeit bis zur nächsten Präsidentenwahl. Je früher Bush ein derartiges Kommando-Unternehmen beginne, desto besser. Die Bezeichnung eines Kernwaffeneinsatzes als „Kommandounternehmen“ kann nur als ein Meisterwerk an Massenverdrummung im Zuge der psychologischen Kriegsführung bezeichnet werden. Auch darin bleiben sich die zionistischen Staatsterroristen treu.

Zurück zum Vertrag. Trotz der Tatsache, daß die Pläne zum Bau von „Mini-Nukes“ (der Name dieser Atomwaffen klingt, als handle es sich um Kinderschokoriegel!) und bunkerbrechenden Nuklearwaffen

vorerst im Kongreß gescheitert sind, wird die Entwicklung eines neuen „robusten und zuverlässigeren Sprengkopfes“, des „Reliable Replacement Warhead“, gefördert. Befürworter des Projekts betonen, dieser stelle sicher, daß die USA Atomwaffen weiterentwickeln können, ohne auf dem immer noch intakten Atomtestgelände in der Wüste von Nevada Versuche durchführen zu müssen. Die neue Kernwaffe, die ab 2012 auf U-Booten stationiert werden soll, wird weitgehend unter Rückgriff auf bereits erprobte und überprüfte Bestandteile gebaut.

Auch im Jahr 2007 wollen die USA mehr als sechs Milliarden Dollar in die Instandhaltung ihres Atomwaffenarsenals investieren. Da die Atomwaffenlobby des militärisch-industriellen Komplexes jedoch nach wie vor Tests als die beste Möglichkeit zur Erprobung der Einsatzfähigkeit und „Sicherheit“ neu entwickelter Kernwaffen ansieht, verweigern die USA ihre Unterschrift unter den Vertrag. Der Atomteststop-Vertrag hätte eine wichtige Bedeutung für den Kampf gegen die Verbreitung von Nuklearwaffen. Ohne Tests hätten atomare „Einsteiger“ keine Möglichkeit, die Funktions- und Einsatzfähigkeit neu entwickelter Atomwaffen zu überprüfen.

Nach dem Inkrafttreten des Vertrages sollen 321 Meßstationen weltweit die Einhaltung des Verbots in der Zuständigkeit der Wiener Teststopbehörde überwachen. Auf diese Weise ließen sich praktisch alle Atomtests nachweisen, was zumindest die Schwelle für eine Kernwaffenzündung erhöhen würde. Darüber hinaus würde der Vertrag als Völkerrechtsnorm mehr Sicherheit und Berechenbarkeit in die internationalen Beziehungen bringen, da willkürlicher Abstrafung nach Interessenlage entsprechend der im Westen kultivierten Politik der Doppel- und Dreifachstandards in gewisser Weise Einhalt geboten würde.

Als politische Weichenstellung kürzen die USA schon seit Jahren demonstrativ und eigenmächtig ihren finanziellen Beitrag für die Wiener Teststopbehörde. Das stellt eine Verletzung ihrer Pflichten als Unterzeichnerstaat dar. Was den politischen Druck – wie schwach er auch sein mag – auf den Verbündeten USA angeht, den Vertrag zu ratifizieren, ist von den Hundertschaften scheinengewaltloser Berufskonterrevolutionäre, die mittlerweile in den obersten Etagen der BRD angekommen sind und so tun, als hätten sie ihr Lebtage nichts anderes als Friedenstauben gezüchtet, jedenfalls nichts zu hören.

Gelingt es nicht, den Teststopvertrag in Kraft zu setzen, so steht auch der nukleare Nichtweiterverbreitungsvertrag in Frage. 15 Jahre nach der Niederlage des Sozialismus in Europa leben wir nicht in einer Welt ewigen Friedens, sondern am Abgrund eines nuklearen Holocaust mit 27000 Atomsprengköpfen in den Händen von neun Ländern, darunter einschlägig bekannten Staatsterroristen. Die Tendenz ist steigend. **Dr. Erhard Kegel**

Goldkornfunde beim „Nordkurier“

Einem Brief von Oberst a. D. Helmut Putzger – er war Chefdramaturg des Armeefilmstudios der NVA – entnehmen wir folgende Zeilen:

Nun bin ich schon mehrere Jahre Leser des ‚RotFuchs‘. Mit einigen Abstrichen: Ich habe diesen Schritt nicht bereut und komme auch meinen Spendenverpflichtungen regelmäßig nach. Doch das nur nebenbei.

Ich möchte mich ganz bewußt der Nostalgie bezichtigen und Euch ein Material besonderer Art anbieten. Dazu ist zu sagen, daß ich von 1952 bis 1959 in Eggesin gedient habe und im September 2006 einer Einladung zum 50. Jahrestags des Bestehens der 9. Panzerdivision folgte. Es war eine große Fete! Doch das ist nicht der Grund meines Schreibens. Im nachhinein erhielt ich zwei Beiträge über die Kulturarbeit in der 9. Panzerdivision, die in der Regionalzeitung, dem ‚Nordkurier‘, veröffentlicht wurden. Bei allem Dirigismus in der Presse, aber so etwas gibt es auch noch!

Und da diese Bundeswehr eine musisch so arme und beschränkte Armee ist, wäre es vielleicht ganz gut, mal daran zu erinnern, wie es in der NVA der DDR zugegangen ist. Sicher findet Ihr eine Möglichkeit, indem Ihr auf die Quelle verweist, diese Tatsachen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.“

Wir bringen zunächst den am 7./8. Oktober 2006 im „Nordkurier“ erschienenen Artikel als Faksimile-Druck:

Auch der folgende, um eine Spalte gekürzte Kommentar des CDU-Politikers Norbert Blüm, der von einer anderen Welt berichtet, erschien im „Nordkurier“. Unser Neuenbranderburger Leser Dieter Junghans sandte ihn – leider ohne Datumsangabe – ein.

Keine „Ladenhüter“ in den Truppenbibliotheken

RÜCKBLICK Wie sich einzelne Bereiche der vor 50 Jahren gegründeten 9. NVA-Panzerdivision entwickelten, legen Augenzeugen in einer losen Folge dar. Teil 3

VON MANFRED SCHMIDT

EGGESIN. „Kultur und Kulturarbeit in der NVA – Gab es so etwas überhaupt?“ 16 Jahre nach der Auflösung der 9. Panzerdivision ist sicher schon viel von der Geschichte dieses Verbandes und seiner Truppenteile in Vergessenheit geraten. Als ehemaliger Kulturoffizier möchte ich an einige Eckpunkte unserer Kulturarbeit, sowohl in den Kasernen als auch in der Öffentlichkeit, erinnern.

Kulturarbeit war nicht nur Selbstzweck, sondern diente auch der persönlichen und politischen Erziehung und Bildung und war natürlich auch weitgehend von den militärischen Aufgaben abhängig. In unserer Division gab es neben den materiellen Möglichkeiten zur kulturellen Bildung und Erziehung große finanzielle Mittel für diese Arbeit. Jedes Regiment hatte jährlich allein für die Sicherstellung der Kulturarbeit etwa 250 000 Mark zur Verfügung.

Im Verband gab es sechs Regimentsklubs, zwei Häuser der NVA und acht Truppenbibliotheken.

Jede Kompanie hatte einen Klubraum und einen Fernsehraum. Mitte der 80er Jahre waren alle diese Klubs mit Farbfernsehgeräten, Kassettenrekordern, einer kleinen Handbibliothek und diversen Spielmagazinen ausgestattet. Die Truppenbibliotheken hatten im Schnitt 25 000 Bestandeinheiten zur Ausleihe. Das waren nicht nur Bücher, sondern auch Schallplatten. (...) Nicht nur Marx, Engels- und Leninbände standen zur Ausleihe, sondern auch Heise, Lenz, Böll und Updike. Fachleute wissen, wenn ich sage, dass wir einen Buchumschlag von 0,56 bis 0,75 hatten. Das bedeutet: Fast alle Bestände wurden im Jahr genutzt, es gab also keine „Ladenhüter“.

In den Regimentsklubs fanden für alle Armeeangehörigen und deren Familien zwei Filmveranstaltungen kostenlos statt, und wer erinnert sich nicht an die Filmveranstaltungen im Klub des Panzerregiments 22 mit der 70-mm-Stereo-Filmanlage. Alle namhaften Musikgruppen der DDR sind in großen Konzerten in den Regimentslagern aufgetreten, von City bis Petra Zieger. Die Klubs waren aber auch Heimstatt für die über 40 Volkstanzgruppen unserer Division. Gemeinsam mit dem Musikkorps der Division traten die besten jungen Soldatenkünstler zu den Estraden der Haftwochen, Wochen der Waffenbrüderschaft oder anderen Höhepunkten des kulturellen und politischen Lebens auf.

Allein das Musikkorps hatte jährlich 150 bis 180 Einsätze zu den verschiedensten Anlässen. Und an dieser Stelle soll auch einmal gesagt werden, unsere Truppenteile waren gerade im Bereich Kultur für alle Bürger offen. Extra wurden in den Bibliotheken Kinderbuchabteilungen eingerichtet, und die Veranstaltungen konnten von allen Bürgern besucht werden. Dies sei nur ganz schnell in Erinnerung gebracht, ehe alles vergessen und verschüttet ist und sich niemand mehr findet, der daran erinnert!

Bei der Gestaltung von kulturellen Höhepunkten in der Region waren auch Angehörige der NVA oftmals dabei.

„Allein das Musikkorps hatte jährlich etwa 150 bis 180 Einsätze.“

Ausbeutung wird zum Wettbewerbsprogramm



Am 17. Februar um 10 Uhr spricht die Bundestagsabgeordnete der Fraktion „Die Linke“, Genossin **Ulla Jelpke**, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Strausberg** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, über das Thema: **Eine erfolgreiche Linke kann nur eine sozialistische sein**

Marktwirtschaft ist eine große Erfindung der Menachheit. Mit ihrer Hilfe befreien sich die Menschen aus der Armut und emanzipieren sich von den Zurechnungen der Obrigkeit, auf die der Kinsument in der Planwirtschaft noch angewiesen war.

Marktwirtschaft funktioniert jedoch an keinem Platz der Erde ohne rechts- und sozialstaatliche Ordnung. Das ist das Konzept der sozialen Marktwirtschaft. Doch der nationale Ordnungsrahmen verfällt. Die Kapital- und Finanzströme umkreisen schneller den Erdball, als jede Regierung folgen kann. Der Kapitalismus ist von der Leine gelassen und hat sich den schönen Namen „Globalisierung“ zugelegt.

Der Billigste gewinnt. In der Logik dieses Wettbewerbs fallen alle Hilfen. Ausbeutung wird zum Wettbewerbsprogramm. In der Logik dieser Entwicklung liegt die Wiedereinführung der Kinderarbeit. Sie ist billiger.

Exklusiv für unsere Zeitung nehmen Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zu aktuellen Themen Stellung.

Heute schreibt zum Thema: „Globalisierung und Sozialstaat“ **Norbert Blüm**, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung von 1982 bis '98; bekannt für den Satz: „Die Rente ist sicher“

Arbeitnehmer folgen den Kapitalströmen wie die Zugschwalben der Sonne. Der flexible Arbeitnehmer ist gefragt. Heimat, Nachbarschaft, Ehe haben in dieser mobil gemachten Welt keinen Platz mehr. In der Logik dieser Entwicklung liegt die Wiedereinführung des Tageelöhners, Kündigungsschutz weg, Beschäftigung nur befristet. Von der Sesshaftigkeit zurück zu den Job-Nomaden.

„Zurück in den Frühkapitalismus“ ist das Motto eines ungebländigten Kapitalismus. Jeden Tag werden andere Möbelstücke des Sozialstaates aus dem Fenster geworfen und der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Arbeitgeber, Hundt, schreit dazu: „Hurra, wir reformieren.“

Wettbewerb bedarf der Regel. Wer ersetzt die Sozialordnung in Zeiten, in welcher sich der Nationalstaat zurückzieht? Das ist die Preisfrage, die unsere Generation beantworten muss, und sie wird so viel Mut verlangen, wie sie unsere Vorfahren hatten, um den Sozialstaat durchzusetzen.

Ist Gunther von Hagens mehr als ein einfallreicher Kapitalist?

Plaste und Elaste aus Guben

An der deutschen Ostgrenze hat sich ein neues Gewerbe etabliert, die sogenannte Plastination von gestorbenen Menschen. In den Medien wurde dieser Vorgang schnell als „Tabubruch“ bezeichnet und von einer kleinen Gruppe Protestierender auch umgehend befehdet. Die Kirche stimmte in die Klage ein. Wie stellt sich der nachdenkliche Sozialist oder Kommunist zu dieser neuen Erscheinung in der Welt der Freiheit, wie WIR sie meinen?

Da ist zunächst die schwerwiegende geschichtliche Tatsache, daß sich die großen Amtskirchen stets und ständig gegen neu aufgekommene Theorien und Praktiken in Wissenschaft, Kunst und Kultur gewandt haben: Das reicht von Erkenntnissen über die Bewegung der Himmelskörper und die damit verbundene Frage des Weltbildes, über die Abbildung des Menschen, besonders des nackten Körpers, über die Einführung neuer Untersuchungsmethoden und Therapien in der Medizin bis hin zur Frage der Erd- oder Feuerbestattung von Verstorbenen. Die ausschließliche Bestattung des Toten zur Erde war derart sakrosankt, daß die römisch-katholische Kirche erst Mitte des 20. Jahrhunderts von der Exkommunikation jener Familienmitglieder abrückte, welche einen Angehörigen kremieren ließen. Doch einige Zeit später war sie sogar bereit, bei einer Trauerfeier anlässlich der Feuerbestattung mitzuwirken und Aschenuurnen vor der Versenkung sogar kirchlich auszusegnen.

Was will jener Gunther von Hagens, ehemaliger DDR-Medizinstudent und Protestierer gegen die Beendigung der Konterrevolution von 1968 in der ČSSR, inhaftiert und anschließend freigekauft von der BRD und danach zum Anatomen avanciert? Nach eigenem Bekunden will er die mit seiner neuartigen Methode gewonnenen unbegrenzt haltbaren Ausformungen von Leichen oder Leichteilen zu Lehr- und Anschauungsunterricht an Universitäten und Schulen bzw. zur allgemeinen Aufklärung zur Verfügung stellen. So weit so gut, denn tatsächlich ist der Mensch dem Menschen schon immer zu Recht der wichtigste Forschungsgegenstand gewesen. Wenn man dem Wohlergehen des höchstentwickelten Lebewesens dieses Planeten medizinisch und sicher auch unter anderen wissenschaftlichen und kulturellen Aspekten dienen will, ist eine immer bessere Kenntnis seines Aufbaus und des Zusammenwirkens seiner Organe, Gewebe, Nerven und des Knochengestüts unabdingbar und im höchsten Grade wünschenswert. Das zeigt auch die populärwissenschaftliche Bedeutung einer solchen Einrichtung wie des Hygienemuseums in Dresden. Und tatsächlich kann die Herstellung von Ganzkörperplastinaten eine ungleich feinere

und differenziertere Sicht auf das Wunder des menschlichen Körpers eröffnen. Bleibt die Frage des Geschäfts und des Geschäftsgebarens. Hagens erweist sich als einfallreicher Kapitalist. Das läßt ihn allerdings der sprichwörtliche Tropfen im Meer sein. Wer will von einem Tropfen sprechen, wenn das Meer das Problem ist? Wenn er in seiner Plastinat-Installation „Casino Royal“ einige Poker spielende Typen um einen Tisch herum gruppiert, darf man das durchaus geschmacklos finden. Geschmack an einem James-Bond-Film habe ich jedoch bisher nicht entwickeln können, weder mit noch ohne plastinierte Schauspieler.

Das Problem bei den zu Plastinaten verarbeiteten Verstorbenen ist eben nicht die Tatsache ihrer plastinierten Verewigung und damit bleibenden Sichtbarmachung und Erhaltung auf unabsehbare Zeit, sondern die Frage ihrer Verwendung im soziokulturellen Bereich. Dient der plastinierte Mensch der Wissenserkenntnis, oder dient er dem durch das kapitalistische Warensystem ständig weiter forcierten Sensationsbedürfnis des verblödeten Massenkonsumenten? Und eine noch drängendere Frage ist die nach den möglichen Weiterungen im künftigen Produktionsprogramm des Gubener Gewerbetreibenden. Wird man demnächst das Herz der Geliebten, die bei einem Autounfall ums Leben kam, in einem Schrein auf dem Wohnzimmerbüfett aufstellen? Wird man künftig die verstorbene Oma für immer in ihrem Ohrensessel sitzen lassen dürfen, zusammen mit den Lebenden gemeinsam den matten Blick auf die Mattscheibe gerichtet? Wenn es in einem harmlos-frechen Lied aus den 20er Jahren einmal hieß „Wir versaufen unser Oma ihr klein Häuschen ...“, könnte ein Song aus den Charts von 2010 gar nicht mehr so harmlos beginnen: „Wir verkaufen unsre Oma in ihr'm Plastgehäuschen ...“ Die Tendenz dahin, daß nicht nur alle Produkte, Dienstleistungen und Kulturäußerungen des Menschengeschlechts Warenförmigkeit erhalten, sondern auch noch der verstorbene Mensch, ist eine unerträgliche Provokation für meinen Verstand und mein Gefühl. Wo ist der Riegel, der dem vorgeschoben wird, daß nicht nur die Arbeitskraft der Lebenden, sondern auch noch der Körper der Verstorbenen zur Ware wird? Dann fehlt nur noch der letzte Schritt: der Kauf und Verkauf des lebenden Menschen à la antike Sklaverei. Heute bieten auf einem (noch?) illegalen südamerikanischen Organhandelsmarkt bereits ausgebuffte Händler die aus den Körpern von Kindern und Jugendlichen ausgeweideten Lebern, Nieren und andere innere Organe zum Kauf an. Diese Machenschaften werden zwar (noch?) als Straftaten verfolgt, aber der Nährboden,

der diese Schauerlichkeiten hervorbringt, wird nicht angetastet. Doch genau um diesen Nährboden geht es. Es geht nicht um den Tropfen, sondern ums Meer. Selbstverständlich können Körperplastinate, auch von verstorbenen Menschen, in verantwortlicher Weise eingesetzt, der Bildung und Aufklärung wissensuchender Menschen dienen – mit dem nötigen Respekt vor der Bereitschaft jener, die ihren Körper für diese noble Aufgabe gespendet haben. Aber wird der kapitaldominierte Sumpf menschlicher Geldgier sich auf verantwortliches Tun dieser Art beschränken?

Andererseits: Stehen wir etwa erst seit Gubens Leichen-Werkstatt vor der Problematik der Verletzung von Menschenwürde? Die sich hier moralisch aufspielenden Kirchenfürstinnen und -fürsten finden überhaupt nichts dabei, ihre pseudochristlichen Segenspenden jenen Truppen beizugeben, die im angeblichen Kampf gegen den Terrorismus keine Hemmungen entwickeln, ihre zerfetzenden, sprengenden, durchlöchernden Tötungsinstrumente gegen Menschen einzusetzen, die einfach nur zur falschen Zeit am falschen Ort sind. Wo bleibt der Aufschrei des christlich angestrichenen Establishments gegen die menschenmordende Maschinerie der Armeen des Kapitals rund um den Erdball?

Von Hagens gibt zu erkennen, daß er diese Heuchelei sehr wohl durchschaut hat, wenn er die mit Totenschädeln posierenden Soldaten der Bundeswehrmacht einlädt, einmal seine Schauräume zu besuchen, um sich dort von ihrer pubertären Deformation freizumachen, die darin besteht, daß sie dem eigenen Sterben und dem Tod anderer nicht auf menschenwürdige Weise zu begegnen vermag. Oder um in Brechtscher Diktion zu fragen: Was ist die sorgsame und dauerhafte Präparation eines gespendeten verstorbenen Menschen gegen die grausame und massenhafte Tötung von Menschen und ihre anschließende Verbringung in Massengräber, gefolgt von der Errichtung gepflegter Heldenhaine und bombastischer Kriegerdenkmäler?

Ich jedenfalls freue mich schon auf die Zeit, in der eine Menschheit, die sich von ihrem Grundübel befreit hat, die Verästelungen der Organisation, Struktur und Vernetzung des kapitalistischen Krebsgeschwürs studieren können. Dazu muß die Anatomie dieses Systems, das unseren gesellschaftlichen Tod bewirkt, von uns beherrscht und das System selbst schließlich bezwungen werden, damit wir es eines wunderbaren Tages für immer begraben können.

Peter Franz, ev.-luth. Theologe

Nach dem Berliner „Reichsparteitag“ der NPD

W. Thierse: „Wir sind noch nicht in der Nazi-Zeit“

Wir sind noch nicht in der Nazizeit.“ Wolfgang Thierse, der mit dem Nimbus eines „Widerstandskämpfers“ gegen die DDR ein zum Bundestagspräsidenten aufstieg, erlaubte sich diese Äußerung ausgerechnet am 9. November 2006, als man in München eine neue Synagoge einweihte. Er reagierte damit auf Bedenken der Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, die die gegenwärtig in der BRD herrschende Stimmung gegen Juden mit der Zeit vor 70 Jahren verglich. Hat der Mann die Bedeutung des Wortes „noch“ in seinem Studium verschlafen, oder meint er es als Politiker absolut ernst? Die übereinstimmende Erklärung in anerkannten deutschsprachigen Standardwerken für den Begriff „noch“ lautet: „Drückt aus, daß ein Zustand, Vorgang weiterhin anhält (aber möglicherweise bald beendet sein wird).“ Aus „noch“ kann „jetzt“ werden, wenn wir nicht auf der Hut sind. Bei den Reichstagswahlen 1928 erhielt Hitlers NSDAP nur 2,8 % der Stimmen. In Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern liegt die neofaschistische NPD inzwischen schon weit darüber.

Unlängst hielt diese ihren „Reichsparteitag“ in der „Reichshauptstadt“ ab, dies mit offizieller Genehmigung der bundesdeutschen Justiz. Elektronische Medien rissen sich um ein Interview mit dem NPD-Vorsitzenden Udo Voigt. Und wieder wurde eine Manipulationsblase abgelassen: „NPD verbieten!“ Das war nicht ernst gemeint. Doch Berlins Innenminister Kötting zeigte sich flugs bereit, seine V-Männer aus der Partei abzuziehen (!). Daraus darf man schließen, daß diese in der NPD erkenntnisreiche Arbeit leisten. Und wie viele V-Männer hängen in den Linksparteien und linken Vereinen herum?

Ausdrücklich pries Bundeskanzlerin Merkel als einen „Erfolg“ der einjährigen Koalitionsarbeit das Inkrafttreten des „Anti-Terrorgesetzes“, das bürgerliche Rechte weitgehend beeinträchtigt.

Erinnern wir uns: Da gab es 1933 ein „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“, das „Ermächtigungsgesetz“. Es diente dazu, die staatsbürgerlichen Rechte vieler Deutscher gänzlich aufzuheben. Wird aber nicht seit Jahren durch die BRD-Politiker alltäglich eine orientierungslose Sau durchs Dorf getrieben, die den meisten Landeskindern Verzicht verheißt? Das ist Wasser auf die Mühlen rechter Demagogen.

Dr. Norbert Röttgen, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, drückt es so aus: „Wir haben ... es mit einem ausgesprochenen Angstphänomen in der Gesellschaft – nicht nur an den Rändern, sondern in der Mitte der Gesellschaft – zu tun, mit dem Verlust

von Sicherheiten, mit dem Verlust von Besitzstand, von Arbeitsplätzen, von allem Möglichen.“

Zu dem Möglichen darf wohl auch der Deal der Düsseldorfer Staatsanwaltschaft mit der „Mannesmann-Eskorte“ zählen, eben mal einige Millionen von ergaunerter Abzocke ganz freiwillig ins Staatssäckel einzuzahlen. Da hatte doch der Düsseldorfer Staatsanwalt Peter Lichtenberg die Stirn zu erklären: „Das ist kein Freikaufen. Das ist einfach normale Gesetzeslage, die hier für alle Angeklagten, ob sie prominent sind oder nicht, Anwendung gefunden hat.“ Deutsche-Bank-Chef Ackermann war zufällig gerade „flüssig“ und nahm – Leistung aus Leidenschaft – drei Millionen Euro aus seiner Portokasse.

Was geht da wohl in den Köpfen von Hartz-IV-Empfängern und anderen kleinen Leuten vor sich? Für die wird in Großbeeren bei Berlin demnächst ein Knastneubau mit 650 „Plätzen“ eröffnet. Preis: 87 Millionen Euro.

Prompt stieg wieder eine Manipulationsblase der Regierung auf, als die Emsdeter Tat eines Achtzehnjährigen bekannt wurde. Man müsse Jugendlichen den Zugang zu den grausamsten Videospiele verbieten, hieß es. Und auch der „Widerstandskämpfer gegen die DDR“, Wolfgang Thierse, wettet publikumswirksam: „Keine Gewalt!“

Es ist ein Heucheln vor dem Herrn, wenn derartige Töne der Oberen durchs Land schallen, denn Ernsthaftes gegen Gewalt

wird ja nicht unternommen. Gerade bejubelt man den neuen James-Bond-Film. Er ist die Ausgeburt von Gewalt. Fast täglich bieten die TV-Privatsender Gleiches. Geht man vom Fernsehen aus, dann scheint die BRD ein Land voller Mörder zu sein. Denn Mord ist nahezu das einzige Delikt, mit dem sich die Krimis befassen. Darunter machen sie es nicht, weil dann das notwendige „Prickeln“ fehlt. Eine blutige Monotonie!

Hitler sah ein Bildungsziel der Nazis darin: „Wir werden eine Jugend erziehen, vor der die ganze Welt erschauern wird, eine heftige, anspruchsvolle und grausame Jugend. Ich will es. Die Jugend muß alle diese Eigenschaften besitzen. Sie muß dem Leiden gegenüber gleichgültig sein, sie darf weder schwach noch zärtlich sein. Ich will in ihrem Blick das Funkeln des wilden Tieres sehen.“

Die Bluttaten junger Amokläufer in Erfurt und Emsdetten werden die Politiker nicht zu wirksamen Entscheidungen veranlassen, darstellende Gewalt in den Medien zu verbieten. Zeigen doch auch die Bilder deutscher Soldaten, mit Totenköpfen posierend, welche Abgestumpftheit sich in unserer Gesellschaft breitmacht. Immerhin leisten sie nach Merkels Worten allüberall einen „Beitrag für die Zukunft“, hat der Einsatz vor Libanons Küsten eine „historische Dimension“.

„Es liegt nur daran, daß wir diese grandiose Entwicklung Tag für Tag in ihren einzelnen Phasen miterleben, wenn wir manchmal den Blick für ihre Dimensionen verlieren!“, sagte Goebbels 1941.

„Wir sind noch nicht in der Nazizeit“, meinte Thierse, obgleich ehrliche Politiker besorgt darauf hinweisen, daß wir zunehmend faschistische und faschistoide Aktivitäten in Kauf nehmen, während sich Schritt für Schritt ein rechtslastiger Überwachungsstaat etabliert.

In der Köpenicker Gaststätte „Hubertus“ bewegen sich unmerklich Kameras, die dem Eigner von seinem Wohnsitz am Zeuthener See aus jederzeit die Möglichkeit bieten, das Geschehen in den Räumen zu beobachten. Wußten die Herren eines Unternehmerverbandes davon, als sie im Juli 2006 ins Gästebuch schrieben: „Wir danken dem Eigentümer des Gasthauses St. Hubertus, Herrn Karl Tynek, herzlich für die hervorragende gastronomische Betreuung an diesem Abend.“?

Wußten die Berliner, daß wir nach den Erkenntnissen des Polizeipräsidenten Dieter Glietsch schon seit Jahrzehnten von Nazis bedrängt werden? Originalton: „Die Rechten betrachten den Lichtenberger Kiez seit vielen Jahren, seit Jahrzehnten kann man sagen, als einen Bezirk, der ihnen gehört.“

Aber immerhin: „Wir sind noch nicht in der Nazi-Zeit.“ **Hans Horn**

Vergeßlichkeit eines großen Literaten



Grafik: Karlheinz Effenberger

Man hört ja immer wieder die dreiste These, Langzeitarbeitslosigkeit mache krank. Schlechte Ernährung, eingesparte Arztbesuche, Verarmung der Sozialkontakte, Depressionen durch Perspektivlosigkeit und anderes werden ins Feld geführt, um diese Theorie zu belegen.

Das alles aber müßte nicht sein! Schlechte Ernährung läßt sich zum Beispiel vermeiden, indem man in der ostdeutschen Wildnis einen Acker urbar macht und sich seine Vitamine selbst anbaut. Solch Initiativen sind nicht nur lobenswert, sondern auch zu einem kommerziellen Unternehmen ausbaubar. Satte Gewinne und dankbare Kundschaft winken. Sollte das Hanffeld allerdings entdeckt werden, und der weitere Lebensweg durch den Knast führen, ist man in dieser Zeit wenigstens versorgt. Mit dem verbalen Abfall einiger Politiker könnte man sicher pro Jahr drei bis fünf Schweine mästen. Allerdings muß noch geklärt werden, ob wir aus Rücksicht auf unsere muslimischen Mitbürger in Zukunft auf den Genuß von Schweinefleisch verzichten und lieber Schafe halten sollten.

Mit dem allgemeinen Fehlurteil, Arztbesuche dienen der Gesundheit, sollte ohnehin einmal aufgeräumt werden. Ist es nicht eher so, daß die Leute immer wieder zum Arzt laufen? Das würden sie ja kaum tun, wenn der sie gesund machen würde. Auch Sozialkontakte werden eklatant überbewertet.

Ihre ehemaligen Freunde wollen nichts mehr mit Ihnen zu tun haben, Sie bekommen kaum noch Besuch? Haben Sie auch bedacht, daß dadurch Ihre Bewirtungskosten entfallen? Müller und Meier labern Sie nicht mehr voll (Machen Sie sich positiv bewußt, wie sehr Sie das immer genervt hat!). Sie haben jetzt Zeit und Muße, Ihren eigenen Ideen nachzuhängen und entwickeln so vielleicht wahre Genialität (wie die Autorin).

Sollten Sie noch dazu einige Tage nichts gegessen haben, kommen Sie allmählich in einen euphorischen Zustand, und die Einfälle purzeln nur so aus dem Hirn. Treten Sie sie nicht in den Schmutz, sondern hegen und pflegen Sie sie! Mögen Sie auch etwas mißgestaltet aussehen, es sind immerhin Ihre geistigen Kinder! Bei diesem Ideenfindungsprozeß können natürlich auch Produkte aus Ihrem Feldbauprojekt unterstützend wirken – ist auch billiger als saufen. Etwas undeutscher vielleicht, aber wir müssen ja nun nicht alle NPD wählen, oder?

Die reine Narretei ist ja die angebliche Perspektivlosigkeit. Im Gegensatz zu diesem gern ins Feld geführten angeblichen Nachteil ist es doch eher so, daß die Chancen wachsen, je länger jemand arbeitslos ist. Als Beispiel sagen wir mal: ein paar Jahre. Das ist doch toll! Im ursprünglichen Beruf gilt der (angeblich) Arbeitssuchende – im folgenden: (a.) A. – als nicht mehr qualifiziert. Er muß sich also nicht festlegen lassen; alle Wege stehen ihm offen! Das erleichtert auch die Pflicht, im Monat soundsoviele Bewerbungen nachzuweisen. Falls der (a.) A. bisher schier verzweifelte, weil es auf seinem Gebiet

keine Stellenangebote gab, dann ist jetzt damit Schluß! Er kann sich bewerben, wo immer er will – abgelehnt wird er sowieso! Na, ist das nicht Freiheit?

Und den Älteren, die angeblich null als null Chance haben, sei gesagt: Extra für diesen Personenkreis wurden attraktive Stellen geschaffen, und das schon vor Jahrzehnten! So mußte zum Beispiel wiederholt die Planstelle des Bundespräsidenten behelfsmäßig besetzt werden, weil sich nicht genügend geeignete Bewerber fanden. Sie können Reden ablesen und Hände schütteln? Na also: Ran an den Job! Die paar Jahre Arbeitslosigkeit bis zur nächsten Bundespräsidentenwahl reißen Sie doch auf einer Gesäßbacke

kostensparende Baracken- oder Containersiedlungen in Betracht gezogen werden. Billige und gesunde Verpflegung aus der Gulaschkanone macht dann auch einen großen Teil der heutigen Alimentierungszahlungen überflüssig. Tägliche Morgenappelle fördern einen geregelten Tagesablauf.

Die unsinnige Befreiung von den Rundfunkgebühren für sogenannte Bedürftige wird abgeschafft, denn niemand sieht so viel fern wie Arbeitslose! Vielmehr wird ab einem festzusetzenden Stichtag auf jeden Hartz-IV-Empfänger – wie auch auf jeden Rundfunk- und Fernsehempfänger – eine Gebühr erhoben.

Achtung, Satire!

Rundfunkgebühren für Gammelfleisch

runter! Oder Sie machen es wie eine der Autorin bekannte Person und konzentrieren sich auf die nächste Bundestagswahl; prognostiziert für Mai 07. Da wären dann der eine oder andere MdB-Job zu vergeben. Und im Gegensatz zum Schreiner-, Kraftfahrer- oder Krankenschwesterberuf herrscht bei der Ausübung dieser Tätigkeit nicht einmal Anwesenheitspflicht. Ich fürchte sogar, wer zu oft da ist, fällt eher unangenehm auf. Die erwähnte, der Autorin bekannte Person, ich möchte sie hier einmal Reiner Hohn nennen, möchte Arbeitslosenbekämpfungsminister werden. Mit nachfolgenden innovativen Ansätzen fordert er sämtliche Unionspolitiker zu einem Ideenwettbewerb heraus. (Unberücksichtigt bleibt dabei, daß es sich bei „Hartz IV“ um einen fatalen arbeitsmarktpolitischen Holzweg handelt. Optimierung der Drangsalierung sei das Ziel!)

Zuerst einmal werden für dieses wandelnde Gammelfleisch sämtliche Feiertage gestrichen. Wer alle Tage frei hat, kann an den paar Tagen im Jahr problemlos gemeinnützige Arbeit leisten – unvergütet, versteht sich!

Des weiteren werden nach dem sensationellen Erfolg der Ein-Euro-Jobs (die Medien berichteten) nun weiterführende Fünfzig-Cent-Jobs ins Leben gerufen. Diese dienen nicht sinnvoller Arbeit, sind aber hervorragend zum Aussortieren Arbeitsunwilliger geeignet. Der genaue Ablauf befindet sich noch in der Planungsphase. Im großen und ganzen wird es so vonstatten gehen, daß der Nassauer (böswillige Arbeitsverweigerung wird als Normalfall vorausgesetzt) fünfzig Cent pro Stunde bezahlt für das Recht, arbeiten zu dürfen.

Da von Städten und Gemeinden immer wieder Klagen über die hohen Unterkunftskosten kommen, sollte eine Umsiedlung der betreffenden Personen in

Individuen (notorische Meckerköpfe), die diese sinnvollen Maßnahmen für unzumutbar halten, werden auf Bildungsreise geschickt: beispielsweise nach Ost-Timor, Burkina Faso oder Haiti. Sollten sie zurückkehren, erhalten sie die Möglichkeit, der Behauptung, Hartz IV wäre menschenunwürdig und unerträglich, öffentlich abzuschwören.

In einer Übergangsphase sollten vorerst einmal Kontrollen und Bürokratie ausgebaut werden. Das schafft Arbeitsplätze! Vor allem für Spitzel und Spanner, die sowieso keiner leiden kann und denen darum für ihr seelisches Gleichgewicht dringend Erfolgserlebnisse verschafft werden müssen. Und den (a.) A.s wird bewußt, daß Arbeit richtig Spaß machen kann, wenn sie den persönlichen Neigungen entgegenkommt.

Die äußerst verdächtigen Ein-Personen-Bedarfsgemeinschaften sollten hierbei besonders unter die Lupe genommen werden, denn es ist unnatürlich, wenn der Mensch als Sozialwesen allein lebt. Hier sollte man einen ständigen Überwacher etablieren, der für eine detaillierte Beobachtung von Besuchern zuständig sein wird. Kommt es zu Sexualkontakten, kann von einer Partnerschaft ausgegangen werden, und die öffentliche Hand ist von Leistungszahlungen für den (a.) A. entbunden.

Bei all diesen Maßnahmen sollten wir nicht aus den Augen verlieren, daß Langzeitarbeitslose eine wichtige Ventilfunktion erfüllen – als Fußabtreter der Nation. Es muß also sorgfältig auf eine angemessene Bestandserhaltung geachtet werden. Zum Erhalt der gottgewollten Ordnung ist es weiterhin notwendig, daß der Steuerzahler diese Unterschicht der Gesellschaft als Plage empfindet. Denn gäbe es die Arbeitslosen nicht, müßten wir sie erfinden!

Barbara Chaib, Wendorf

Wie sich Gysi und andere an einer Klassenanalyse vorbeimogeln

Schlingerkurs im politischen Irrgarten

In dem programmatischen Eckpunkte-Papier „Auf dem Weg zu einer neuen Linkspartei“ wird festgestellt, daß die beiden Beteiligten – Die Linke.PDS und die WASG – „eine linke Partei gründen (wollen), wie es sie in Deutschland seit 1914 nicht mehr gegeben hat“. Ein Anspruch, zu dessen Umsetzung es aber leider an dem richtigen politischen Kompfaß mangelt, weshalb der Ausweg durch die falsche Tür genommen wird. Welche Leitlinien bestimmt sind, wird schon durch Gysis denunziatorische Äußerung gegenüber den Marxisten innerhalb der Partei deutlich, die er zu „Außerirdischen“ erklärt. Sie würden die Reinheitslehre vertreten, die wenig mit dem Leben der Leute zu tun habe („Berliner Zeitung“ v. 29. 5. 06). Nun wissen wir ja, daß in politische Tagesfragen immer Grundsatzprobleme eingebunden sind. Bei einer antikapitalistischen Politik geht es nicht nur um die Kritik am Ausbeutersystem, sondern zugleich auch darum, wie der Kapitalismus im Interesse des Überlebens der Menschheit bezwungen werden kann und welches alternative Gesellschaftsmodell angestrebt wird. Alle Abwehrkämpfe und radikaldemokratischen Reformen müssen notwendigerweise die Perspektive des Sozialismus sichtbar machen, sonst nimmt die politische Glaubwürdigkeit einer linken Partei Schaden.

Wenn man die programmatischen Eckpunkte näher betrachtet, wird sofort deutlich, daß die kommende neue Linke keine sozialistische Partei werden will, die sich fundamental dem kapitalistischen System entgegenstellt. Dessen politische, ökonomische, ökologische und soziale Widersprüche werden lediglich unter dem Gesichtspunkt des Versagens der gegenwärtigen politischen „Elite“ gewertet, ohne die System- und Profitlogik des Kapitals selbst auf den Prüfstand zu stellen. Lohnarbeit und Kapital als die beiden Seiten im dialektischen Widerspruch des Kapitalverhältnisses werden bewußt ausgeblendet. Klassengegensätze und Klassenkämpfe als politische Widerspiegelung der widersprüchlichen Einheit von Produktionsverhältnissen und Produktivkräften sowie die dem kapitalistischen System innewohnenden Faktoren bleiben völlig unberücksichtigt. Dazu hätte es einer wissenschaftlich-theoretischen Gesellschaftsanalyse bedurft. An ihr mogelt man sich vorbei und wertet folglich nur bruchstückhaft die Widersprüche in ihren Oberflächenerscheinungen. Überhaupt handelt es sich bei der konturlosen Auflistung von gesellschaftlichen Problemen um sehr vage Textpassagen, die sich vor jeder Eindeutigkeit drücken und einen politischen Schlingerkurs verraten. Die Verwerfungen des Systems allein aus einer hochkonzentrierten Kapitalmacht und dem Vorrang

der internationalen Finanzmärkte sowie aus dem Übergang der Herrschenden vom sozialstaatlich teilregulierten Kapitalismus zu einer marktradikal-neoliberalen Politik zu erklären (Eckpunkte III), ist eine Verkehrung von Ursache und Wirkung. Wenn die Macht- und die Eigentumsfrage, das Mehrwertgesetz als ökonomisches Grundgesetz des Kapitalismus sowie die Leninsche Imperialismustheorie nicht einmal ansatzweise in Betracht gezogen werden, dann bleibt politische Alchimie übrig. Die Denk- und Handlungsfälle zur Nichtbeseitigung des Kapitalismus schnappt zu. Die Zielstellung eines „transformatorischen Prozesses“ zu seiner Überwindung und der damit verbundene „dritte Weg“ zum „demokratischen Sozialismus“ offenbaren, daß es bei Gysi und anderen „Vordenkern“ lediglich um einen „sozial verträglichen Kapitalismus mit menschlichem Gesicht“ geht, der politisch längst verschlissen ist. Hier sei nur an die Kritik des Gothaer Programms von Marx und an den Anti-Dühring von Engels erinnert. Kleinbürgerliche Modellvorstellungen romantischer Art sind auch ein Indiz für das ideologisch-theoretische Niveau einer Parteiführung.

Auch wenn die Diskussion über die Programmatik der neuen Linken noch nicht abgeschlossen ist und gewisse Zugeständnisse an einzelne Strömungen noch vorgenommen werden dürften, wird sich kaum ein grundlegender Richtungswechsel durchsetzen. Alles spricht dafür, daß dabei ein politisches Gemischtwarenangebot mit einer höchst beliebigen Orientierung herauskommt. Die Richtungskämpfe werden also weitergehen.

Wenn von Reformen im Eckpunktepapier die Rede ist, so erfolgt das aus der Sicht einer systemkonformen Kritik. Wirkliche Reformen müssen im Kapitalismus einen radikaldemokratischen Zuschnitt haben und letztlich an den Sozialismus heranhelfen. Ihre Bandbreite umfaßt politi-

sche, ökonomische, soziale, ökologische, bildungskulturelle und friedenssichernde Maßnahmen. Da sich der Kapitalismus nicht aus sich selbst reformieren kann, stehen vor allem zwei eng miteinander verbundene Aufgaben im Vordergrund.

Erstens: Nur eine wissenschaftlich begründete Programmatik weist in die Zukunft. Um sie auszuarbeiten und umzusetzen, bedarf es einer marxistischen Partei mit Masseneinfluß im Sinne von Lenin. Die perspektivische Aufgabe besteht in der systematischen Zusammenführung von Kommunisten, Sozialisten und anderen Linken auf marxistischer Basis, aus der zum geeigneten Zeitpunkt eine solche Partei hervorgehen kann.

Zweitens: Entscheidend ist das Voranbringen der Emanzipationsreife der Massen, insbesondere der Arbeiterklasse. Hier müssen wir uns allerdings der Worte von Engels in der „Kritik des sozialdemokratischen Parteienentwurfs von 1891“ bewußt sein: Voraussetzung für die Machteroberung ist die „Majorität des Volkes“, das man „hinter sich haben muß“. Gegenwärtig steht den objektiven Widersprüchen des Kapitalismus, die seine Beseitigung erfordern, der subjektive Faktor entgegen.

Zweifellos gibt es auch zwischen jenen Linken, die nicht dem Reformismus erlegen sind, Meinungsunterschiede und Differenzen zu Komplexen der grundsätzlichen ideologischen Problematik. Sie bestehen vor allem in solchen Kernthemen wie der Notwendigkeit einer Partei neuen Typus entsprechend den von Lenin erarbeiteten Orientierungen; in der Macht- und Staatsfrage; in der Eigentumsfrage, besonders hinsichtlich der Vergesellschaftung der grundlegenden Produktionsmittel; bei der Wertung des historischen gesellschaftlichen Subjekts (Rolle der Arbeiterklasse in ihrer neuen Strukturierung); zur Einschätzung des epochalen Charakters der Oktoberrevolution; zu den Ursachen des Sieges der Konterrevolution in den europäischen sozialistischen Ländern; zur Übergangsphase zwischen Kapitalismus und Sozialismus; zur Demokratie und den Grundrechten im Sozialismus.

Unabhängig davon, wie die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus in den einzelnen Ländern erfolgt, benötigen wir fundamentale Grundsätze zum Sozialismusbild als Prüfstein für die Akzeptanz und die schöpferische Anwendung des Marxismus-Leninismus. Deshalb ist es unabdingbar, den Dialog zwischen unterschiedlichen linken Kräften solidarisch und respektvoll zu führen. Anders können wir nicht weitere Konfliktpotentiale vermeiden und die oft beschworene Einheit im Kampf gegen den Kapitalismus mit einer sozialistischen Zielstellung stärken.

Prof. Dr. Werner Roß

Am **27. Februar** wird Genosse

Jürgen Thiele

65

Mitglied des
RF-Vorstandes
und Verantwortlicher
für Finanzen,
Jahre alt.

Wir gratulieren dem standhaften
und bewährten Kommunisten,
guten Freund und Kampfgefährten
zu seinem Jubiläum.

Wie der VEB Chemiekombinat Bitterfeld „privatisiert“ wurde

Treuhand als Zulieferer für IG Farben

Unter tatkräftiger Mithilfe „unverdächtiger“ ehemaliger IG-Farben-Direktoren wie O. Löhner und Wirtschaftsbossen wie Hermann Josef Abs (Deutsche Bank) entstanden 1952 unter der Schirmherrschaft der Westalliierten die drei Konzerne Hoechst, BASF und Bayer mit ihrer Produktionsbasis und der entsprechenden Kapitalausstattung neu, ohne daß sich die wirtschaftlichen Ziele der Profitmaximierung in der „sozialen Marktwirtschaft“ und die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen mit der Restaurierung der bürgerlichen Staatsordnung geändert hätten.

Durch Ausstattung dieser Nachfolgekonzerne mit ausreichend Stammkapital waren über 90 % des IG-Vermögens in den Nachfolgegesellschaften angelegt und damit wieder in den Händen der Gründerfirmen.

Alle in den Westzonen verbliebenen ehemaligen Konzernunternehmen wurden nach und nach so in die neuen Konzerne eingegliedert, daß schlagkräftige, formal neue Firmen entstanden.

Die IG verblieb lediglich als IG Farbenindustrie AG i. L. (Liquidation) und war mit den neuen Unternehmen, die sich heute offiziell nach außen von ihrer IG-Farben-Vergangenheit distanzieren, nicht verbunden, obwohl die Aktionäre dieser Gesellschaften identisch sind.

Etwas mehr als die Hälfte vom einstigen Besitz der IG Farben lag in der DDR. Es bestand deshalb keine Zugriffsmöglichkeit auf diesen Teil des Vermögens. Die Liquidatoren richteten sogenannte Abwesenheitspflegschaften ein und gaben Liquidationsanteilscheine (Liquis, Lottoscheine auf die Zukunft) aus, damit „im Fall der Vereinigung der beiden deutschen Staaten den Inhabern alles zugute käme, was einmal an Ostvermögen zurückfällt“. (Dr. August von Knieriem auf der ordentlichen Hauptversammlung IG Farbenindustrie AG i. L. am 27. Mai 1955 in Frankfurt/Main)

Unter diesem Aspekt bekommen solche Ereignisse wie der 17. Juni 1953, die Hallsteindoktrin, die Verteufelung der DDR als SED-Diktatur u. a. einen neuen, brisanten Hintergrund.

Nach der Bildung der Nachfolgegesellschaften verkörpert nur noch der Liquidationsanteilschein die Aktienrechte an der Restmasse des Vermögens der IG Farben. Der Gesamtbetrag der ausgegebenen Liquidationsanteilscheine betrug 1,36 Mrd. RM mit folgender Stückelung:

124 000 Stücke zu RM 100 = RM 12,4 Mio.
938 000 Stücke zu RM 200 = RM 187,6 Mio.
1 160 999 Stücke zu RM 1000 = RM 1,16 Mrd.

Sie sind heute noch börsennotiert, werden mit der Wertpapier-Kenn-Nr. WKN: 575907 gehandelt und gehörten im Jahr 2005 mit einem Zuwachs von 412,20

Punkten zu den Gewinnern für die letzten drei Jahre.

Auf der Aktivseite dieser Scheine stehen die sog. Ostwerte u. a. mit den Ansprüchen auf das Vermögen in Mitteldeutschland:

1. Werke der IG in der sowjetischen Besatzungszone:
BUNA Schkopau
EKB Bitterfeld
Wolfen-Film
Wolfen-Farben
EKL Berlin-Lichtenberg
Prennitz
Staßfurt (Magnesium)
2. Beteiligungen:
Die wesentlichen Beteiligungen:
Kapital IG-Anteil Ammoniakwerk Merseburg GmbH i. L. 5 000 000 RM 100 %
A. Riebeck'sche Montanwerke AG
Frankfurt i. L. 75 000 000 RM 51 %
Gesellschaft für Landeskultur GmbH,
Frankfurt 235 000 DM 85 %

3. das zum Zeitpunkt der Liquidation vorhandene Barvermögen:

1988 schien das Ende der Liquidationsgesellschaft absehbar. Alle eintreibbaren Forderungen waren beglichen, und der Besitz jenseits der Grenze galt noch als uneinbringbar. Mit dem im Oktober 1990 erfolgten Anschluß der DDR an die BRD wurde die endgültige Liquidation jedoch wieder in eine unbestimmte Zukunft verschoben.

Fristgerecht zum 13. Oktober 1990 reichte die IG Farben AG i. L. beim Liegenschaftsamt in Merseburg ihre Ansprüche auf die alten Reichtümer ein: 13,5 Quadratkilometer bebautes und 86,5 Quadratkilometer unbebautes Land aus dem Besitz der IG Farben.

Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 23. April 1991, daß die Enteignungen von 1945 und 1949 nicht mehr rückgängig zu machen, die Enteigneten jedoch zu entschädigen seien, hatte die Börse mit einem Kurssprung von 12,4 % honoriert. Den Hinweisen auf Altlasten wurde wider besseres Wissen die Ansicht entgegengehalten, „man gehe davon aus, daß die IG Farben bis 1945 keine hinterlassen haben; bis 1945 seien die Werke der IG Farben mit der nötigen Umsicht geführt worden; für Umweltverschmutzungen nach 1945 könne die Gesellschaft nicht verantwortlich gemacht werden; was nach 1945 entstanden sei, gehe zu Lasten der öffentlichen Hand“. Abgesehen davon, daß diese Argumentation auf einer nachweisbar völlig unhaltbaren Behauptung beruhte, wurde der kapitalistische Grundsatz „Gewinne privatisieren – Verluste sozialisieren“ wahrscheinlich selten so unverhüllt formuliert und von der Treuhandanstalt als williger Erfüllungsgehilfe umgesetzt wie im Falle der IG Farben.

Das Deindustrialisierungskonzept der Treuhandanstalt unter Frau Breuel, „Privatisierung ist immer noch die beste Sanierung“ und Entschädigung vor Enteignung, war also absolut darauf gerichtet, die Altaktionäre aus dem ehemals in der DDR enteigneten Vermögen zu befriedigen, gleichzeitig die Konkurrenz zu beseitigen und die Märkte unserer Kombinate zu übernehmen. Statt Bruttosozialprodukt aus den ostdeutschen Betrieben zu erwirtschaften, waren Staatsverschuldung, eine permanent hohe Arbeitslosenquote in allen ostdeutschen Ländern (in Bitterfeld seitdem zwischen 17 und 20 %) sowie die Verarmung der Städte und Kommunen die Folgen.

Diese Politik führte auch für die aus dem Stammbetrieb, dem VEB CKB, neu gebildete Chemie AG, die in ihrem Gründungsbericht eine ausgeglichene, geprüfte und bestätigte, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechende Eröffnungsbilanz mit einem Bilanzvermögen von 2.054.116.056,23 DM zum 1. 7. 1990 vorgelegt hatte, zwangsläufig zur Insolvenz. Von 17 495 Beschäftigten zum 31. 12. 1989 waren, nachdem diese AG ein Treuhandunternehmen wurde, am 31. 12. 1993 noch 2203 in Lohn und Brot. Das Schicksal der Chemie AG wurde bereits auf der 6. Aufsichtsratssitzung der Chemie AG Bitterfeld/Wolfen am 26. September 1991 in Bitterfeld mit der Erklärung des Mitglieds des Vorstands der Treuhandanstalt Dr. Schucht, „die Umwandlung der AG in einen Chemieindustriepark voranzutreiben“, und der Zustimmung des Aufsichtsrates, ein Grundstück an die INSTAG Immobilien AG zu einem Preis von 3,2 Mio. DM zu veräußern, endgültig besiegelt.

Heute gehört nach der zweiten Privatisierung im Jahre 2001 das Gelände der Filmfabrik und des Stammbetriebs des Chemiekombinats zur Chemiepark Preiss-Daimler GmbH. Die IG Farbenindustrie AG i. L. als Vermögenseintreiber und Sachwalter der Besitzer der Liquidationsanteilscheine hatte nur Interesse an dem Grund- und Boden als Spekulationsobjekt, nicht aber an Konkurrenz durch Produktion und Produkte. Vordergründig waren es nicht das Alter der Betriebe oder die „Umweltprobleme“, die als Begleitmusik von der Lobby der Besitzer der Liquidationsanteilscheine noch immer lautstark ertönt, die zum Ende unserer Kombinate führten. Die neuen Umweltstandards hätten mit dem vielen Geld (mehrere hundert Millionen €), das von der Treuhandanstalt für den Abriß der Anlagen und die Sanierung der Bodenflächen bereitgestellt wurde, schnell erreicht werden können. Alle Folgen dieser Deindustrialisierungspolitik (Abriß und Sanierung der Flächen, Arbeitslosigkeit), sozialer Abstieg von Millionen Menschen, vom Arbeiter bis zur Intelligenz, wurden dem Staat

aufgebürdet. So blieben die Betriebe und die Menschen in der früheren DDR „vom Kapital erschlagen“ auf der Strecke. Die Neoromantiker einer linken Politik, die glauben, durch Burgfrieden Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit erreichen zu können, sollten sich die Erkenntnis zu eigen machen, daß das Monopolkapital niemals und um keinen Preis freiwillig den Besitz an Produktionsmitteln aufgibt. Auch dann nicht, wenn es – der Beteili-

gung an den schlimmsten Verbrechen gegen die Menschlichkeit überführt – zur Rechenschaft gezogen wurde. Das Volkseigentum hat für die Konzerne der chemischen Industrie, die Banken und auch für die Regierung der BRD nie als solches existiert und war nie akzeptiert. Daraus resultierte die revanchistische Politik gegen die DDR seit ihrer Gründung. Die Forderungen des Herrn Ullmann und die Gesetze der Modrow-Regierung zur

Beteiligung von DDR-Bürgern an der Privatisierung ihrer Betriebe (an der Verschleuderung ihres Volkseigentums) waren unter diesen Umständen naiv und konnten beim Anschluß der DDR an die BRD für diese niemals zur Diskussion stehen.

Dr. Adolf Eser

Unser Autor war Generaldirektor des VEB Chemiekombinat Bitterfeld.

Gilt Lenins Imperialismusanalyse noch heute? Trotz all des Neuen alles beim Alten

Lenin untersuchte bekanntlich die Verwandlung des Kapitalismus der freien Konkurrenz in den Monopolkapitalismus. Seine Analyse umfaßte den Zeitraum vom Ende des 19. Jahrhunderts bis etwa zum Beginn des 1. Weltkrieges.

Das ist lange her, sagen viele, seitdem hat sich die Lage gewaltig verändert. Es gab die Oktoberrevolution, den 2. Weltkrieg, ein sozialistisches Weltssystem, und heute herrscht der Kapitalismus wieder über den größten Teil der Erde. Warum kommt ihr uns da noch mit Lenin!?

Ich bin der Meinung, daß die wichtigsten Erkenntnisse Lenins nach wie vor ihre Gültigkeit besitzen, wenn sich auch neue Bedingungen und Erscheinungen herausgebildet haben, die der große proletarische Führer noch nicht kennen konnte. An die Stelle der von Lenin untersuchten Prozesse in der Schwerindustrie und im Eisenbahnwesen können wir heute die Formierung von Giganten der Rohstoffwirtschaft, insbesondere der Erdölkonzerne, das weltweite Wirken von Riesen der Kommunikationstechnologie wie Microsoft sowie des militärisch-industriellen Komplexes, besonders der USA, setzen. Sie beherrschen ganze Welten und bestimmen die Politik ihrer Regierungen gegenüber anderen Ländern. Die enge Verflechtung der internationalen Finanzmärkte untereinander und mit den transnationalen Konzernen hat dabei eine höhere Qualität der Kapitalverwertung bewirkt. Über die elektronischen Medien können Gelder, Waren und Dienstleistungen innerhalb von Sekunden Eigentümer, Länder und Wirtschaftszweige wechseln! Es geht um das Verständnis des Grundsätzlichen, ohne das Lenins Imperialismusanalyse nicht auf die Erscheinungsformen des modernen Kapitals angewandt werden kann.

Lenin untersuchte das Entstehen des Monopols, die Verschmelzung des Industrie- und Bankkapitals zur Finanzoligarchie. Er sah darin ein neues Stadium des Kapitalismus. Hand in Hand mit der Monopolbildung erfolgte die Aufteilung der Welt in ökonomische und politische Einflusssphären der mächtigsten und reichsten kapitalistischen Staaten; Kolonialpolitik brachte in hohem Maße Extraprofite. Nun behaupten führende Politiker imperialistischer Mächte, das Kolonialzeitalter sei beendet, es gebe praktisch keine



Kolonien mehr auf der Welt. Formal trifft das zu, aber nur vordergründig. Denn in der heutigen Welt, die sich unter der „Schirmherrschaft“ von WTO, Weltbank, IWF und der G7/G8 befindet, werden die ehemals kolonial abhängigen Staaten in der ökonomischen Knechtschaft der imperialistischen Hauptländer gehalten. Der sogenannte Schuldendienst behindert die eigene wirtschaftliche Entwicklung und blockiert jede echte Verbesserung der sozialen Lage der Massen. Wird ein Ausbruchversuch unternommen, wie heute z. B. in Venezuela und Bolivien, dann ergibt sich daraus sofort ein neues Feindbild für die USA und deren engste Verbündete. In afrikanischen Staaten, die vielfach von Bürgerkriegen zerrissen wurden – denken wir nur an Angola, Kongo, Sudan oder Somalia –, sind die „Segnungen“ des modernen Kapitalismus besonders spürbar. Wenn Arme schwarzer oder dunkler Hautfarbe als „Bootsflüchtlinge“ in Europa ein besseres Leben suchen, stoßen sie auf eine hermetisch abgeriegelte Festung. Auch auf viele Regionen Asiens und Lateinamerikas trifft ähnliches zu. Denken wir nur an die antimexikanischen Sperrzäune der USA oder an Israels Mauer.

Das „alte Europa“ bot nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Wirtschaftssystems im Osten und Südosten des Kontinents den westeuropäischen Monopolen – ganz besonders den deutschen – geradezu einmalige Bedingungen der Kapitalverwertung. Ein riesiges Potential an Menschen, Rohstoffen und Absatzmärkten wurde schnell in die Einflusssphäre der Großkonzerne eingebunden. Die jeweiligen Regierungen, gleich ob konservativ oder sozialdemokratisch geführt, hatten dabei eine Schlüsselrolle.

Wer gegen den Stachel löckte und Widerstand zu leisten versuchte, wurde brutal ausgeschaltet. Die Zerschlagung Jugoslawiens durch die NATO zeugt davon ebenso wie die bisher erfolglosen Bemühungen, eine konterrevolutionäre Situation in Belarus herbeizuführen.

Mit der Osterweiterung der EU stieg der Kapitalexpert in diese Staaten gewaltig an, was sich in einem nachhaltigen sozialen Abstieg der Masse der Menschen niederschlug. Im Zusammenhang mit der stürmischen Entwicklung der Kapitalausfuhr, die vielfach den Warenexport auf den zweiten Platz verwies, untersuchte Lenin die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung einzelner Unternehmen, Zweige und Länder. Er kam dabei zu dem Schluß, daß diese und die Sprunghaftigkeit in der Entwicklung im Kapitalismus unvermeidlich seien. Der erreichte Überschuß an Kapital wird nicht zur Hebung der Lebenshaltung der Massen verwendet, sondern allein zur Steigerung des Profits durch Kapitalexpert eingesetzt. Inzwischen haben sich solche Prozesse ins Gigantische gesteigert.

Diese Abläufe verstärken die Interessenwidersprüche zwischen den beteiligten Konzernen und den bürgerlichen Staaten. Das Ganze gipfelt in immer neuen Kriegen und Konflikten um Einflusssphären, Absatzmärkte und die Neuaufteilung der Welt.

Ausführlich beschäftigte sich Lenin mit den bürgerlichen Hoffnungen auf „ewigen Frieden“, der angeblich durch das Wirken der monopolistischen Kartelle gesichert werden könne. Diese Ideologie erlebte nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa und der Sowjetunion ihre Wiederauferstehung. Von einer „Friedensdividende“ war sogar die Rede. Die heutigen Realitäten zeigen indes, daß die Welt unter der Hegemonie des USA-Imperialismus als einziger Supermacht nicht friedlicher geworden ist. Im Gegenteil, die Aggressionen der USA in Afghanistan und Irak, die von Israel gegen die Palästinenser und seine arabischen Nachbarn fast täglich verübten Gewaltakte beweisen, daß auch transnationaler Monopolkapitalismus keinen Frieden bringt. Wenn es der herrschenden Kapitalistenklasse zweckmäßig erscheint, wird immer wieder die militärische Keule in der einen oder anderen Form geschwungen werden.

Klaus Baunack

Und sie wagen es, vom Güstrower Schmidt-Besuch zu sprechen!

Heiligendamm hinter Stacheldraht

Man erinnert sich noch an die Erregung des Westens und seiner Medien über die von der DDR vor allem auch auf direktes BRD-Ersuchen ergriffenen Sicherheitsvorkehrungen beim Schmidt-Besuch in Güstrow. Damals, vor 25 Jahren, hagelte es Proteste aller Art. Doch was in diesem Jahr dem Ostseebad Heiligendamm bevorsteht, läßt Güstrow als ein Kinderspiel erscheinen.

Die Abschottung der „Weißen Stadt am Meer“ in Vorbereitung auf den Weltwirt-

Das Sonderkommando KAVALA (für „Weiße Stadt am Meer!“) wird hier mit 16 000 Polizisten (die Zahl der darüber hinaus anreisenden Geheimdienstmitarbeiter aus den beteiligten Staaten bleibt unerwähnt) zum Einsatz kommen. Wer das alles bezahlen soll – darüber ist der Poker der Politiker noch im vollen Gange, ähnlich wie bei den Kosten für die vorjährige Stippvisite des USA-Präsidenten Bush bei Angela Merkel, über deren Begleichung es

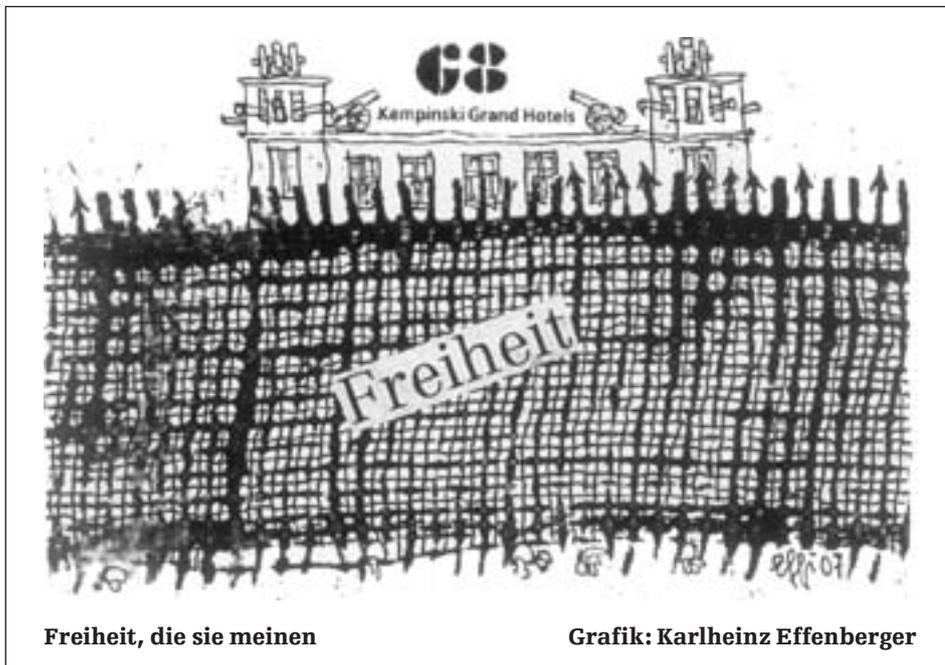
bisher offensichtlich noch immer keine Einigung gibt.

Doch der Gipfel kommt unweigerlich. Die Staats- und Regierungschefs der acht mächtigsten kapitalistischen Länder werden im wahrsten Sinne des Wortes ungestört darüber plaudern können, wie sie sich die Zukunft des Planeten vorstellen. Sicher dürften sie sogar Entscheidungen von Weltgeltung treffen, obwohl sie nur 13 % der Erdbevölkerung vertreten, ihnen demnach jede Legitimation dafür fehlt. Eine tolle Demokratie!

So wächst die Empörung über den G-8-Gipfel von Tag zu Tag. Die Veranstalter rechnen schon jetzt mit über 100 000 Gegendemonstranten. Dem zu DDR-Zeiten von den Werktätigen als Seeluftsanatorium genutzten Bad mit den weißen Stränden steht ein heißer Sommer bevor. In diesem Jahr wird der Streifen am Meer leer bleiben, denn ein gesicherter Zaun von der Jemnitz-Schleuse bis zum Kinderstrand wird sein Betreten verhindern. Das Badeverbot gilt für alle, ob Einheimische, Urlauber oder Tagesgäste.

Das hat es in der Geschichte von Heiligendamm noch nie gegeben, nicht einmal in jener Zeit, als der Großherzog von Mecklenburg, Friedrich Franz I., als erster offizieller Badegast 1793 den exklusiven Kurort eröffnete. In den folgenden Jahrhunderten genoß der europäische Hochadel einschließlich diverser Zarenfamilien hier die Sommerfrische. Bleibt die Frage: Wer ist eigentlich der Nutznießer dieses Weltwirtschaftsgipfels?

Uwe Kramp, Kambs



Freiheit, die sie meinen

Grafik: Karlheinz Effenberger

schaftsgipfel 2007, der in der Zeit vom 6. bis 8. Juni dort stattfinden soll, läuft bereits auf Hochtouren. Mit dem etwa 12,5 Millionen Euro teuren Bau einer der modernsten „Sicherheitsanlagen“, bestehend aus Betonelementen, Straßensperren, Bewegungsmeldern, Mikrofonen und Stacheldraht, wird das älteste Seebad Deutschlands auf 13 km Länge und 2,50 m Höhe bis weit in die Ostsee hinein hermetisch abgeriegelt. Den 280 Einwohnern von Heiligendamm versicherte man scheinheilig, sie würden selbstverständlich „vor eventueller Gewalt geschützt“. Sie befinden sich also gewissermaßen in einem „goldenen Käfig“.

Der Historiker **Heiko Kosel**, Mitglied des Landtages und der Publizist **Sieghard Kosel** sprechen am **22. Februar** um **19 Uhr** im Bautzener Bürgertreff, Große Brüdergasse zum Thema:

Antikommunismus in Polen und Tschechien und die EU

Veranstalter: **RF-Regionalgruppe Bautzen-Oberlausitz**

Glückwunsch unseren Jubilaren

Ihr **80. Lebensjahr** vollenden
Gerhard Kummer (6. Februar) aus Zella-Mehlis,
Karlaugust Arndt (10. Februar)
aus Rostock-Markgrafenheide und
Prof. Dr. Manfred Buhr (22. Februar) aus Berlin.

Ihren **75. Geburtstag** begehen
Klaus Köhler (8. Februar) aus Berlin,
Siegfried Richter (21. Februar) aus Berlin,
Horst Gülle (24. Februar) aus Berlin,
Charlotte Koch (26. Februar) aus Hanstorf und
Hans-Georg Leppek (27. Februar) aus Mansfeld.

70 Jahre alt werden
Hans-Joachim Köhler (3. Februar) aus Chemnitz,
Siegfried Hess (9. Februar) aus Eilenburg,
Manfred Bohle (21. Februar) aus Düsseldorf,
Friedrich Morche (27. Februar) aus Vietmannsdorf/Templin,
Manfred Potschka (27. Februar) aus Unterhachingen und
Dieter Wolf (28. Februar) aus Potsdam.

Mit 65 rückt „RotFuchs“-Aktivist
Peter Wozniak aus Halle am **24. Februar**
in die Reihen der Jungveteranen auf.

Nachwuchskader ist
Bernd Pauli aus Leipzig, der am **21. Februar**
sein **60. Lebensjahr** vollendet.

**Wir gratulieren
allen
Genossinnen
und Genossen
auf das
herzlichste!**

Ein wertvolles Buch früherer Lehrer der SED-Parteihochschule Kritische Sicht ohne Einknicken

Im „RotFuchs“ war einige Male (im Zusammenhang mit den Beiträgen von G. Fricke und F. Matho) von dem Buch „Die Parteihochschule der SED – ein kritischer Rückblick“ die Rede. Die Beiträge und ihre Verfasser machten mich neugierig, besonders weil ja bekannt ist, daß die meisten unserer Führungskräfte an der PHS ausgebildet wurden und daß letztere trotzdem (oder gerade deswegen?) in der Öffentlichkeit schon damals bei vielen den zweifelhaften Ruf hatte, ein Hort des Dogmatismus zu sein. Ich habe mir das Buch besorgt – trotz der in einer Literaturbeilage des ND erschienenen eher abschreckenden Rezension.

Zuerst fiel mir angenehm auf, daß es sich nicht um isolierte Einzel-Rückblicke handelt, sondern daß die Lehrer noch immer als eine Art Kollektiv auftreten und ein gewisser Gesamteindruck von der Tätigkeit der PHS entsteht. Ich kenne kein ähnliches Projekt einer kollektiven kritischen Aufarbeitung der eigenen Tätigkeit durch die Mitarbeiter zentraler Partei- oder Staatseinrichtungen.

Die im Buch enthaltenen Beiträge geben einen Eindruck von der Breite des Lehrstoffes, der an der PHS behandelt wurde, und von der Art seiner Vermittlung. Schade, daß Fragen der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und Fragen des Staates, des Rechts und der Demokratieentwicklung in der DDR ausgespart wurden. Vielleicht standen keine kompetenten Vertreter dieser Fachrichtungen mehr zur Verfügung.

Das schmälert nicht den guten Gesamteindruck, den ich von diesem Buch erhalten habe. Ich möchte vier Punkte hervorheben, die es mir lesens-, nachdenkens- und diskussionswert erscheinen lassen.

1.) Die Beiträge aus den einzelnen Lehrstühlen sind in ihrer Anlage und auch im Stil sehr unterschiedlich. Sie machen aber deutlich: Es gibt Grundpfeiler in der theoretischen Vermittlung der Lehren von Marx, Engels und Lenin, von denen die ehemaligen Lehrer dieser Bildungseinrichtung auch 16 Jahre nach dem Untergang des Sozialismus in Europa nicht abweichen. Das heißt, es werden marxistische Standpunkte vertreten und verteidigt, und trotzdem entsteht nicht der Eindruck, die sozialistische Entwicklung in der DDR (und die eigene Lehrtätigkeit) würden glorifiziert.

2.) In vielen Beiträgen offenbart sich für Außenstehende, wie offen doch die PHS auch für Neues, Schöpferisches und Unkonventionelles war. Dazu gehörten das Auftreten von namhaften parteilosen Wissenschaftlern und Künstlern, von Praktikern aus Industrie, Landwirtschaft und Staatsapparat vor den Lehrern und Studenten und die Ausgestaltung von Lehrkabinetten zu sich international abzeichnenden Spitzentechnologien. Diese

Initiativen dienten offensichtlich einem Grundanliegen: Wie können durch praktische Erfahrungen, durch neuartige Ideen und Arbeitsweisen Wege und Möglichkeiten gefunden werden, um den Sozialismus effektiver und attraktiver zu machen. Überrascht und angenehm berührt war ich auch durch die Darlegungen, in welchem Maße die PHS ständig ein Podium für internationale Arbeiterführer und marxistische Theoretiker von allen Kontinenten war.

3.) An vielen Stellen machen die Autoren deutlich, wie sie eine Balance zwischen der in Parteibeschlüssen vorgegebenen Linie, eigenen theoretischen Erkenntnissen und den Gegebenheiten und Erfordernissen des praktischen Lebens finden mußten. Manchmal wurde diese offensichtlich nicht erreicht. Anzuerkennen ist die selbstkritische Erkenntnis vieler Lehrer, daß sie – oft auch kurzfristig und in naiver Parteigläubigkeit – fragwürdige wirtschafts- und kulturpolitische Maßnahmen nicht angezweifelt oder ihren Zweifeln nicht an den passenden Stellen genügend Ausdruck gegeben haben. Ich habe aber den Eindruck: Jeder der Autoren steht auf seinem Gebiet zur persönlichen, politischen und theoretischen Verantwortung, ohne sich zu verbiegen, aber auch ohne sich nachträglich als theoretischer Ketzer oder gar „Widerständler“ aufspielen zu wollen.

4.) Hervorheben möchte ich das Bemühen einiger Autoren, sich, auch über Lehrstuhlsgrenzen hinaus, aktuellen Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung zuzuwenden. Das geschieht besonders in den Beiträgen „Wie wir den Kapitalismus einschätzten und wie wir ihn heute sehen“ und „Worin wir die Ursachen unseres Scheiterns erblicken“.

Der zuletzt genannte Beitrag ist ein Versuch, den ungeheuer vielschichtigen Komplex der Ursachen für unsere Niederlage in Europa in einer Art Gesamtschau und aus historischer Sicht darzustellen. Dabei bemühen sich die Verfasser, den Ausgangsbedingungen und dem internationalen Kampf der Systeme Rechnung zu tragen, ihre Wirkungen auf das entstehende politische und ökonomische System des Sozialismus in der Sowjetunion und den um sie gruppierten Ländern zu berücksichtigen und bestimmte sich daraus ergebende Zwangslagen deutlich zu machen, die ihrerseits eigene Fehler zumindest begünstigten und letztlich zum Untergang der DDR beitrugen. Der Versuch der

Verfasser scheint mir im wesentlichen gelungen. So habe ich das jedenfalls noch nicht gelesen.

Gerade dieser Beitrag ist – auch, wenn vieles offen blieb – eine wirksame Hilfe bei der Suche nach Antworten, warum wir trotz des großen Erkenntnissschatzes von Marx, Engels und Lenin letztlich doch für längere Zeit so vernichtend geschlagen worden sind.

Im Beitrag werden viele Überlegungen komprimiert, die zur Diskussion, zum Nachdenken, zu Schlußfolgerungen und zur weiteren analytischen Arbeit anregen. Es finden sich wesentliche Gesichtspunkte, Erklärungen und Denkhilfen, um von den Ursachen, Umständen und Bedingungen her den Untergang des Sozialismus in Europa und damit auch die Niederlage im persönlichen Lebensweg politisch und theoretisch richtig einzuordnen und zu entsprechenden persönlichen Einsichten zu gelangen.

Eigentlich hätte es hier Ansatzpunkte gegeben, sich noch stärker gegenwärtigen Problemen und Fragen nach der Zukunft zuzuwenden. Mich hätte z. B. interessiert, wie sich die ehemaligen Lehrer der früheren PHS heute, ausgehend von Marxschen Erkenntnissen, den weiteren Weg der Welt zum Sozialismus vorstellen und wie dieser Sozialismus, dem jetzigen Stand unseres Wissens nach, aussehen könnte.

Günther Rechtenbach

Unser Autor war stellvertretender Minister für Elektrotechnik und Elektronik der DDR.



Arbeit wäre in Hülle und Fülle vorhanden

Der Schlüssel zur Vollbeschäftigung

Die Diskussion, ob und inwieweit das Wertgesetz im Sozialismus wirkt, ist nicht nur allgemein interessant. Die in dieser Zeit gesammelten Erfahrungen und Erkenntnisse müssen für künftige Modelle genutzt werden. Eine geistige Auseinandersetzung über das Ob und Wie kann aber nur im Zusammenhang mit allen Seiten des gesellschaftlichen Systems geführt werden. Nur dann wird man die positiven und auch die negativen Folgen erkennen, welche eine bewußte Ausnutzung des Wertgesetzes oder seine Mißachtung hat.

Die uneingeschränkte und alles beherrschende Wirkung des Wertgesetzes in der kapitalistischen Gesellschaft trägt schließlich eine Mitverantwortung für die heutigen ökologischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Verwerfungen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft. Dabei spitzen sich die vorhandenen Widersprüche immer mehr zu. Heute haben wir es nicht mehr nur mit einer Wirtschaftskrise und einem Auf und Ab der Konjunktur wie im vergangenen Jahrhundert zu tun. Von nun an bleibt die Krise eine Dauererscheinung, und ihre Auswirkungen sind für die Bevölkerung immer unerträglicher. Dazu muß man sich noch Folgendes vorstellen:

Die in allen kapitalistischen Ländern verbreitete Arbeitslosigkeit bedeutet ja nicht nur für die davon unmittelbar Betroffenen einen erzwungenen, spürbaren Konsumverzicht und für die gesamte Bevölkerung wachsende soziale Widersprüche und tendenziellen kulturellen Niedergang. Sie hat auch noch eine andere Seite. Viereinhalb Millionen Arbeitslose – wie derzeit in Deutschland – bedeuten einen Verzicht auf mehr als zehn Prozent des potentiellen gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. Das ist ein ungeheuer großes Potential an Arbeitskraft. Würde es zur Geltung kommen, wäre die Gesellschaft wesentlich reicher, könnten die Menschen erfolgreich daran arbeiten, die Hungersnot in weiten Gebieten der Welt zu beseitigen, der Verknappung des Trinkwassers auf dem Erdball zu begegnen, die Klimaerwärmung einzudämmen, den durch den Anstieg der Meere drohenden Gefahren vorzubeugen, die Energieprobleme der Zukunft zu lösen, dem Artenschwund zu begegnen sowie eine Vielzahl anderer gesellschaftlicher Bedürfnisse zu befriedigen. Problemlösungen erfordern Tätigkeiten von der Grundlagen- bis zur angewandten Forschung, von der Entwicklung und Projektierung bis zur materiellen Produktion und den zahllosen Dienstleistungen. Fortschritt läßt sich eben nicht lediglich an einer hohen und steigenden Arbeitsproduktivität messen, sondern auch und vor allem an dem Nutzungsgrad des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. Jeder arbeitsfähige Mensch könnte tatsächlich einen geeigneten Arbeitsplatz finden.

Doch die Wirklichkeit sieht anders aus. Wir verzeichnen auf der einen Seite eine wahre Flut echter individueller und gesellschaftlicher Bedürfnisse, für deren Befriedigung unter den gegenwärtigen Strukturen keine Chancen bestehen. Auf der anderen Seite haben wir einen außerordentlich großen Teil von Menschen, deren Arbeitskraft vollkommen brachliegt, die arbeiten wollen und fähig sind, zum eigenen Nutzen und zum Vorteil aller aktiv zu werden. Das Individuum kann seine gehobenen Bedürfnisse nicht selbst befriedigen, wie das in einer frühen Phase der Menschheitsgeschichte möglich war, als noch kein Eigentum am Grund und Boden sowie an allen anderen Produktionsmitteln bestand. Die Gesellschaft vermag es anscheinend auch nicht, weil sie nicht über die dafür ausreichenden finanziellen Mittel verfügt, weil diese auf den Konten der Kapitaleigner versickern.

Die Situation ist geradezu grotesk: Wir besitzen von Natur aus alle Voraussetzungen und erfüllen alle Bedingungen, um uns auf die Beine zu helfen – aber wir tun es nicht! Einige sagen zwar, sie täten etwas. Aber mehr als ein Alibi oder ein statistischer Wert kommt dabei nicht heraus. So ist anzunehmen, daß sich die Krise immer mehr zuspitzt. Woran liegt das?

Es sind nicht die ökonomischen Modernisierungsprozesse, wie uns einige Politiker weismachen wollen. Die Entwicklung von Wissenschaft und Technik ermöglicht zwar, daß mit einem ständig geringeren Quantum lebendiger Arbeit immer mehr Waren hergestellt werden können. Es ist aber angesichts der schier unbegrenzten Fülle von Arbeitsaufgaben absurd zu behaupten, mit dem technisch-technologischen Fortschritt gehe eine absolute Einschränkung der anzubietenden Arbeit einher. Es ist auch nicht das sinkende kulturelle Niveau der Arbeitenden, deren mangelnde soziale und geistige Kompetenz, die zu Handlungsunfähigkeit führten, oder – wie kürzlich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung verkündete – die ungenügende Bildung junger Menschen, die sie zu Arbeitslosigkeit und Armut verdammt. Mit solchen Behauptungen werden nicht nur Ursache und Wirkung bewußt verwechselt, es wird auch versucht, das Selbstbewußtsein der Massen zu zerstören.

Ohne Zweifel sind es Menschen, die für die absurden Zustände den Grund liefern. Es sind die Verhältnisse, unter denen sich die Beteiligten im Arbeitsprozeß zueinander verhalten. Wer arbeitet für wen und wofür? Es ist der Profit, welcher über alles entscheidet. Es sind das Wertgesetz und in letzter Instanz das gesellschaftliche System.

Das ist wahrlich keine neue Erkenntnis. Sie wird aber von denjenigen unterdrückt, deren Bedürfnisse unter den derzeitigen Herrschaftsformen gut bis übermäßig befriedigt werden. Eine willfähige Politik und deren Repräsentanten vermeiden strikt jede Frage nach den Ursachen der Arbeitslosigkeit, weil sie fürchten, daß die Antwort das gesellschaftliche System gefährden könnte. Andererseits versprechen sie pausenlos, alles zu tun, um das Übel einzudämmen. Niemand kann jedoch einen Schaden beheben, wenn er dessen Ursache ignoriert.

Noch fällt es Politikern hierzulande oft nicht schwer, die ökonomischen Zusammenhänge und die Ursachen der Misere zu verschleiern. In der Tat ist es medienabhängigen und nur durchschnittlich gebildeten Bürgern schwer möglich, hinter die Kulissen zu schauen. Die alles umfassende Geldwirtschaft, das komplizierte Steuer- und Finanzsystem, die ausgereizten Formen des Kapitalmarktes täuschen über die wahren Verhältnisse hinweg. Es wird einfach behauptet: Wir haben kein Geld, deshalb können wir auch nichts finanzieren! Basta!

Ein weiterer Niedergang scheint unausweichlich, wenn es nicht gelingt, in den einzelnen Ländern echte Wachstumsprozesse in Gang zu bringen, bei denen das gesellschaftliche Arbeitsvermögen so vollständig wie möglich eingebunden wird. Aus dieser Sicht ist die Veränderung der sozialen Ordnung nicht mehr nur eine Frage der Moral und der Gerechtigkeit. Sie ist zur Voraussetzung des Überlebens auf unserem Planeten geworden. So gilt es, darüber nachzudenken, wie ein System auszusehen hat, das fähig ist, alle Menschen für gemeinsame Ziele zu mobilisieren. Nicht nur nebenbei haben wir uns dabei auch über Freiräume für das Wirken des Wertgesetzes zu unterhalten.

Dr. Manfred Böttcher

Wir trauern um unser Mitglied,
den tapferen Kämpfer gegen den Faschismus,

Albert Holzmüller aus Leipzig, der am 7. Dezember 2006 im 90. Lebensjahr verstarb. Nach dem Sieg der Konterrevolution leitete die Siegerjustiz erfolglos unzählige Ermittlungsverfahren gegen ihn ein.

Ein Thüringer Kommunist, der für ein freies Deutschland fiel

Zum 100. Geburtstag von Magnus Poser

Vor 100 Jahren, am 26. Januar 1907, wurde in Jena-Ost Magnus Poser als viertes Kind des Zimmermanns Albin Poser und seiner Ehefrau Klara geboren. Nach dem Besuch der Volksschule von 1913 bis 1921 erlernte er den Beruf eines Tischlers. Bereits 1922 wurde er Mitglied des Deutschen Holzarbeiterverbandes und arbeitete aktiv in der Gewerkschaft. Durch Genossen der Freien Sozialistischen Jugend, deren Mitglied Magnus Poser wurde, kam er mit sozialistischen Ideen und den Gedanken von Karl Marx, Friedrich Engels und August Bebel in Berührung. Konsequenterweise führte dieser Weg dann zum Kommunistischen Jugendverband (KJVD), dem er im Oktober 1923 mit seiner ganzen Gruppe der Sozialistischen Jugend beitrug. Als Erwerbsloser auf der Suche nach Arbeit lernte Magnus Poser auf der Wanderschaft die soziale Lage der Arbeiter in der Schweiz, Österreich, Dänemark, Finnland und in der Sowjetunion kennen.

Zurückgekehrt nach Jena wurde er, inzwischen zu einem klassenbewußten Kämpfer herangewachsen, Mitglied der Kommunistischen Partei Deutschlands. Wegen „Landfriedensbruchs“ wurde im Oktober 1930 gegen Magnus Poser und zwölf weitere Antifaschisten, die sich auf einer Nazi-Versammlung in Jena gegen Angriffe der SA verteidigt hatten, Anklage erhoben. Die gegen ihn ausgesprochene Haftstrafe von sechs Monaten – später auf drei Monate reduziert – verbüßte er von März bis Juni 1931 im Bezirksgefängnis Weimar.

Nach der Errichtung der faschistischen Diktatur im Januar 1933 setzte Magnus Poser, nun unter den Bedingungen der Illegalität, unbeirrt seinen Kampf fort. Neben politischen und organisatorischen Aufgaben, die er im Auftrag der KPD durchführte, war er in der Leitung des Unterbezirks Jena für Agitation und Propaganda verantwortlich. Durch einen Spitzel verraten, wurden Magnus Poser und einige andere Genossinnen und Genossen, darunter seine spätere Frau Lydia Orban, am 26. November 1933 verhaftet und in das KZ Bad Sulza verschleppt. Im April 1934 fand vor dem Oberlandesgericht in Jena der Prozeß wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ statt. Für Magnus Poser lautete das Urteil zwei Jahre und drei Monate Gefängnis, die er in der Strafanstalt Ichttershausen absaß.

Nach seiner Haftentlassung im Juli 1936 schuf er in Jena unter sehr komplizierten Bedingungen eine verzweigte Widerstandsorganisation, der neben Kommunisten, Sozialdemokraten, Jungsozialisten und parteilosen Arbeitern auch bürgerliche Antifaschisten angehörten. Besonderes Augenmerk legte Magnus Poser bei der Festigung der Widerstandsgruppe auf marxistisch-leninistische Schulung. Intensiv wurden die Werke der Klassiker

studiert, darunter das „Kommunistische Manifest“, „Das Kapital“, „Staat und Revolution“, „Der linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus“, aber auch „Materialismus und Empiriekritizismus“.

Mit dem Ausbruch des Krieges 1939 verstärkte sich der Kampf gegen den Faschismus und dessen Aggressionspolitik, der mit dem wortbrüchigen und verbrecherischen Überfall auf die Sowjetunion eine neue Qualität gewann. „Das ist jetzt unser Krieg“, erklärte Magnus Poser. Jedem Genossen wurde fortan bei der Aufnahme in die Widerstandsgruppe die Frage gestellt: „Wie stehst Du zur Sowjetunion?“

Im Januar 1942 nahm Magnus Poser Kontakt zu Dr. Theodor Neubauer auf. Es entwickelte sich zwischen beiden eine feste Freundschaft. Gemeinsam gelang es ihnen, eine Bezirksleitung Thüringen der KPD zu schaffen und Verbindungen zu anderen Widerstandsorganisationen in ganz Deutschland herzustellen. Im Herbst 1943 wurden Flugblätter in Auflagen bis zu 1500 Exemplaren gedruckt. Zum Jahrestag des faschistischen Überfalls auf die UdSSR kursierte ein „Brief an die kriegsgefangenen Rotarmisten, Ostarbeiter und Ostarbeiterinnen!“ in russischer Sprache. Obwohl Magnus Poser streng darauf achtete, daß die Regeln der Konspiration eingehalten wurden, vermochte die Gestapo die Spur nach Thüringen zu verfolgen, nachdem sie einen Spitzel in die Berliner Widerstandsorganisation eingeschleust hatte.

Am 14. Juli 1944 wurde Magnus Poser in Jena verhaftet und in das Gestapo-Gefängnis Weimar überführt. Bei den ersten

Vernehmungen bekannte er sich offen zu seiner antifaschistischen Haltung, verschwieg aber standhaft die Namen von Mitkämpfern. Ihm war klar, daß es nur noch zwei Möglichkeiten gab: stunden-, ja tagelange Verhöre, Folterungen und schließlich der Tod oder die Flucht. In der Nacht vom 20. zum 21. Juli versuchte er nach einem kurzen Handgemenge über die Gefängnismauer zu entkommen. Dabei wurde er von fünf Schüssen getroffen. Noch in der gleichen Nacht brachte man den Schwerverletzten in das Krankenrevier des KZ Buchenwald. Die Gestapo wollte ihn mit allen Mitteln am Leben erhalten, um die Namen von illegalen Kämpfern zu erpressen. Selbst dem bereits mit dem Tode Ringenden drohte man mit vorgehaltener Pistole. Verbürgt ist dieses: Magnus Poser blieb sich treu, richtete sich mühsam auf und schleuderte seinen Peinigern mit gebrochener Stimme die Worte ins Gesicht: „Ihr sitzt auf einem absterbenden Ast. Wir sind doch die Stärkeren, und bald ist es mit Euch zu Ende.“ So, wie er gelebt hatte, starb er: als Kämpfer.

Seiner Standhaftigkeit und seinem Mut ist es zu verdanken, daß es in Thüringen nicht zu Massenverhaftungen kam und die Gestapo außerstande war, die illegalen Gruppen vollständig zu zerschlagen. Der Widerstand ging weiter.

In der DDR trugen über 80 Kollektive, Betriebe, Brigaden, Schulen, FDJ-Gruppen und Einheiten bewaffneter Organe den Ehrennamen Magnus Poser. In Jena wurde im Wohnhaus der Familie eine Gedenkstätte eingerichtet.

Manfred Meyer, Rudolstadt

Demagoge Beck abgeschmettert

Berlin: SPD-Chef Beck hat mit seiner Forderung nach einer Reformpause die Unionsspitze gegen sich aufgebracht. Nach Bundeskanzlerin Merkel und Bundespräsident Köhler lehnte auch Bundesinnenminister Schäuble den Vorstoß kategorisch ab. Jede Unterbrechung in der Reformpolitik würde das Land belasten. Die Regierung dürfe nicht mit segnender Hand durchs Land gehen, sondern müsse die viel zu teuren Sozialsysteme verändern. In die gleiche Kerbe schlug auch CDU-Generalsekretär Kauder. Er nannte die Forderung von Beck völligen Unsinn. Nicht alle Reformen würden nur Nachteile bringen. Beck hatte sich dafür ausgesprochen, bei den Reformen einen Gang tiefer zu schalten. Der Bogen sei zuletzt arg gespannt worden.

MDR, 30. 12. 2006

Schäubles „segnende Hand“

Wohl noch im Opium der Weihenacht hat Heiland Schäuble christlich nachgedacht und uns, dem Volke, deutlich kundgetan: daß die Sozialsysteme nun fortan total verändert werden. Gott sei Dank! Die segensreiche Staatshand ist jetzt krank! Nun fragt sich bloß, um welche Hand es ging, an der bisher der deutsche „Wohlstand“ hing? Hat Ackermann dem Volk die Hand gereicht? Und Eichel? Dessen Rente ist zu leicht! Was zahlen Schäuble und die and'ren wohl in Volkes Hand? Wozu? – Nein! Die bleibt hohl. Bezahlt Tornados für Afghanistan! Bezahlt vor Libanon den Küstenwahn! Bezahlt die Richter für die Rechtsspruchqual; „... und noch ein Freispruch“. Geld anstatt Moral. Laßt christlich diese segensreiche Hand sich offenbaren für die Herrn im Land. Die Mehrheit weiß doch längst zu loben: „Der Segen kommt für die von oben.“

Hans Horn

Neulich rief mein Freund Olli bei mir an. Eigentlich heißt er gar nicht Olli. Aber dieser Rufname, abgeleitet vom Familiennamen, oder Hausnamen, wie man hier sagt, paßt so gut zu dem sehr großen und sehr kräftig gebauten Kerl. Inzwischen ist er gut 40 Jahre alt.

Olli lernte ich auf meiner zweiten Arbeitsstelle im Westen, schon 1991, kennen. Wir verstanden uns auf Anhieb, gehören wir doch zwei Minderheiten an: Ich war aus der DDR, und Olli hatte des öfteren gesundheitliche Probleme. Die Wirbelsäule ist wohl für den gewaltigen Körper etwas unterdimensioniert.

Olli ist nicht nur gelernter, sondern auch ein begnadeter Kraftfahrzeugmechaniker. Von der Lackierung bis zur Elektrik, vom Motor bis zum Tuning, Olli kann einfach alles.

Und dennoch. Ich war schon entlassen, weil ich bis dahin nicht wußte, daß man einem Meister nicht ungestraft widerspricht, selbst wenn er gar nicht zur eigenen Firma gehört. Da traf ich Olli. Er war tieftraurig. Wegen seiner häufigen kurzzeitigen Ausfälle hatte man auch ihn vor die Tür gesetzt. Die mangelnde Gesundheit, also die fehlende Eignung, sich ausbeuten zu lassen, war der vom Gesetz anerkannte Grund. Olli blieb Optimist, aber arbeitslos. Niemand wollte den Mittzwanziger einstellen. So wurde er vom Arbeitsamt „weitergebildet“. Eines Tages hatte seine nun schon verzweifelte

Mein Freund Olli

Arbeitssuche doch noch Erfolg. Er bekam eine Stelle bei einer Firma, die Kunststoff-Fenster und Wintergärten baut. Olli eignete sich die notwendigen Fertigkeiten rasch an, das Arbeitsamt bezuschußte den Unternehmer wegen dessen karitativer Haltung, und Olli war froh, wenigstens eine schlecht bezahlte Arbeit zu haben. Aber nach zwölf Monaten lief der Zuschuß vom Arbeitsamt aus, was die Entlassung nach sich zog. Es wäre ja auch noch schöner, wenn der Betrieb den Lohn allein zahlen sollte. So wurde der „wegen Auftragsmangels“ entlassene Olli sofort durch einen anderen geförderten Arbeitslosen ersetzt. Olli bekam wieder Arbeitslosengeld, bis sich die Gesetzeslage änderte. Nun mußte er ALG II beantragen.

Olli wohnt mit seiner über siebzigjährigen Mutter in einem kleinen Häuschen, das sich die Eltern nach dem Krieg auf dem Dorf bauten. Die Mutter erhält eine Witwenrente. Da witterte die ARGE doch sofort eine Bedarfsgemeinschaft und lehnte jede Unterstützung ab. Und außerdem könne man ja Häuschen und Grundstück verkaufen, um vom Erlös zu leben. Mit der teuren Hilfe eines Anwalts wurde die „Bedarfsgemeinschaft“ ad absurdum geführt, die Unmöglichkeit des Verkaufs eines Erbpachtgrundstücks der Kirche gerichtlich festgestellt und der Besitz des

Hauses als rechtmäßig anerkannt. Seither bekommt Olli ALG II, verbunden mit der vollen Fürsorge der ARGE. Natürlich keine kleinliche Rache, sondern Hilfe zum selbstbestimmten Leben: unregelmäßige Wohnungs- und Anwesenheitskontrollen, Weiterbildungen zum richtigen Bewerben und Vorstellen, Vorladungen zu Gesprächen „über die aktuelle Lebenssituation“. Wie gesagt, neulich rief Olli bei mir an. Er klang müde und traurig. Er hat einen Job! Für zwölf Euro am Tag darf er von Montag bis Freitag jeweils acht Stunden in der Nachbargemeinde Straßen, Plätze und Beete reinigen, Blätter aufsammeln, Bäume pflanzen und alles tun, was früher einmal die Gemeindearbeiter für richtigen Lohn taten. Er hat keinen Anspruch auf Urlaub, Rechte oder gar eine Freistellung bei dringenden Problemen. Er durfte nicht mit seiner kranken Mutter zum Arzt fahren. Und weil es keinen Busverkehr gibt, war nur ein Taxi der Ausweg. Dafür muß malocht werden, egal bei welchem Wetter. Wer trödelt oder gar diskutieren will, wird der ARGE gemeldet. Und die kürzt sofort die Bezüge um ein Drittel. Von Zeit zu Zeit sprechen wir jetzt über unsere Lebenslage und über Wege aus dieser Misere. Denn ohne die Solidarität im Kleinen geht nichts.

Richard Georg Richter

Endlich kann die Bundesanstalt für Arbeit einen Erfolg vermelden: Die Arbeitslosigkeit ist gesunken und im Vergleich mit 2005 sogar um eine schlappe halbe Million. Dem steht eine Arbeitsplatzvernichtung durch die Unternehmer in den letzten zehn Jahren von etwa acht Millionen gegenüber.

Noch gravierender als die Erfolgsmeldung ist die vermeintliche Tatsache, nun endlich hätte Hartz IV gegriffen.

Ja, das hat es in der Tat: Es hat (ein)gegriffen in die Schicksale von Hunderttausenden, denen es allerdings kaum besser geht, seitdem sie zwangsvermittelt wurden. Oft für einen Euro in der Stunde. Aber eins nach dem anderen.

Die materiellen Bedingungen der Arbeitslosen haben sich drastisch verschlechtert. Wer seine Arbeitslosenbeiträge von 25 Jahren ansparen würde, bekäme weit mehr ausgezahlt, als er derzeit erhält. Nach einer nur sehr kurzen Zeit der Arbeitslosigkeit fällt der Beschäftigungslose Hartz IV zum Opfer. Das heißt, er muß auf einem extrem niedrigen materiellen Niveau überleben, hart an der Armutsgrenze. Fast sämtliche für das Alter zurückgelegten Mittel werden vorzeitig aufgebraucht. Es handelt sich um eine staatlich angeordnete Zwangsenteignung, die in der deutschen Geschichte ihresgleichen sucht.

Einsprüche sowohl der Arbeitslosen als auch der ALGler werden aus Prinzip meist abgeschmettert, mit einer Gier nach deren letzten Vermögensresten, die jene eines Geiers um Größenordnungen übertrifft.

BRD fast ohne Arbeitslose

Wurden in der Vergangenheit nur krasse Fälle von Sozialmißbrauch durch Sozial- und Arbeitsämter geahndet, so wird jetzt jede Gelegenheit genutzt, um zu streichen, zu kürzen und zu bestrafen. Zahl- und Einspruchsstelle zugleich zu sein, ist die Symbiose einer hemmungslosen Sozialverfolgung.

In den Spalt zwischen menschlicher Verzweiflung und staatlich organisiertem Diebstahl springen nun auch Zeitarbeitsfirmen. Diese inserieren ihre „offenen Stellen“ über Arbeitsagenturen. Die sammeln Informationen über das ökonomisch verwertbare Arbeitspotential der Beschäftigungslosen, um es dann im wahrsten Sinne des Wortes für einen Apfel und ein Ei auf dem Arbeitsmarkt zu verhökern. Um konkret zu werden: Ein gut ausgebildeter und erfahrener Ingenieur liegt bei einem Tarifgehalt von etwa 4000 Euro brutto, im Osten bei 2000 und über Zeitarbeitsfirmen bei etwa 1400,

wenn überhaupt so hoch. Mit dem Netto sieht's noch böser aus. 1000 brutto bringen nur 760 netto. Selbst bei 2000 bleiben nur 1252 netto übrig, und wer gar nach Tarif bezahlt wird, gibt etwas mehr als die Hälfte an den Staat ab. Mal zum Vergleich: Gehaltsempfänger der DDR hatten konstant nur etwa 20% Abzüge. Eine negative Folge: Es gab mehr Geld als begehrte Waren.

Früher einmal befand man, daß sich das Los des Arbeiters in der BRD sogar verbessert hatte. Allerdings wurde damals die menschliche Arbeitskraft auch noch benötigt. Und es existierte die DDR als herausfordernde Alternative. Die derzeitige Produktivität erzeugt mit viel weniger Arbeitern Profite, von denen die Kapitalisten früher nur träumen konnten. Allerdings hat die Sache einen Haken: Die nunmehr Beschäftigungslosen fallen als Konsumenten weitgehend aus; es wird demzufolge zwar immer günstiger, zugleich auch immer weniger absatzfähig produziert.

Die nach Kräften propagierte Exportsteuerung zum Ausgleich der Binnenschwäche ist nur ein Rauchvorhang, um die Schiefelage der gesamtgesellschaftlichen Reproduktion zu verschleiern.

Ob sich die Sklaventreiber und Sklavenhändler wieder mit der vorgegaukelten Senkung der Arbeitslosigkeit aus der Verantwortung stehlen können?

Jochen Singer

Auf einer Veranstaltung der Regionalgruppe Berlin am 16. Februar um 16.30 Uhr
in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität,
Torstraße 203–205, spricht **Dr. Norbert Podewin**
über das Thema:

**Zur Neuherausgabe
des Braunbuchs der DDR**

Gäste sind herzlich willkommen.

Fidel Castro: Niemand kann die Macht unserer Ideen vernichten

Mit großem Interesse lese ich die deutsche Ausgabe der kubanischen Monatszeitschrift „Granma Internacional“. Die Zeitung widerspiegelt die Standhaftigkeit der Kubaner bei der Abwehr der jahrzehntelangen Blockade und der Attacken des USA-Imperialismus, die unter Georg W. Bush noch forciert worden sind. Glaubwürdig vermittelt das Blatt die enge Verbundenheit der KP Kubas und Fidel Castros mit dem Volk sowie dessen Treue zur Sache der Revolution. In den vergangenen Monaten veröffentlichte die „GI“ mehrere Botschaften Fidels, deren Übermittlung ihm nach seiner schweren Operation im Sommer 2006 dringend notwendig erschien. Sie zeugen von den besonderen Führungsqualitäten Castros und sind für die kommunistische Bewegung selten und beispielgebend.

Am 13. August richtete der kubanische Partei-, Staats- und Revolutionsführer folgende Grußworte an seine Landsleute und alle Freunde in der Welt:
 „Heute bin ich 80 Jahre alt geworden. Wenn ich sage, daß sich die Stabilität meines Gesundheitszustandes objektiv wesentlich verbessert hat, greife ich nicht zu einer Lüge. Festzustellen, daß die Genesungsperiode nicht lange dauern wird und überhaupt keine Gefahr mehr besteht, wäre völlig unkorrekt. Ich empfehle allen, optimistisch zu sein und gleichzeitig gewappnet, jegliche schlechte Nachricht zu ertragen. Dem Volk Kubas unendlichen Dank für seine liebevolle Unterstützung. Das Land geht voran und wird weiterhin vorangehen. Meinen Mitkämpfern ewigen Ruhm dafür, dem Imperium zu trotzen und es zu besiegen, um damit den Beweis zu erbringen, daß eine bessere Welt möglich ist. Heute fühle ich mich sehr glücklich. Allen, die mir Gesundheit wünschten, verspreche ich, um sie zu kämpfen.“
 Schon einen Monat zuvor hatte Castro das ZK der Partei gebeten, die Feier seines 80. Geburtstages auf den 2. Dezember, den 50. Jahrestag der Landung der „Granma“, zu verschieben (auf Anraten der Ärzte konnte er nicht an dem Festakt teilnehmen, richtete aber an die in einem Theater Havannas versammelten Gäste aus aller Welt herzliche Grußworte).
 Aus einer weiteren Botschaft Castros vom 4. September entnehmen wir die folgenden Zeilen: „Seit dem 26. Juli habe ich es nicht an einem einzigen Tag unterlassen, selbst an den schwierigsten nicht, Anstrengungen zu unternehmen, um die nachteiligen politischen Konsequenzen eines solchen unerwarteten Gesundheitsproblems zu lindern. Wir müssen alle verstehen, daß es nicht angebracht ist, ständig Informa-

tionen zu geben oder Bildberichte über meinen Gesundheitszustand zu bringen. Wir müssen uns gleichfalls, realistisch denkend, darüber klar sein, daß die Zeit einer vollkommenen Genesung, ob man will oder nicht, lang sein wird. Ich habe im Moment keine Eile, und keiner darf es eilig haben. Das Land funktioniert gut und kommt voran ... Es gibt ... bessere Perspektiven für Kuba als je zuvor ... Mir fehlt nur noch ein Detail: Alle pflichtbewußten Landsleute, die in ihrer Gesamtheit die überwältigende Mehrheit des Volkes bilden, zu bitten, niemanden wegen der Diskretion zu beschuldigen, um die ich der Sicherheit unseres Vaterlandes und unserer Revolution wegen gebeten habe.“



Fidels Saat ist in Lateinamerika aufgegangen. Hugo Chávez (Venezuela) hat das rote Banner ergriffen.

Zum Inhalt der Revolution stellte Castro fest:
 „Revolution ist das Gefühl für den historischen Augenblick; ist, alles zu verändern, was verändert werden muß; ist volle Gleichheit und volle Freiheit; ist als Mensch behandelt zu werden und andere als Menschen zu behandeln; ist, uns durch uns selbst und aus eigener Anstrengung heraus zu befreien; ist, mächtige vorherrschende Kräfte innerhalb und außerhalb des gesellschaftlichen und nationalen Umfeldes herauszufordern; ist, Werte, an die man glaubt, um jeden Preis zu verteidigen; ist Bescheidenheit, Selbstlosigkeit, Solidarität und Heldenmut; ist, mit Echtheit, Intelligenz und Realismus zu kämpfen; ist, weder zu lügen, noch ethische Prinzipien zu verletzen; ist die tiefe Überzeugung, daß keine Kraft der Welt die Macht der Wahrheit und der Ideen vernichten kann. Revolution ist die Grundlage unseres Patriotismus, unseres Sozialismus, unseres Internationalismus.“
 Diese Worte klingen wie ein politisches und menschliches Vermächtnis des herausragenden Kommunisten Fidel Castro. Sie bestärken uns darin, den Mut, den Optimismus und den Glauben an die Sache des Ringens um eine bessere Welt nicht sinken zu lassen.

Dr. Rudolf Dix

Ein bulgarisches Monument ehrt die Hymne der Arbeiterklasse Besucherströme trotz Schändung

Ein Denkmal, das der Hymne der Arbeiterklasse gewidmet ist, steht in meiner Heimat Draganowo. Einige Jahre nach Gründung der Bulgarischen Sozialdemokratischen Partei – 1891 – wurde auch in unserem Städtchen vom Direktor des örtlichen Gymnasiums, Marin Penkow, eine Zelle der BSP gegründet. Der Lehrer Nikola Michow, ebenfalls Genosse, erhielt von seinem Bruder, der damals in der Schweiz studierte und mit Angehörigen der russischen revolutionären Emigration befreundet war, den Text und die Noten der Internationale. Schon im Sommer 1897 wurde das Kampflied bei einem Volksfest von Schülern und Lehrern gesungen. Die Einwohner wußten wohl um dessen Bedeutung – die Legende vom Wunderlied, das den Armen im Kampf hilft, ist über Generationen erhalten geblieben. In den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts begannen Junge Pioniere nach den Ursprüngen der Verbreitung des proletarischen Gesanges zu forschen. Schilde-

rungen wurden durch Tatsachen belegt und erhärtet. Im Herbst 1977, als sich das Auftauchen der Internationale in Bulgarien zum 80. Mal jährte, weihte man das bereits erwähnte Denkmal ein.
 1981 schrieb die Moskauer Zeitung „Iswestija“, es sei das erste Monument für unser Kampflied und einmalig in der Welt. Die Internationale hat historisch bewiesen, daß sie eines solchen Steines würdig ist. Millionen Menschen kämpften für dieses Motiv, und Tausende starben mit ihren Worten auf den Lippen.
 Die bulgarische „Demokratie“ hat nach dem Sieg der Konterrevolution des Jahres 1989 an dem großen proletarischen Gesang Rache geübt: Die Bronzeplatten mit den aufrührerischen Worten des Liedes wurden geraubt und verschleppt. Die geschändete Säule zeugt symbolhaft von dieser Barbarei und ruft zu Kampf und Widerstand.
Übermittelt von Ognjan Shekow, Warna; übertragen von Dr.-Ing. Peter Tichauer

Pierre Degeyter, der Komponist der „Internationale“, wird am 8. Oktober 1848 in Gent geboren. Seine Eltern, Franzosen flämischer Abstammung und aus sozialer Not nach Belgien gezogen, finden auch dort kein besseres Leben, so daß es sie 1855 ins nordfranzösische Lille zurücktreibt. Schon mit sieben muß Pierre, eines von neun Kindern, zur Arbeit in die Textilfabrik. Erst 1862 kann er in einer Abendschule lesen und schreiben lernen, sich auch erste Notenkenntnisse aneignen. Später gelingt es ihm, etwas Musikunterricht zu nehmen. Da er schon mit 17 arbeitslos wird, weil die Textilkapitalisten von Kinderarbeit mehr profitieren, hilft er seinem Vater, einem Drechsler, in der Fabrik. Er kann diesen Beruf erlernen. In der knappen Freizeit befaßt er sich mit

das Lied fertig, und am 18. Juni 1888 erklingt es zum ersten Mal in der Schänke „Zur Freiheit“ in Lilles Rue de la Vignette, gesungen vom Komponisten.

Das Lied soll gedruckt werden. Da kommen einigen Genossen Bedenken. Wird Pierre Degeyter nicht angefeindet werden, womöglich seine Arbeit verlieren? Frankreich ist ein reaktionärer Staat. Irgend jemand schlägt vor: Wir lassen den Vornamen weg und schreiben De Geyter statt Degeyter. So geschieht es, und deshalb erscheint der Name des Komponisten in dieser Version.

Etwa acht Jahre lang ist die „Internationale“ nur den Arbeitern in den Städten Nordfrankreichs bekannt. Dann findet im Juli 1896 in Lille der Parteitag der französischen Sozialisten statt, zu dem

acht Jahre hin. Endlich, am 17. Januar 1914, findet die Hauptverhandlung statt. Pierre legt das Manuskript des Liedes vor, vergeblich, denn sein Vorname ist darauf nicht vermerkt. Und Bruder Adolphe läßt sich weiter mißbrauchen: Er sei der Komponist und habe seine Rechte vertraglich an Bürgermeister Delory abgetreten.

Pierre Degeyter legt Berufung beim Appellationsgericht in Paris ein. Verhandelt wird nicht mehr, denn der Krieg bricht aus. Doch das Gewissen belastet den Bruder. Am 15. Februar 1916 hängt sich Adolphe auf. Vorher schreibt er Pierre einen Brief: „Ich habe nie im Leben irgendeine Musik komponiert, um so weniger die Internationale“, heißt es darin. Fast drei Jahre irrt dieses Schreiben durch Frankreich, bis es doch noch in Saint Denis ankommt. Pierre schickt es an das Gericht. Am 23. November 1922 hebt die Kammer das Urteil des Zivilgerichts in Lille auf und „erkennt rechtens: Pierre Degeyter ist Urheber der Musik zur Internationale.“

Degeyter ist jetzt vierundsiebzig Jahre alt, seit 1920 Mitglied der Französischen KP. Noch immer wohnt er in der Pariser Vorstadt. Seine Existenzbedingungen sind ärmlich, er lebt von kleinen Aufträgen und Reparaturen, die er als Drechsler und Tischler ausführt. Abends zieht er durch die Straßen und entzündet die Gaslaternen, die er am Morgen wieder löscht. Dafür erhält er 150 Francs monatlich. Niemand in Frankreich weiß, daß der Komponist des Liedes, das Arbeiter in aller Welt mit Inbrunst singen, noch am Leben ist. Und dann liest Pierre eines Tages in der Zeitung, die Sowjetunion habe die „Internationale“ zu ihrer Nationalhymne gewählt. Sie wird offiziell in Paris gespielt, als Frankreich und die UdSSR diplomatische Beziehungen aufnehmen.

Weitere vier Jahre vergehen, ohne daß Pierre Degeyter sein Incognito aufgibt. Erst am 8. März 1926 meldet er sein Werk beim Autorenverband der Komponisten und Musikverleger an. Und so erfährt die FKP, wer zu ihren Mitgliedern zählt. Von nun an kümmert sich die Partei um ihn, beschafft ihm eine gute Wohnung, in der er mietfrei leben kann. Von der Kommunistischen Internationale erhält er eine Ehrenpension, mit der er zum erstenmal in seinem Leben sorgenfrei ist. Im Jahr darauf wird Pierre nach Moskau eingeladen. Zum VI. Kongreß der Komintern, der mit dem 10. Jahrestag der Oktoberrevolution zusammenfällt. So steht er am 7. November gemeinsam mit den letzten noch lebenden Kommunarden auf der Tribüne am Roten Platz. In tiefer Ergriffenheit hört er sein Lied, gespielt von einem großen Orchester.

Am 26. September 1932 stirbt Pierre Degeyter, schwer erkrankt, 84jährig, im städtischen Krankenhaus. Dem Leichenzug folgen 50 000 Arbeiter, in ihren Reihen Maurice Thorez und Marcel Cachin. Dieser sagt in der Trauerrede: „Pierre Degeyter, Dein Name wird nicht vergessen werden; Dein unsterbliches Lied hat ihn in die vier Enden der Welt getragen ...“

Aufgeschrieben von Günter Freyer

Viele Jahre lebte der Komponist der „Internationale“ unerkant bei Paris

Incognito in Saint Denis

Musik, beherrscht bald Baßgeige und Harmonium, so daß ihm sogar der Musikpreis der Akademie von Lille zuerkannt wird. Er läßt sein altes Harmonium auf einen Handwagen und zieht mit seinem jüngeren Bruder Adolphe und einem weiteren Sänger über die Dörfer, in Wirtschaftshäuser und zu Festen. Unter den Liedern, die sie vortragen, befinden sich bald Pierres Kompositionen.

Als in Paris die Kommune ausgerufen wird, leistet Degeyter gerade den Militärdienst. Er erfährt, was in der Hauptstadt vor sich geht. Mit einigen Genossen verläßt er die Truppe, um sich dorthin durchzuschlagen. Kurz vor dem Ziel werden sie festgenommen. So trennt nur eine kurze Entfernung den Schöpfer der Melodie von Eugène Pottier, dem Textautor ihres künftigen gemeinsamen Liedes, der Kommune ist. Sie wissen nichts voneinander, und sie werden sich nie begegnen.

Nach der Gefangenschaft lebt Degeyter wieder in Lille, arbeitet in der Modellwerkstatt der Eisengießerei. Er komponiert weiter, engagiert sich politisch, so im Gesangsverein „Arbeiterlyra“, zu dessen Chorleiter er gewählt wird. 1888 ersteht der örtliche Funktionär der Französischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Gustave Delory, den Band „Revolutionslieder“ von Eugène Pottier. Er gibt ihn Degeyter mit der Bemerkung, doch einmal zu prüfen, ob er davon etwas für die „Arbeiterlyra“ vertonen könne. Am selben Abend liest Pierre die 95 Gedichte und entscheidet sich auf Anhieb für die „Internationale“. Noch in der Nacht skizziert er die Melodie, und am nächsten Morgen gelingt ihm der Refrain. Tags darauf ist

auch Vertreter einiger ausländischer Bruderparteien anreisen, darunter Wilhelm Liebknecht. 20 000 Proletarier begrüßen die Gäste mit dem Gesang ihres Kampfliedes, das von da an seinen Siegeszug um die Welt antritt.

Pierre Degeyter ist Mitglied der Sozialistischen Arbeiterpartei, ebenso Gustave Delory, inzwischen Bürgermeister der Stadt. Während der Komponist ein konsequenter Marxist bleibt, verkommt der Bürgermeister zu einem rechten Regierungssozialisten. Zwischen beiden entsteht eine erbitterte Feindschaft. Delory sucht nach einer Möglichkeit, Degeyter Schaden zuzufügen. Ein Pariser Verleger, der das Lied herausbringen will, schreibt 1901 an die Stadtverwaltung und bittet, ihm den Vornamen des Tonsetzers, der ja aus Lille stammt, mitzuteilen, damit dieser die Noten autorisieren kann. Delory gibt den Brief aber nicht weiter, sondern behauptet kurzerhand, die Zustimmung bereits einem anderen Verlag erteilt zu haben. Das Urheberrecht sei ihm vom Komponisten Adolphe Degeyter übereignet worden. Pierres jüngerer Bruder aber ist ein Angestellter Delorys.

Der kranke Pierre Degeyter wird daraufhin beschuldigt, sich die Urheberschaft an dem Lied angeeignet zu haben. Delory aber macht mit der „Internationale“ Geschäfte und kassiert Tantiemen. Pierre vermag dagegen nicht vorzugehen. Enttäuscht und verbittert verläßt er Lille und zieht in die Pariser Vorstadt Saint Denis. 1906 klagt er beim Gericht in Lille auf Feststellung seiner Urheberrechte. Die Richter weisen nicht nur seine Anträge ab, sondern ziehen das Verfahren auch

Über die Haltung der Vereinten Nationen zur Politik Israels Tel Aviv und das Völkerrecht

Worum geht es beim Nahostkonflikt? Er hat einen langen historischen Hintergrund und ist komplexer Natur. Zionisten und Araber erheben Anspruch auf ein und dasselbe Territorium: Palästina.

Das ist ein nationaler und sozialer Konflikt, kein religiöser. Allerdings bedienen sich Wortführer beider Seiten häufig mißbräuchlich religiöser Begründungen. Zionisten berufen sich auf das alte Testament, Araber auf den Islam und ihre zwei Jahrtausende währende Anwesenheit.

Völkerrechtlich gesehen verdankt Israel seine Entstehung als Staat der UNO. Am 29. November 1947 beschloß diese, das Mandatsgebiet Palästina zu teilen und einen jüdischen und einen arabischen Staat auf diesem Territorium zu bilden. Obwohl nur etwa ein Drittel der Bewohner Juden waren, sollte der jüdische Staat 54 % des Territoriums erhalten.

Nicht nur die zionistischen Ansprüche, sondern vor allem auch die Holocaust-Erfahrungen sprachen dafür, den Juden einen lebensfähigen Staat mit einem aufnahmefähigen Territorium zu garantieren. Die USA und die Sowjetunion waren Paten der Geburt Israels. In der Erklärung des ersten Regierungschefs Ben-Gurion vor der Knesset in Tel Aviv am 14. 5. 1948 hieß es: „Proklamieren wir hiermit kraft unseres natürlichen und historischen Rechts und aufgrund des Beschlusses der UN-Vollversammlung die Errichtung eines jüdischen Staates in Eretz Israel: des Staates Israel. Der Staat Israel wird für die jüdische Einwanderung und die Sammlung der zerstreuten Mitglieder des Volkes geöffnet sein. Er wird volle soziale und politische Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied der Religion, der Rasse oder des Geschlechts gewähren. Er wird die Freiheit des Glaubens, des Gewissens, der Sprache, der Erziehung und Kultur garantieren. Er wird die heiligen Stätten aller Religionen sicherstellen und den Grundsätzen der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet sein.“

War es ein „unrealistischer Teilungsplan“?

In der Tat wurden etwa 500 000 Araber gegen ihren Willen dem jüdischen Staat zugeschlagen. Um seine Bildung entstanden bewaffnete Konfrontationen, in die sich auch Jordanien und Ägypten einmischten. Zwei Ergebnisse wirken bis heute nach: Israel vergrößerte sein Territorium im Vergleich zum UNO-Teilungsplan um etwa 50 %. Über eine halbe Million Araber wurde vertrieben oder flüchtete, was zionistischen Zielen entsprach. Die Bildung des palästinensischen Staates kam zunächst nicht zustande.

Rückblickend erklärte Premier Schamir am 13. 11. 1990: „Für eine große Auswanderungswelle benötigen wir ein großes Israel. Die Neueinwanderer können überall in Eretz Israel siedeln, auch in Judäa und Samaria.“

Hier liegen entscheidende Ursachen des seit fast sechzig Jahren schwelenden Konflikts, der zu einem der Hauptelemente der Konfrontation wurde. Israel entwickelte sich zur Speerspitze des Imperialismus im Nahen Osten. Die Sowjetunion sah in den nationalen Bewegungen arabischer Länder potentielle Verbündete. Das zeigte sich besonders deutlich im „Suezkrieg“ 1956. Beim Thema UNO und Israel war und ist der „Juni-Krieg“ 1967 eine entscheidende Zäsur.

Im „Sechstagekrieg“ zwischen Israel und Ägypten hatte Israel Gebiete erobert, die um ein Vielfaches größer waren als sein bisheriges Territorium. Jetzt verfügte es über natürliche Grenzen. Es beherrschte nun auch alle Quellflüsse des Jordan. Ost-Jerusalem wurde unverzüglich annektiert, das heißt dem Staat Israel einverleibt, und neue jüdische Wohnsiedlungen entstanden sehr bald.

Israels strategische Situation war ausgezeichnet, aber es hatte nicht nur Gebiete erobert, sondern auch Menschen, Araber, unterworfen. Der Sicherheitsrat brauchte Monate, bis er am 22. November 1967 den Beschluß 242 zustande brachte, der u. a. festlegte, „daß Gebietserwerbungen durch Kriege nicht erlaubt sind“.

Israel sollte sich aus den okkupierten Territorien zurückziehen und ein palästinensischer Staat geschaffen werden. Beide Verpflichtungen hat Tel Aviv bis heute ignoriert.

Der Beschluß 242 ist von grundsätzlicher Bedeutung, nicht nur, weil ihm auch die USA zustimmten, sondern weil das seit 1967 die völkerrechtliche Maßlatte für alle beteiligten politischen Kräfte ist. Er ist nach wie vor gültig, wird aber von Israel mißachtet. Seit 1968 wurde Israel alljährlich von der UNO-Versammlung gemahnt, den Beschluß 242 durchzuführen. Außerdem kam es stets zu einer Verurteilung der israelischen Politik. Wer sich die Mühe macht, die Resolutionen der UNO-Vollversammlung zu prüfen und zu vergleichen, findet von 1971 an jährlich eine Resolution zur „Lage im Nahen Osten“, zur „Palästinenserfrage“ und gelegentlich zusätzliche Resolutionen zur Verurteilung der israelischen Politik. Mit der Resolution 31/62 vom 9. Dezember 1976 wurde eine Nahost-Friedenskonferenz unter der Kopräsidentschaft der USA und der Sowjetunion beschlossen.

Ab 1977 verhinderten die USA mit ihrem Veto regelmäßig Resolutionen des Sicherheitsrats, die als Kritik an Israel hätten ausgelegt werden können. Welcher andere Staat konnte sich eine solche Arroganz gegenüber der „Völkergemeinschaft“ leisten?

Wer hat die Bildung des Staates Palästina bis heute verhindert? Wie hielt es Israel mit seiner Pflicht, den Frieden seiner Nachbarn nicht zu stören? Der Angriff Israels auf Libanon, der am 12. Juli 2006 begann, hatte bereits Vorläufer: die „Ope-

ration Litani“ in März 1978, die „Operation Ruhe und Ordnung“ im Mai 1988, die „Operation Friede in Galiäa“ im Juni 1988, bei der die PLO vertrieben wurde, die „Operation Abrechnung“ im Juli 1993, die „Operation Früchte des Zorns“ im April 1996. Alle diese Aggressionen wurden von der UNO verurteilt. Allein im Jahre 1982 gab es 14 Resolutionen, in denen Israel aufgefordert wurde, die territoriale Integrität, Souveränität und politische Unabhängigkeit Libanons innerhalb der international anerkannten Grenzen zu respektieren. Verlangt wurde von Israel, seine Militäraktionen gegen Libanon sofort zu beenden. Die UNIFIL sollte „den Rückzug der israelischen Streitkräfte bestätigen“, Frieden und Sicherheit wiederherstellen und die libanesische Regierung dabei unterstützen, die Kontrolle über ihr Staatsgebiet zu erlangen. Das zunächst auf sechs Monate befristete Mandat wurde seit 1978 immer wieder verlängert.

Trotz der Existenz der UNIFIL griff Israel bei unterschiedlichen Anlässen Libanon an. 2006 war das ähnlich. Als Auslöser wurde die Gefangennahme zweier israelischer Soldaten auf libanesischem Boden genommen, später offiziell erklärtes Kriegsziel war die Vernichtung der Hizbollah. Das war nicht erreichbar.

Israel hat mit der Aggression gegen Libanon im Juli/August 2006 erneut Kriegsverbrechen begangen. In den 34 Tagen des bewaffneten Konflikts wurden 7000 Bombenangriffe auf fremdes Territorium geflogen, 1000 Libanesen ermordet, die Wohnungen von 40000 Menschen dem Erdboden gleichgemacht. Der Krieg hat nach bisherigen Schätzungen 5,7 Mrd. Dollar, 7% des israelischen Budgets, gekostet.

Prof. Dr. Horst Schneider

Klaus Möller – presente!

Am 13. Dezember 2006 starb unser treuer Leser, das Mitglied des RF-Fördervereins seit 2001

Oberstleutnant a. D.

Klaus Möller

in Jena.

Das Leben eines aufrechten und überzeugten Kommunisten hat sich vollendet.

Klaus hat sich große Verdienste beim Zusammenführen unterschiedlicher linker Kräfte und vor allem bei der Gewinnung junger Mitstreiter erworben. Er wird uns sehr fehlen. In Verbundenheit grüßen wir seine tapfere Helga.

Die imperialen Bestrebungen der USA haben eine lange Geschichte Mit dem „großen Knüppel“ zur Weltherrschaft?

Am Beginn des vergangenen Jahrhunderts verkündete der damalige USA-Präsident Theodore Roosevelt sein Credo: „Freundlich sprechen und einen großen Knüppel bei sich haben.“ Die „Freundlichkeit“ erwies sich schnell als Grimasse. Der „große Knüppel“ aber wurde zum Symbol der USA-Außenpolitik. Mit ihm sicherten sich die Yankees am Anfang des 20. Jahrhunderts zunächst die Vorherrschaft auf dem amerikanischen Doppelkontinent. Dreißig interventionistische Kriege wurden von Washington geführt, um im „Hinterhof der USA Ordnung zu schaffen“. Ihre Ordnung!

Krieg kurbelte die Wirtschaft an, steigerte das Bruttosozialprodukt, ließ die Aktienkurse steigen, warf beträchtliche Profite vor allem für die Rüstungskonzerne ab. Ende 1914 gerieten die Vereinigten Staaten ökonomisch in eine Krise. Die binnenwirtschaftliche Entwicklung erlebte schwere Einbrüche. Mit dem Export ging es kräftig bergab. Da erwies sich Krieg als „Retter in der Not“: Von 1914 bis 1920 stieg der USA-Anteil an der Weltindustrieproduktion auf 47 Prozent. Das Bruttosozialprodukt wuchs von 62,5 Milliarden Dollar im Jahre 1916 bis 1919 auf 73,6 Milliarden Dollar.

Die Bilanz des Ersten Weltkriegs war für das USA-Kapital berauschend: Während die europäischen Länder im fast vierjährigen Völkermord ausbluteten, sanierte das große Sterben die Volkswirtschaft der Vereinigten Staaten. Die Schwächung der Europäer ermöglichte es den Amerikanern, auf deren Märkte vorzudringen.

Die USA-Wirtschaft erlebte einen stürmischen Aufschwung. Die Industrieproduktion boomte. Der technologische Fortschritt war beeindruckend. Die Landwirtschaft expandierte. Die Zahlungsbilanz verschob sich deutlich zugunsten des Landes. Die USA wurden zum globalen Hauptgläubiger, zur Weltmacht.

W. I. Lenin stellte 1918 fest: „Man kann wohl sagen, die amerikanischen Milliarden waren reicher als alle anderen und befanden sich geographisch in der sichersten Lage. Sie haben sich am meisten bereichert. Sie haben sich alle, selbst die reichsten Länder, tributpflichtig gemacht.“

Auch der Zweite Weltkrieg offenbarte sich für den USA-Imperialismus als regelrechter „Entwicklungshelfer“.

Trotz des Roosevelt'schen New Deal, der soziale Zugeständnisse zur Ruhigstellung der Arbeiterklasse brachte, war das Land von einer ersten Dauerkrise mit hoher Arbeitslosigkeit gezeichnet.

Im Krieg konnte die Erwerbslosigkeit stark vermindert werden. Lag sie 1940 bei 14,6 Prozent, so fiel sie bis 1945 auf

4,2 Prozent. Die Zuwachsrate des Bruttosozialprodukts betrug zwischen 1941 und 1944 durchschnittlich 12,5 Prozent pro Jahr. Um das Zweieinhalbfache wuchs die Industrieproduktion von 1939 bis 1944. Die US-Großunternehmen bauten ihre Macht aus. Lieferten sie bei Kriegsausbruch 30 Prozent der Produktion der verarbeitenden Industrie, so waren es 1943 schon 70 Prozent. Der Anteil der USA an der Weltindustrieproduktion betrug bei Kriegsende 60 Prozent, der Anteil am globalen Bruttosozialprodukt über 50 Prozent.

Erneut hatte sich bestätigt, was Präsident Woodrow Wilson vor dem Ersten Weltkrieg vorausgesagt hatte: „Sie werden erleben, wie sich, wenn der Krieg ausbrechen sollte, ‚Big Business‘ in den Sattel schwingt.“

Die Konzerne der Vereinigten Staaten nahmen während des Krieges und unmittelbar danach umfangreiche Kapitalinvestitionen in den von Großbritannien abgeschnittenen Dominions Kanada, Australien und Neuseeland vor. Ab 1946 wurde die USA-Beteiligung an der Erdölförderung im arabischen Raum angekurbelt. Schon 1953 nahmen transnational operierende Konzerne des imperialistischen Hauptlandes in dieser Region den ersten Platz ein.

Die USA waren zur Führungsmacht der kapitalistischen Welt, sie waren zur Supermacht geworden.

Sie maßen sich nun die Rolle des Dirigenten im internationalen Orchester an.

Der vom Imperialismus provozierte kalte Krieg, die atomaren Schläge gegen die Bevölkerung Hiroshimas und Nagasakis als Ouvertüre dieses Krieges und Erpressungsversuch gegen die Sowjetunion geführt, verschafften den Waffenlieferanten die absolute Vorherrschaft in der Wirtschaft der USA. Der Militär-Industrie-Komplex nahm immer mehr Einfluß auf die Außenpolitik des Landes. Er initiierte ein wahnwitziges Wettrüsten. Über sechs Billionen Dollar wurden seit 1940 allein in das Atomwaffenprogramm des Landes gesteckt!

Am Ende der von Washington verfolgten Strategie des Außenministers John Foster Dulles als „Wandeln am Rande des Abgrunds“ und „Totrüsten“ des sowjetischen Gegenspielers bezeichnet, waren die USA die einzige Supermacht.

Ihre gigantischen Konzerne eroberten in Osteuropa und in früheren Sowjetrepubliken neue Märkte, verschafften sich Zugang zu wichtigen Ressourcen und billigen Arbeitskräften. Die NATO-Erweiterung wurde vorangetrieben.

Nach dem Abtreten der Sowjetunion aus der internationalen Arena proklamierte

George Bush sen. die Errichtung einer „Neuen Weltordnung“. Sein Sohn George W. Bush leitete als „politischer Geschäftsführer“ des Militär-Industrie-Komplexes und der Ölmultis unter dem Vorwand der „Terrorismusbekämpfung“ einen „langandauernden Krieg“ ein, um die USA-Hege-monie weltweit durchzusetzen.

Die Vereinigten Staaten sind nach wie vor die mit Abstand wirtschaftsstärkste Macht. Von den zehn umsatzgewaltigsten transnationalen Konzernen sind acht in USA-Hand.

Das Pentagon schraubte die Rüstungsausgaben der USA inzwischen auf Rekordmarken hoch. Präventivkriegsführung heißt heute die Devise.

Die USA-Notenbank läßt zur Finanzierung dieses Kurses fortlaufend Dollar-Noten drucken.

Doch: „Die Geldschwemme ... führte zu einer überbordenden Verschuldung“, konstatierte das „Handelsblatt“. Die Staatsverschuldung hat inzwischen die astronomische Summe von 8,5 Billionen Dollar erreicht! Eine Verzehnfachung gegenüber dem Stand von vor 30 Jahren. Sie macht etwa zwei Drittel des US-Bruttoinlandsprodukts aus. Die Auslandsverschuldung wächst an jedem Wochentag „um die wahnwitzige Summe von 660 Millionen Dollar“.

Die U. S. Army hat dafür zu sorgen, daß durch Ausplünderung anderer Länder, durch Raub fremder Reichtümer die Finanzierung der Hochrüstung und der Interventionskriege dennoch aufrecht erhalten werden kann.

Internationale Politik, bei der Theodore Roosevelt's „großer Knüppel“ als Hauptinstrument dient, erweist sich als immer fragwürdiger, zumal die Gegenkräfte wachsen. Nicht zuletzt in Gestalt sich herausbildender neuer Großmächte. Die wirtschaftlichen Ziele des USA-Kapitals und die politischen Konzepte der Washingtoner Administration lassen sich so auf Dauer wohl kaum wie bisher durchsetzen. Sie sind aber eine enorme Bedrohung für die ganze Menschheit.

Prof. Dr. Georg Grasnack

Unser langjähriger Leser,
der Berliner Schriftsteller

Klaus E. Schneider

ist am 29. Dezember 2006
gestorben.

Er war dem „RotFuchs“ eng
verbunden und hat ihn auch durch
Beiträge unterstützt.

Wir kondolieren seiner Familie.

Zu einigen Grundpositionen der Tudeh-Partei Irans Für die Bildung einer Antidiktatorischen Einheitsfront

Ein kurzer Blick auf die Geschichte unserer Partei läßt leicht erkennen, daß der unversöhnliche Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus, gegen ihre Handlanger und die innere Reaktion stets die oberste Priorität hatte. Dafür sind wir nicht selten „bestraft“ worden.

Die Kampfentschlossenheit und die Opferbereitschaft unserer Mitglieder zur Verteidigung der Rechte und Interessen der iranischen Werktätigen und der in Iran lebenden Völker haben bei den Unterdrückten immer Sympathie, bei unseren Gegnern Wut und Haß erzeugt.

Es ist daher auch kein Wunder, daß Tausende Mitglieder unserer Partei – ob unter dem Schah-Regime oder der Mullah-Herrschaft – verfolgt, verschleppt und hingerichtet worden sind. Das geht bis heute so.

Allein die Tatsache, daß die Partei während der 65 Jahre ihrer Existenz insgesamt über 53 Jahre illegal war, spricht für sich. 12 Jahre legal, 53 Jahre im Untergrund. Hundertmal hat man sie totgesagt, aber sie lebt und kämpft weiter.

Nach dem Etappensieg der nationaldemokratischen Februarrevolution 1979, an der sich die Tudeh-Partei neben der Koalition der Religiösen unter Khomeini und anderen damals bedeutenden Organisationen beteiligte, zeichnete sich eine zugespitzte Polarisierung der Kräfte ab.

Es war voraussehbar, daß die geschlossene Front gegen die Schah-Diktatur aufgrund der unterschiedlichen Klasseninteressen nicht von langer Dauer sein könnte. Die Partei versuchte aber mit ihrer Bündnispolitik, verbunden mit Kritik, wo es nötig war, und Aufklärungsarbeit zur Festigung und Vertiefung der revolutionären Errungenschaften beizutragen.

Mit dem Sieg der ersten Phase der Revolution, Sturz des Schah-Regimes und Durchführung einer ganzen Reihe radikaler Maßnahmen, wie zum Beispiel Austritt aus dem CENTO-Pakt, Räumung der elektronischen Spionageanlagen an den Grenzen zur Sowjetunion, Ausweisung amerikanischer und britischer Militärberater, Festnahme und kollektive Bestrafung von Anhängern des alten Regimes, Abbruch diplomatischer Beziehungen zu Tel Aviv, Stop der Erdöllieferungen an Israel und Südafrika, Nationalisierung der privaten Banken und Versicherungen, Verstaatlichung der imperialistischen Großindustrie usw. waren wichtige Voraussetzungen für die weitere Entwicklung geschaffen.

Es ging um die Verteidigung der Errungenschaften der Revolution und einen erfolgreichen Übergang zum Aufbau einer neuen Gesellschaft.

Daß die Entwicklung nicht friedlich verlief, sieht man auch daran, daß es während dieser Phase sechs imperialistische Putsch- und Umsturzversuche gab, die

Einheitsfront

zum Teil durch die Wachsamkeit der Partei vereitelt wurden.

Der siebente Versuch, die iranische Revolution zu zerschlagen, war der Einmarsch der irakischen Truppen und der Beginn des unsinnigen, opferreichen Iran-Irak-Krieges, an dem auch die BRD-Rüstungskonzerne nicht wenig verdient haben.

Über die damalige Situation kam die Tudeh-Partei bei ihrem 5. Kongreß im August 2003 zu folgender Erklärung:

„Die Linke und besonders die Tudeh-Partei waren angesichts der Analyse der konkreten politisch-gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lage des Landes, des Standes der durchgesetzten Errungenschaften der Revolution und des gewaltigen Drucks der Massen der Ansicht, daß im Falle der Vertiefung des gesellschaftlich-wirtschaftlichen Prozesses und der Festigung der anfänglichen Errungenschaften der revolutionäre Prozeß gesichert und die vorhandenen Rückständigigkeiten des Überbaus überwunden werden könnten.“

Auf der Grundlage dieser Einschätzung stimmte die Tudeh-Partei einem Artikel der Verfassung zu, der dem islamischen Rechtsgelehrten – damals Khomeini

Zur Zeit betrachtet es die Tudeh-Partei als erstrangige Aufgabe, die Bildung einer antidiktatorischen Einheitsfront zur Erringung von Freiheit, Frieden, Souveränität, sozialer Gerechtigkeit und Beseitigung des Rechtsgelehrten-Regimes voranzutreiben.

Zur Nuklearproblematik hat unsere Partei in zahlreichen Stellungnahmen erklärt, daß die friedliche Nutzung der Kernenergie ein Recht jedes souveränen Staates ist und nicht der Zustimmung dieses oder jenes anderen Staates bedarf;

daß hinter dem Protestgeschrei gegen das iranische Atomprogramm die hegemoniale Gesamtpolitik des Imperialismus steckt;

daß wir im Gegensatz zu einigen sogenannten oppositionellen Kräften des Landes jede Art von Sanktionen gegen Iran ablehnen, weil sie sich massiv gegen die Interessen unseres Landes richten und in erster Linie die einfachen Menschen treffen würden;

daß wir jede Art ausländischer Einmischung in die inneren Angelegenheiten unseres Landes zurückweisen.

Das sind – in aller Kürze – einige unserer Positionen.

Ghassem NIKNAFS



Da sieht man, was selbst mit einem walnußgroßen Gehirn erreicht werden kann! „Oh, ein rotes Bonbon, das ich so gern esse.“ (Startauslöser für den Atomkrieg) „Hm, rühren Sie das nicht an, Herr Präsident!“

Aus „New Statesman“, Großbritannien

– Sonderrechte bis zu denen eines absoluten Despoten einräumte.

Dieses Zugeständnis wurde auf demselben Kongreß als einer der Fehler der damaligen Parteiführung hervorgehoben.

Die weiteren Ereignisse, besonders der Massenmord an Tausenden Oppositionellen unterschiedlicher Überzeugungen, der inzwischen als nationale Katastrophe bekannt ist, ebneten den Weg des Verrats und des Scheiterns der Revolution und verschafften der Konterrevolution freie Bahn.

Vom **14. Februar bis 22. März**

findet in der **Lichtenberger KULTschule**,
Sewanstraße 43, 10319 Berlin,
die Ausstellung

Politische Grafik

unseres langjährigen Mitarbeiters **Klaus Parche** statt.

Die Vernissage ist am **14. Februar** um **18 Uhr**.

Washington will Schlüsselstaat im postsowjetischen Raum destabilisieren

Tauziehen um Kasachstan

Die USA sind im „wirtschaftsliberalen“ Kasachstan die größten Investoren, dennoch mit der Außenpolitik des Landes unzufrieden. Der Hauptgrund dafür dürften seine guten Beziehungen zu China und Rußland sein. Vor allem mit Rußland gibt es die vielfältigsten und engsten Verbindungen. Kasachstan ist nicht nur kulturell mit Rußland verbunden (fast alle sprechen Russisch als Muttersprache), sondern steht ihm auch politisch nahe. Es dominiert wirtschaftlich. Beim kasachischen Import nimmt Rußland den ersten und beim Export den dritten Platz ein. China steht beim Import an dritter, bei Investitionen und beim Export an vierter Stelle. Mit beiden Nachbarstaaten hat Kasachstan die längsten Grenzen. Das und die gewaltigen Rohstoffressourcen machen das Land für die USA strategisch so interessant.

Gelänge es Washington, diese Republik von sich abhängig zu machen, hätte der Imperialismus nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine militärstrategische Position, die einer weltpolitischen Schlüsselstellung gleichkäme, unter seine Kontrolle gebracht. Das europäische Rußland wäre vom Osten her lebensgefährlich bedroht, der kaspische Raum US-dominiert, das rohstoffreiche Sibirien in unmittelbarer Nachbarschaft der direkten Gefahr eines politischen und militärischen Zugriffs ausgesetzt. Die Vereinigten Staaten würden nichts unversucht lassen, die angrenzenden Völkerschaften zu separatistischen Aktivitäten aufzustacheln, um Sibirien von Rußland zu trennen. Schon jetzt spricht man offen davon, die sibirischen Naturreichtümer Moskau zu entreißen und angeblich den dortigen Nationalitäten zu übereignen. Rußland könnte sich dem kaum entgegenstellen. Allein die militärische Sicherung jener

Grenze würde seine Möglichkeiten weit übersteigen.

Auch gegenüber China besäßen die USA dann eine Schlüsselposition. Man könnte die für Beijing wichtigen Erdöllieferungen – auch die von Rußland – sperren und somit das Land von seinen Pipelines abschneiden, was katastrophale Folgen hätte. Die Vorstellung, USA-Streitkräfte stünden an seiner längsten Westgrenze, wäre nicht nur eine historisch erstmalige militärische Situation, sondern auch eine Bedrohung seiner territorialen Integrität, zumal hier nicht nur viele nichtchinesische Nationalitäten leben, sondern auch Tibet nicht weit ist. Für Kasachstan selbst wäre das verheerend. Die Kasachen würden gegen die anderen – vor allem slawischen Nationalitäten – aufgehetzt werden. Um der neuen und proamerikanischen Nomenklatura – meist handelt es sich um junge Leute – den Weg freizumachen, gerieten alle ins Visier, die mit der sowjetischen Vergangenheit verbunden sind. Das bedeutete ein Ende der bisher relativ stabilen Entwicklung in Kasachstan. Es käme zu Unruhen und einem Massenexodus nach Rußland.

Dieses Horrorszenarium scheint absurd, doch schon sind Schritte in diese Richtung unternommen worden. Bereits zu den Präsidentschaftswahlen 2005 versuchten die USA, mit einem „jungen und dynamischen“ Kandidaten die Wiederwahl des Kasachen Nasarbajew zu verhindern. Das USA-Präsidentenhaus hatte daraufhin diese als „nicht demokratisch“ bezeichnet, obwohl der kasachische Staatspräsident an guten Beziehungen zu Washington sehr interessiert war und Englisch zur wichtigsten Fremdsprache erklärt hatte. Nasarbajew bestimmt ganz wesentlich die Politik. Parteien und Parlament spielten bisher kaum eine Rolle. Wenn die USA hier einen grundlegenden Wandel erreichen wollen, müssen sie entweder ihren Favoriten in fünf Jahren ans Ruder bringen oder die Machtbefugnisse des Präsidenten zugunsten des Parlaments beschneiden lassen. Da es in Kasachstan verschiedene bürgerliche Parteien gibt, könnten bei entsprechender USA-Unterstützung eine oder mehrere von ihnen über parlamentarische Mehrheiten an die Spitze des Staates gelangen und so ganz legal eine proamerikanische Wende einleiten. Gerade eine derartige Entwicklung haben der kürzlich verstorbene Präsident Turkmenistans wie die Staatschefs Usbekistans und Kasachstans bisher immer zu verhindern gewußt. Nicht von ungefähr mehren sich inzwischen die Forderungen westlicher Politiker nach „Einhaltung der Menschenrechte“ in Kasachstan. Auch BRD-Außenminister Steinmeier (BND) hat sich im November 2006 entsprechend geäußert. Die Macht des „autoritären“ Präsidenten solle durch eine parlamen-

tarische Demokratie gebrochen werden, und prowestliche Parteien müßten „die Verantwortung für Kasachstan“ übernehmen.

Genau das haben Anfang November in Kirgistan die „Massenproteste“ zumeist junger, gut gekleideter und bestens versorgter Teilnehmer bewirkt. Ihre Losung „Für Reformen“ wurde auch auf Englisch propagiert. In diesem Land, das dem Renegaten, dann „Demokraten“ Akajew die größte Verarmung in der Region (ein Lehrer verdient monatlich 16 €) und einen satten USA-Stützpunkt zu verdanken hat, wurde bezeichnenderweise nicht für die Verbesserung der miserablen Lebensbedingungen demonstriert, sondern eben für „Reformen“, d. h. für eine fundamentale Verfassungsänderung: Nun soll die stärkste Partei den Staats- und Regierungschef stellen. Damit wurde der pro-russische Präsident faktisch entmachtet und der Weg für proamerikanische Kräfte frei.

Das kleine Kirgistan ist als „Vorbild“ für Kasachstan geradezu prädestiniert. Kirgisen und Kasachen stehen sich ethnisch sehr nahe. Es gibt enge verwandtschaftliche Beziehungen untereinander.

Kirgistan liegt am bevölkerungsreichsten Abschnitt der kasachischen Südgrenze mit der Millionenstadt Almaty. Hier leben 37 % der Bürger Kasachstans, bilden Kasachen die Mehrheit, ist ihr kulturelles Zentrum. Zugleich konzentriert sich in der Metropole die politisch ehrgeizige, aber schlecht bezahlte kasachische Intelligenz. Es handelt sich übrigens um die einzige Region des Landes, in der man für antirussischen Nationalismus empfänglich ist.

Gerade, als diese Worte geschrieben wurden, gab es im kasachischen Fernsehen eine routinemäßige Befragung des „jungen und dynamischen“ Oppositionsführers Tuyakbajew, der 2005 nur sechs Prozent der Stimmen erhalten hatte. Seine Antworten waren verblüffend und kamen einem Aktionsprogramm gleich: Man wolle nicht bis zu den nächsten Präsidentschaftswahlen warten, sondern ständig „Reformen“ wie in Kirgistan anmahnen, um das „monarchistische System“ zu verändern und „längst überfällige Demokratie“ einzufordern. Sollten diese „Reformen“ nicht freiwillig gewährt werden, drohe „eine Revolution wie in Kirgistan“. Diese in den frühen Abendstunden des 17. November verkündeten kühnen, erstaunlich selbstsicher und ruhig vorgetragenen Worte des von den USA ausgehaltenen Politikers stellen ein ganzes Programm dar. Sie lassen auf außerordentlich starke Hintermänner und den Beginn des weiter oben geschilderten Szenariums schließen.

Dr. Bernhard Majorow



Pakistans Präsident prangert CIA-Menschenhandel an Neue Einsichten Musharrafs?

Menschenhandel ist in den USA nichts Neues. Schließlich mühten sich schwarze Sklaven auf den Baumwoll- und Tabakplantagen der Südstaaten. Sie waren von reichen Landbesitzern auf öffentlichen Sklavenmärkten erworben worden. Wenn auch die Nordstaaten gegen den Süden zu Felde zogen – die „befreiten“ Schwarzen schleuste man zu niedrigstem Arbeitslohn in die Fabriken ein. Sie dienten nun der neuen Industriegesellschaft als Lohnsklaven.

Pakistans Präsident Pervez Musharraf hat eines der schmutzigsten Geschäfte der CIA angeprangert: Millionenzahlungen für an die USA ausgelieferte „Terror“-Verdächtige (Teilnehmer am Heiligen Krieg – Dschihad). Es handelt sich um 369 Personen, darunter Khalid Sheikh Mohammed, der angeblich den Angriff auf Objekte in New York organisierte, und Omar Sheikh, beschuldigt der Entführung und Enthauptung des amerikanischen Journalisten (im CIA-Sold) Daniel Pearl. Nach Direktiven des USA-Justizministeriums sind Kopfprämien nur für Einzelpersonen vorgesehen, die verdächtige Terroristen ausliefern, nicht aber für Regierungen. Doch dergleichen Finessen scheinen die CIA nicht zu kümmern, solange sie ihre geheimen Straflager füllen kann und ihre Schergen im Erpressen von „Bekanntnissen“ fortzufahren vermögen.

In seiner unlängst veröffentlichten Autobiographie „In der Schußlinie“ („In the Line of Fire“) berichtet Musharraf von seinem Ärger, als Washington versuchte, Pakistan zur Zusammenarbeit gegen angebliche Terroristen zu zwingen. Er habe dem Militär den Befehl erteilt, Gegenmaßnahmen für den Fall einer amerikanischen Überschreitung der Grenzen seines Landes zu planen.

Besonders liegt den „Bush-Männern“ an den unzugänglichen Grenzgebieten zwischen Pakistan und Afghanistan, so der Provinz Kunar, der Operationsbasis des afghanischen Warlords Gulbuddin Hekmatyar und seines Flügels der Hezbi-Islami-Partei.

Nach Angaben von Musharraf soll Washington gedroht haben, Pakistan „in die Steinzeit zurückzubombardieren“, falls Islamabad nicht bereit wäre, mit den USA in der Terroristenjagd zusammenzuarbeiten. Doch sei es keineswegs das Ergebnis der Einschüchterung, sondern allein eigenes Interesse, das ihn schließlich zur Kooperation bewogen habe. Wirklich?

Zur Zeit soll Pakistan 80 000 Mann entlang seiner porösen Grenze mit Afghanistan stationiert haben.

Bemerkenswert ist Musharrafs Meinung, al Qaida könne nicht ohne weitgehende Hilfe der Bevölkerung operieren, selbst wenn sie in ihren unterirdischen Quartie-

ren bleibe. „Das ist die wirkliche Sachlage“, sagte der Präsident.

Afghanische Bürokraten behaupten, Pakistan gewähre den militanten Taliban Unterschlupf, von wo aus sie dann in den „Machtbereich“ Kabuls einfallen könnten. General Musharraf hat kaum politische Opposition zu befürchten, aber Afghanistans USA-Marionette Hamid Karzai verliert zunehmend an Rückhalt. Warum wohl?

Um diese Fragen zu beantworten, muß der „Krieg gegen den islamischen Terrorismus“ vom Standpunkt der Unterdrückten aus betrachtet werden. In Palästina, Irak und Afghanistan werden von den Besatzern und Aggressoren der israelischen und der USA-geführten Soldateska täglich unschuldige Zivilisten in großer Zahl abgeschlachtet. Die „Alliierten“ des Pentagons, allen voran Großbritanniens Tony Blair, hoffen für ihre Kollaboration auf eine Beteiligung an der üppigen Ölbeute. Gier nach Macht und Reichtum ist das einzige Motiv, das den Kapitalismus antreibt.

Musharraf scheint zu ahnen, daß die Entscheidung nicht von einigen Politikern und Militärs ausgeht, sondern in letzter Konsequenz von den Massen. Für die Imperialisten sind Menschen – wie in Sklavenzeiten – noch immer Handelsobjekt. Doch ein altes Sprichwort besagt: „Hochmut kommt vor dem Fall.“

Dr. Vera Butler, Melbourne

Der wertvollste Besitz des alten Genossen Hermann Schuldt Kapital-Schulung auf dem Strohboden

Vor mir liegt ein blaues Bändchen im Taschenbuchformat: keine 18 cm hoch, 11 cm breit. Die Ecken sind abgestoßen, die Farbe verblaßt, an manchen Stellen abgeschabt. Es ist eine 75 Jahre alte Ausgabe des KAPITAL (Band 1). Erschienen im Kröner-Verlag, Leipzig 1929. Daher das ungewöhnliche Format. Dieses alte Familienerbstück überreichte mir in diesen Tagen mein Vater. Der unscheinbare Band gehörte meinem Großvater Hermann Schuldt, vor 110 Jahren geboren, ehemaliger KPD-Reichstagsabgeordneter, Spanienkämpfer und zuletzt Leiter der Bezirksparteikontrollkommission Rostock. 1980 starb er in der Hansestadt.

Er hat das Buch gründlich durchgearbeitet. Überall sind Unterstreichungen mit Bleistift. Der erste Satz, der ihm wichtig war (wen wundert es?), der ist dick markiert: „Unsere Untersuchung beginnt daher mit der Analyse der Ware.“

Mein Vater erzählte mir jetzt die Geschichte dieser Kapital-Ausgabe. Sie trug sich in Techentin zu, einem kleinen mecklenburgischen Dorf unweit von Ludwigslust. Bettelarme Bauern wohnten hier in den Notstandsgebieten der Elbniederung. Sie wurden brutal ausgebeutet. Nach dem 1. Weltkrieg wollten die Kommunisten ihr Los verbessern. Hermann Schuldt, mein Großvater, war 1918 dorthin gezogen.

Zuerst in der USPD aktiv, ging er dann in die KPD. Mitte der 20er Jahre schuftete er als Landarbeiter und organisierte erfolgreiche Lohnstreiks auf verschiedenen Junkergütern.

Die Genossen hatten am eigenen Leibe erfahren, was Ausbeutung bedeutete. Aber sie suchten auch nach dem geistigen Rüstzeug, um die Klassenherrschaft zu analysieren und zu überwinden. Deshalb wollten sie die Schriften von Marx, Engels und Lenin kennenlernen.

1930 erwarb mein Großvater die beiden blauen Bändchen (Kapital 1, 2, 3). Er organisierte in Techentin eine kleine Parteischule – unterm Giebel in seiner Häuslerei. Grund: Die Gastwirte weigerten sich, dafür einen Raum zur Verfügung zu stellen, und die Genossen hatten kein Geld übrig, um ein Quartier zu mieten. 14 von ihnen kamen Anfang 1930 dort zusammen und begannen auf dem Dachboden mit dem Studium.

Abends wurde der lange Raum zur Schlafstatt umgebaut: Alle streckten sich auf dem Stroh aus. Minna Schuldt, die Ehefrau, kochte, was Garten und Speisekammer hergaben. Es war nicht viel, aber die Männer gehörten nicht zu den Verwöhnten. 14 Tage büffelten sie Grundlagen der marxistisch-leninistischen Theorie – in Diskussionen und im Selbststudium.

Die beiden Bände und sein KPD-Parteidokument zählten zu den wertvollsten Besitztümern Hermann Schuldts. Als am 30. Januar 1933 Hitler an die Macht kam, entschied sich die Zentrale der KPD zum Übergang in die Illegalität. Hermann Schuldt hatte schon Vorkehrungen getroffen und zwei Koffer bereitgestellt. Darin befanden sich auch die Kapital-Bände und sein Mitgliedsbuch. In der Dunkelheit wurde das Gepäck auf einem Ziehwagen zu einer vertrauenswürdigen Bekannten in Techentin gebracht und dort versteckt. Zu Recht: Denn in der Folgezeit wurde Hermann Schuldts Haus unzählige Male von der Gestapo durchsucht und alles, was verdächtig schien, beschlagnahmt. Nur eine Kleinplastik Lenins übersahen die Faschisten ...

Hermann Schuldt ging in die Illegalität und die Emigration, wurde 1940 in Dänemark festgenommen und an die Nazis ausgeliefert. 1941 verurteilte ihn der Volksgerichtshof wegen „versuchten Hochverrats“ zu sieben Jahren Zuchthaus. Die Rote Armee befreite ihn 1945 aus dem Zuchthaus Waldheim. Als er wieder nach Hause kam, wurden zu seiner großen Freude die Koffer ans Tageslicht befördert. So kam auch „Das Kapital“ von Karl Marx wieder zu Ehren.

Dr. Sonja Manns

Das Gleichnis vom Pfirsichbäumchen

Ein alter Mann hatte drei Söhne, die er eines Tages zu sich rief. Der Alte hatte sein ganzes Leben lang im Garten des Grafen gearbeitet, jeden Tag, und dafür jeden Abend einen Apfel für sich und seine Familie erhalten. Doch nun verließen ihn die Kräfte.

„Liebe Kinder“, sagte er, „es wird Zeit für mich. Aber das hier möchte ich euch vererben.“ Mit diesen Worten gab er ihnen einen unansehnlichen, runzligen Pfirsichkern. „Laßt aus diesem Kern einen Baum wachsen, er wird euch mit köstlichen Früchten ernähren, und ihr werdet nie wieder Not leiden.“ Dann starb er.

Die Söhne nahmen den Kern, steckten ihn in die Erde, und als das Frühjahr kam, trieb der erste zarte Sproß. Sie erfreuten sich daran, wie sich bald ein junges Bäumchen kerzengerade in den Himmel reckte, doch nur der Jüngste dachte daran, dem Bäumchen bei Trockenheit Wasser zu geben oder die gefräßigen Raupen von seinen Blättern zu sammeln.

„Ihr müßt mir helfen“, sagte er zu seinen Brüdern, „im Sommer drohen unserm Bäumchen Brände, die immer wieder in den nahen Wäldern aufflackern, und im Winter wollen es die wilden Tiere verbeißen.“

So übernahm der Älteste das Vertreiben der wilden Tiere, und der Mittlere schützte es vor den Feuern. Und unterdessen ernährten sie sich von den kärglichen Früchten des Waldes und der Erde.

Nur wenige Jahre später bedeckte sich das Bäumchen mit seinen ersten rosa Blüten. „Nun ist die Not vorbei!“ riefen da die Brüder. Aber in der Nacht kam ein Eissturm und ließ die Blüten erfrieren. Die Brüder seufzten enttäuscht und sagten: „Müssen wir eben auf das nächste Frühjahr warten.“ Im nächsten Frühjahr trieb das Bäumchen noch viel mehr Blüten.

Die Brüder freuten sich sehr, doch plötzlich verdunkelte sich der Himmel, und furchtbarer Hagelschlag ging nieder und zerschlug die zarten Blüten. Als es dann Sommer wurde, zeigte sich, daß auch in diesem Jahr kein Pfirsich zu ernten sein würde.

Im dritten Jahr hatte der Frost einige Blüten übriggelassen, doch die Früchte wurden krank und braun und fielen ab, bevor sie reif waren. Da wurde der älteste der Brüder zornig und rief: „So war das nicht abgemacht! Wenn ich zum Grafen gehe, habe ich wenigstens jeden Abend einen Apfel und muß nicht Hungers leiden. Ich bin doch nicht närrisch, daß ich auf Früchte warte, die es wohl nur in der Phantasie unseres greisen Vaters gab.“

Damit hörte er auf, das Bäumchen zu beschützen. Und als der Winter kam, kamen auch die wilden Tiere, die sich am Stamm scheuerten, die Knospen abrissen und in die Rinde bissen.

Das geschundene Bäumchen hatte gerade genug Kraft, im neuen Jahr ein paar Blätter zu treiben und noch ein Stück zu wachsen. Als der mittlere Bruder sah, daß es nicht mal Blüten trieb, wurde auch er

wütend und schrie: „Mag sein, daß der Vater wollte, daß es uns besser geht. Aber von Hirngespinnst werden wir auch nicht satt!“

So verließ er seine Feuerwache, und als im Sommer der nahe Wald brannte, setzte das Feuer dem Bäumchen arg zu und verkohlte seine Zweige.

Der jüngste Bruder war darüber sehr traurig. Er goß das Bäumchen, schnitt die kranken Zweige aus, entfernte das Ungeziefer. Und im darauffolgenden Jahr trieb es eine einzige rosa Blüte, und aus dieser wuchs ein kleiner, etwas schrumpfliger Pfirsich. Die älteren Brüder sahen es und sagten: „Soll das der Lohn für unsere Mühen sein? Diesen häßlichen Pfirsich sollen die Vögel fressen. Auf ein solches Erbe können wir verzichten.“

Voll Zorn und Gram auf den Vater nahmen die beiden Ältesten ihre Äxte und machten sich daran, den Baum zu fällen. „Halt!“, rief da der Jüngste. „Bitte laßt das Bäumchen, es hat so gelitten. Viel-

leicht können wir es doch wieder gesund machen.“ Da lachten die zwei Brüder verächtlich und sagten: „Unser Vater hat uns betrogen. Er hat uns versprochen, daß wir nie wieder Not leiden werden. Aber dieses kümmerliche Ding stillt nicht einmal unseren Hunger!“

Und sie holten mit ihren Äxten aus. „Wartet, laßt mich bitte wenigstens den letzten Pfirsich vom Baum pflücken.“ Die Brüder gewährten es dem Jüngsten, wollten aber nicht einmal kosten von der süßen Frucht, und schlugen dann voller Verbitterung den Baum um. Danach gingen sie in den Garten des Grafen, um Tag für Tag zu ackern und zu rackern für einen Apfel am Abend.

Der jüngste der Brüder jedoch zog in die Welt hinaus. Er steckte den Kern des letzten Pfirsichs in die Erde und sprach: „Ich glaube nicht, daß uns der Vater belogen hat. Wir haben es wohl nur falsch angefangen.“

Dr. Frank Triklin

Eiserne Zeit

Hinter meinem Schreibtisch hängt eine Uhr. Eine Taschenuhr. Eine Westentaschenuhr. Wie man sie früher trug, als die Weste noch selbstverständliches Kleidungsstück und Bestandteil des normalen Herrenanzugs war. Zu Uhr und Weste gehörte auch die Uhrkette, die am Westenknopfloch festgehakt wurde und sich protzend über den Leib spannte.

Das Verlangen nach der Uhrzeit war also nicht – wie heute – ein flüchtiger gehetzter Blick auf das linke Handgelenk, sondern eine fast zeremonielle Handlung. Die Uhr wurde aus der Westentasche gezogen, mit einer halben Drehung des Handgelenks in die Blickrichtung gehoben, der Sprungdeckel betätigt, stirnrundelnd die Zeit abgelesen, die Uhr wieder in der Westentasche versenkt und der Jackenknopf wieder geschlossen.

Ich erinnere mich noch aus meiner Kindheit, daß es bei meinen Verwandten in gesetzterem Alter eine fast kultische Handlung war. Man hatte Zeit. Uhr und Kette waren normalerweise aus Gold oder einem anderen Edelmetall. Sie gehörten spätestens nach der Konfirmation oder der Heiligen Kommunion zur Grundausstattung des jungen Mannes.

Die Uhr, die hinter meinem Schreibtisch hängt, ist nicht aus Gold oder Silber. Sie ist aus Eisen. Ebenso die Kette. Auf der Rückseite des Uhrengehäuses steht der Spruch: „Gold gab ich für Eisen.“ Und auf der Kette wurde eingraviert: „Gold zur Wehr – Eisen zur Ehr.“

Millionen sind damals 1914 der Aufforderung ihres Kaisers gefolgt und haben Ringe, Ketten, Uhren und andere wertvolle Gegenstände zu den großen, gierigen, schlundoffenen Schmelzen des Landes gebracht und wertlosen Tinnep dafür

bekommen. Mit dem riesigen Goldschatz wurden Krupp und die anderen Mordwerkzeughersteller königlich-kaiserlich belohnt.

Dem, der seine Golduhr und Kette für den eisernen Ersatz freudig hingab, zerriß ein unregelmäßig gezackter glühender Eisensplitter aus einem von Krupp nach Frankreich gelieferten Geschütz vor Verdun das rechte Bein, woran er einige Jahre später im besten Mannesalter verschied. Dieser Mann, der so mit der Goldgabe zu seinem eigenen und vieler anderer Leute Tod beigetragen hatte, war kein dummer Einfaltspinsel, der auf Rattenparolen deutsch-kaiserlicher Nationalisten hereinfiel, sondern ein kluger und gescheiter Kopf. Doktor der Philosophie und Doktor der Althilologie, Sprachgelehrter und verdienstvoller Heimatforscher – mein Schwiegervater.

Jedesmal, wenn ich von ebenso klugen und gescheiten promovierten Politikern in den Medien den inzwischen geflügelten Satz höre, Deutschland werde am Hindukusch verteidigt, nehme ich die Uhr von der Wand, ziehe ihr Werk auf und denke, den Sekundenzeiger verfolgend, daß es immer noch die Zeit von damals ist, die er anzeigt.

Rudi Kurz

Am **10. Februar** um **10.00 Uhr** stellt der bekannte Publizist **Jürgen Elsässer** im 7. Stock des **HKB Neubrandenburg** auf einer Veranstaltung der RF-Regionalgruppe sein jüngstes Buch

**Angriff der Heuschrecken.
Zerstörung der Nationen
und globaler Krieg** vor.

Wie sich die BRD das Berliner Schauspielhaus einverleibte Eine Ente am Gendarmenmarkt

Lange hatten die Musikfreunde der DDR-Hauptstadt auf ein eigenes Konzerthaus warten müssen. Der ehemalige Admiralspalast in der Friedrichstraße war für sie nur ein Provisorium und für das Berliner Sinfonieorchester, das sich unter Leitung von Kurt Sanderling zu einem Klangkörper der Spitzenklasse entwickelt hatte, ganz sicher eine unbefriedigende Wirkungsstätte. Deshalb rief 1976 der Regierungsbeschuß, das im Krieg zerstörte Schauspielhaus am Platz der Akademie wiederaufzubauen, Zustimmung und Vorfreude nicht nur beim Publikum, sondern auch bei den Musikern hervor. Denn das von Karl Friedrich Schinkel 1818 bis 1821 errichtete Gebäude sollte das Konzerthaus für die Berliner und Heimstatt für das BSO werden. Die Oberbauleitung wurde Prof. Dr. Erhardt Gißke übertragen. Als Mitarbeiter des DDR-Bauministeriums hatte ich Gelegenheit das Areal zu einem Zeitpunkt zu besichtigen, als die noch vorhandene Bausubstanz schon gesichert, die Außenhaut des Hauses, also Dach und Fassade, so gut wie wiederhergestellt waren. Das Innere aber zeigte sich noch als ein einziges schwarzes Loch. Die Phantasie reichte nicht aus sich vorzustellen, daß hier ein heller, schöner Saal und viele andere Räumlichkeiten für ein Orchester und Hunderte Besucher entstehen könnten.

Wenige Tage vor der Eröffnung erhielten Journalisten die Möglichkeit, das fertiggestellte Schauspielhaus zu besichtigen. Sie trauten ihren Augen nicht, was da in baulicher Schönheit geschaffen worden war, was Architekten, Künstler, Handwerker und Bauarbeiter geleistet hatten. Und so erging es den Gästen, die am 1. Oktober 1984 das Haus und seinen großen Saal zum Eröffnungskonzert betraten.

Bis 1990 fanden viele Konzerte des BSO und bedeutender ausländischer Orchester statt, viele Aufführungen klassischer Musik nicht nur für Kenner, sondern auch für Menschen, die vorher noch nie ein Ohr für Beethoven und Mozart, Brahms und Schumann, Tschaikowski und Ravel hatten. Und sie konnten sich die Eintrittspreise leisten, weil in diesem heute gescholtenen Staat die Kunst nicht nur für eine Elite gemacht wurde.

Das änderte sich mit dem 3. Oktober 1990. Die westdeutsch-kapitalistischen Machthaber zerschlugen Betriebe und Bildungseinrichtungen, enteigneten Genossenschaftsbauern, erlegten Wissenschaftlern Berufs- und Arbeitsverbot auf. Vieles aber, was zwischen Elbe und Oder geschaffen worden war, nahmen sie einfach in Besitz. Auch am Schauspielhaus, das von da an Konzerthaus heißen sollte, fand die neuwalte besitzende Klasse großen Gefallen. Seitdem ist der Schinkelbau am Gendarmenmarkt, wie der Platz aus Preußennostalgie wieder heißt, oft äußerer Rahmen für Veranstaltungen der regierenden Parteien sowie der großbür-

gerlichen Oberschicht dieser Republik. Es änderte sich das Publikum auch normaler Konzerte. Die horrend erhöhten Eintrittspreise separierten reich und arm, so daß immer weniger Leute mit niedrigem Einkommen, vor allem aus dem Osten, dafür gut betuchte Herrschaften aus dem Westen Musik und Ambiente des Hauses genießen können.

So kam es, daß zwei der „besseren Gesellschaft“ angehörende ältere Damen während der Pause eines Konzerts den großen Saal und die Seitenfoyers besichtigten. In unverfälschtem Bayerisch verkündete eine von ihnen: „Hier sieht man doch, daß mit unserem Geld seit der Wiedervereinigung etwas Ordentliches zustande gebracht worden ist.“ **Günter Freyer**



„Die Verdopplung der Zahl von Obdachlosen auf unseren Straßen ist gar nicht so übel: Jetzt, da es mehr von ihnen gibt, können sie einander wärmen.“

Aus „People's Voice“, Kanada



Nach der bürgerlichen Presse zu urteilen, geht es so fröhlich zu, wenn Arbeitslose ihre Kohle bekommen. Selbstverständlich muß das Geld vom Amt drastisch gekürzt werden. Aus: „Proletären“, Göteborg

Uhu, das Bleichgesicht

Wir nannten ihn „Uhu, das Bleichgesicht“. Keiner von uns Halbwüchsigen machte sich je einen Reim auf diesen paradoxen Spitznamen. Uhu war schon aus der Schule, lernte Schreiner, war spindeldürr und hatte Lungenschwindsucht. Er qualmte getrockneten Pfefferminztee, selbstgebeizte Kirschblätter und machte richtige Lungenzüge von aufgelesenen zerbröselten Kippen. Mit gefälschten Unterschriften auf handgeschriebenen Zetteln wußte er sich in der Apotheke Asthma-Zigaretten auf den Namen einer Kriegerwitwe zu ergaunern, die kerngesund war. Beim Stachelbeeren- oder Kohlrabiklaunen hatte er mehr Mut als wir Pimpfe. Er war nicht in Hitlers Jungvolk und als Vierzehnjähriger auch nicht in der HJ, trotzdem „zäh wie Leder“, „flink wie ein Windhund“ und ein Wiesel zusammen. Aber er hatte nun mal „Motten“ in der Lunge. Uhu wußte immer irgendwelche Tips für erfolgversprechende Streiche. Als ganzen Kerl sahen wir ihn trotzdem nicht an; er kloppte sich nie, bekam mit niemandem Streit. Dann, nach diesem schönen Sonnentag Ende Mai 1943 brachen nachts mit Phosphorkanistern Sodom und Gomorrha über Barmen herein. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite von Uhus Mietskaserne zitterte ich in Pimpfuniform mit einer emaillierten verbeulten Waschsüssel als Stahlhelm auf dem Kopf im Kellergang. Der Strom fiel aus, auch die jungen Frauen beteten laut, ihre Männer standen an der Front. Babys schrien. Wir hörten das Rauschen und Zischen der Sprengbomben, erbebt bei den Detonationen. Die paar verbliebenen Männer an der „Heimatfront“ zuckten auch zusammen, duckten sich. Es gab keine Helden im Luftschutzkeller, keine Flak ballerte. „Wuppertal im Loch, wir finden dich doch“ hatte auf Flugblättern der Alliierten gestanden. „Herr, laß diesen Kelch an uns vorübergehen“, brabbelte Tante Hilde vor sich hin. Dann, im Bibbern, Zittern und Wimmern, ein Taschenlampestrahl.

„Die Tommys haben den Abflug gemacht. Was jetzt noch explodiert, das sind nur Zeitzündler.“ Der alte Murmann, das hinkende Faktotum des Hausherrn, stand auf der Kellertreppe und leuchtete in unsere fahlen Gesichter. Er, der Weltkriegsinvalid von 14/18, hatte auf dem Speicher mit Feuerpatsche und Sandsäcken Stabbomben gelöscht. Sein Chef, der Besitzer von Haus und Bandwirkerei hinter dem Haus, schnarrte: „Hast du auch im Betrieb geguckt? Richtig?! Geh noch mal hin!“ Der Kleinfabrikant schlotterte an allen Gliedern wie wir alle.

Erlöst trauten wir uns nur Schritt für Schritt, Stufe für Stufe nach oben, starrten ungläubig, ja ehrfürchtig, in die brandrote Nacht. Ein Flammenmeer. Unsere Straße am Berg war hell erleuchtet, aber kein Haus brannte, nur ein paar Stümpfe von Stabbomben flackerten im Asphalt. Wir waren noch einmal davongekommen. Vor Uhus Haus waren alle Nachbarn versammelt, schnatterten. Ein „Blindgänger“ hatte die vierstöckige Vorderfront vom Dach bis in den Keller

durchschlagen, in sämtliche Küchen konnte man wie in ein riesiges Puppenhaus sehen. Die krächzenden Kommandos vom alten Murmann scheuchten alle auf: „Verschwindet ihr wohl! Was meint ihr, wenn das ein Zeitzündler ist! Los, ab, ihr Helden!“ Alle stoben auseinander.

Uhus Mutter und Vater, der nicht beim Barras war, die beiden Schwestern und er wagten sich als einzige der Hausbewohner durchs offenliegende Treppenhaus in ihre Dachetage. Dort harrten sie aus, bis nach ein paar Tagen das Kommando zum Bombenentschärfen anrückte. Häftlinge aus dem Zuchtthaus Lüttringhausen mußten die Bombe erst freilegen. Alles ging gut. Gerüstbauer und Maurer folgten. Alle Frauen mußten mithelfen.

Ein paar Wochen später, beim Elberfelder Angriff, bekamen wir auf dem Beckacker noch einmal richtig Zunder. Man überlebte voller Haß auf die „Terrorflieger“. Die Nazipropaganda machte uns zu Siegern auf zeitweilig verlorenem Posten. Unsere Schule war zerstört, der beinamputierte Lehrer, in Rußland noch Feldwebel, konnte uns vorerst nichts mehr vom Endsieg vorschwafeln. Zu der Zeit tauschten die zwangsverschleppten Ostarbeiter aus den Baracken des Reichsarbeitsdienstes (RAD) am Boiler Eisteich Flugzeugmodelle gegen Brot. Sie schufteten in der verstreuten Kleinindustrie und schnitzten in ihrer knappen Freizeit mit plattgeklopften Nägeln aus massivem Holz taubengroße Me 109, He 111 oder Stukas, wie die Sturzkampfbomber hießen. Uhu strunzte bald mit allen Modellen, feinstens lackiert.

Wie gelangte der nur an die Brotmarken für Spielzeug? „Beziehungen“, tat er ge-

heimnisvoll und zog wichtigtuerisch die Augenbrauen hoch.

Und dann kam der 8. Mai 1945. Es gab nicht einen, der mehr Brot als Hoffnung hatte. Wir liefen über Land zu den Bauern nach Sprockhövel oder sonstwohin. Uhu hatte auf dem Heimweg immer mehr in seinem Rucksack als wir. Aber ihm konnte man allmählich das Vaterunser durch die Backen blasen. Bald ging er mit selbstgebranntem Schnaps auf Hamstertour. Außer „Beziehungen“ erfuhren wir nichts über den Fusel. Er handelte auch mit Amizigaretten. Einmal waren Uhu und ich allein in unserer Bude aus Trümmerholz. Ich zog an seiner Zigarette, aber trank nicht einen Schluck von seinem Schnaps. Er soff vor sich hin, wurde aber nicht lustig. Da verriet er mir ungefragt Unglaubliches. Ich erfuhr, wie er die Flugzeugmodelle von den Verschleppten ergattert hatte. Er besorgte den hungernden Ausgezehrten noch dürrere Hunde aus dem ganzen Viertel bis runter nach Oberbarmen. Dafür bekam er nach und nach die Flugzeuge und jeweils pro Köter ein wenig ausgelassenes Fett. Es hieß damals: Mit Hundefett könne man Lungentuberkulose heilen. Uhu spie später Blut und steckte seine Schwestern an. Er überlebte den Winter 1945/46 nicht, wurde nur achtzehn Jahre alt. Andere junge Männer in seinem Alter waren in ganz Europa den verlogenen Heldentod gestorben.

Hans-Dieter Hesse

Unser Autor ist Arbeiterschriftsteller aus Recklinghausen.



Grafik: SHAHAR



Ich habe mich sehr gefreut, daß Ihr in der neuesten Nummer des „RotFuchs“ einen Auszug aus meinem jüngsten Büchelchen veröffentlicht habt. Das war eine richtige nachträgliche Weihnachtsfreude. Und nun komme ich auch gleich mit einer Bitte zu Euch: Könnte ich nicht in der Berliner Regionalgruppe die „Gedankensplitter“ einmal vorstellen? Auch an einer Lesung in Rostock – bei „Charisma“ – wäre mir sehr gelegen. Meine Tochter, Christiane Barckhausen, die jetzt hauptsächlich in Italien lebt, will um die Osterzeit nach Berlin kommen. Auch sie wäre an einer Lesung sehr interessiert, hier oder in Rostock.

Ich wünsche allen „RotFuchs“-Mitarbeitern und Freunden ein gutes neues Jahr, das uns hoffentlich unseren Zielen ein wenig näher bringt.

Elfriede Brüning, Berlin

Bemerkung der Redaktion:

Wir danken der bekannten Autorin, der man ihre 96 Jahre nicht anmerkt. Die Veranstaltungen werden stattfinden. – Einen herzlichen Gruß!

In Leipzig-Lützschena steht ein Thälmann gewidmetes Denkmal, das zum Nachdenken anregen sollte. Doch im dortigen Ortschaftratsrat wurde ein Antrag der „Bürgerinitiative 1990“ beraten, es „umzuwidmen“. Begründung: Thälmann sei nie in Lützschena gewesen und – so Ferdinand Freiherr von Truchseß: Er habe zu den Freunden Stalins gehört, demnach nicht nur Gutes getan ...

Wer die Empörung der Antragsteller richtig verstehen will, sollte sich mit dem spezifischen Flair des Ortes vertraut machen: Bei Lesungen im Lützschenaer Stammschloß derer von Sternburg nahm außer den jetzigen „jungen Schloßherren“ Ferdinand von Truchseß und Hubertus von Erffa „sogar (hört! hört!) Prinz Alexander von Sachsen“ teil. Es fällt nicht schwer, sich die Reaktion derer vorzustellen, die ihre Ahnen seit Hunderten von Jahren auf adlige Dom- und Kriegsherren zurückführen können, wenn bei derlei kulturellem Genuß in illustrem Kreise auch noch Erinnerungen heraufbeschworen werden, die so gar nicht zum gepflegten Ambiente passen.

Aber hier geht es nicht darum, darüber nachzudenken, warum denn die Namen derer, die damals für Dom- und Burgherren arbeiteten, weit weniger bekannt sind. Text und Signum der VVN machen deutlich: Hier wird an einen Mann erinnert, der in Buchenwald von den Nazis ermordet wurde. Leipzigs ebenfalls hingerichteter früherer OB Karl Goerdeler, nun ja, der gehörte ja irgendwie dazu. Da fällt das Erinnern nicht so schwer. Aber Thälmann, der Kommunist – das waren doch jene, die mit dem Volksentscheid vom 30. Juni 1946 für die Enteignung der Nazi- und Kriegsverbrecher sorgten. Daß der dann schon nicht mehr dabei sein konnte, spielt keine Rolle: Um die Linie geht's. Wenn Goerdeler sich nach seiner Verhaftung zu Hitler bekannt und seine Mitstreiter zur Einstellung des Widerstandes aufgefordert hat, dann ist das kein Thema. Thälmann aber – da geht's ums Eigentum. Sein Entzug war für alte und bleibt auch für neue Schloß- und andere Herren ein Synonym kommunistischer Gewaltherrschaft.

Dr. sc. Klaus Hesse, Leipzig

Am 11. Dezember 2006 wurde auf dem Friedhof der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde ein Gedenkstein mit der Aufschrift „Den Opfern des Stalinismus“ eingeweiht. Die Reden hielten Herr Momper (SPD) und die PDS-Bezirksbürgermeisterin von Lichtenberg, Christina Emmrich. Nun ist der Begriff „Stalinismus“ sehr umstritten und wissenschaftlich völlig undefiniert. Folglich

sind auch die Opfer des Stalinismus schwer zu fassen. Dazu zählen sowohl die Kommunisten, die den „Säuberungswellen“ in der Sowjetunion zum Opfer fielen, als auch Sozialdemokraten, an der Grenze ums Leben Gekommene, Gegner der DDR, Nazis und Kriegsverbrecher in den Lagern nach 1945. Das größte „Opfer“ Stalins dürfte allerdings Hitler sein. „Stalin brach Hitler das Genick“ war eine der Losungen gegen den Stein Demonstrierender.

Meine Frage ist sehr einfach. Gibt es nun ein indirektes Denkmal für Hitler? Die Folgen wären furchtbar!

Dr. Martin Dressel, Berlin

Eine Partei, die sich – man mag es glauben oder nicht – Linkspartei nennt, ist Mitinitiator des Steins in Friedrichsfelde. Mit dem Prädikat „Opfer des Stalinismus“ wurde auch jeder „ausgezeichnet“, der gegen den Sozialismus und die DDR auftrat oder sich als glühender Antikommunist entpuppte, einschließlich jener KZ-Aufseher und SS-Schergen, die von der Roten Armee nach Kriegsende interniert wurden oder die in den Waldheimer Prozessen verurteilt worden sind. Eine Schändung der Gedenkstätte!

Gero Schreiber, Bernau

Das ND veröffentlichte am 5. 12. 2006 ein Interview Karlen Vespers mit dem Historiker Prof. Wilfried Loth von der Universität Essen.

Loth übersieht den ausschlaggebenden Akt der Spaltung Deutschlands, die separate Währungsreform vom Juni 1948. Sie war von den westlichen Alliierten lange insgeheim vorbereitet worden (beim Geldumtausch in Westberlin hatte ich als mit der Aushändigung der neuen Banknoten Befäßer die dem Dollar ähnelnden neuen Scheine in Banderolen mit dem Datumstempel November 1947 in der Hand!).

So wie diese Währungsreform die wirtschaftliche Einheit Deutschlands zerriß, so bewirkte die Währungsunion 1990 mit der Aufgabe der Währungshoheit der DDR den faktischen Zusammenschluß der beiden Teilstaaten; der 3. Oktober war nur noch der staatsrechtliche I-Punkt.

Weiterhin „vergaß“ Prof. Loth, daß die DDR als zwangsläufige Reaktion auf die Bildung der Bundesrepublik gegründet wurde, nachdem zuvor Millionen Deutsche in Ost und West nachdrücklich für die Einheit Deutschlands eingetreten waren. Die Bildung der BRD war durch die Londoner Empfehlungen vom März 1948 im Hinblick auf ihre Einbindung in die NATO festgelegt.

Die Chronologie ist ein eindeutiger Beweis dafür, wer Deutschland gespalten hat.

Prof. Loth reiht sich unter die Geschichtsfälscher ein!

RA Prof. Dr. Erich Buchholz, Berlin

Vor 25 Jahren, am 13. 12. 1981, besuchten Erich Honecker und BRD-Kanzler Helmut Schmidt das mecklenburgische Güstrow, auch als Ernst-Barlach-Stadt bekannt. Es handelte sich ohne Zweifel um ein wichtiges politisches Ereignis. Man traf sich mit regionalen Partei- und Kommunalpolitikern sowie mit kirchlichen Amtsträgern. Die Begegnung zeitigte Nachwirkungen für das gesellschaftliche Leben in der Region. Nach Schmidts dreistündigem Aufenthalt zog wieder Normalität im städtischen Tagesablauf ein. Ein Vierteljahrhundert später wurde in Güstrow mit „großem Bahnhof“, medienwirksam und in schrillen Tönen an das Ereignis erinnert. „Prominentester Gast“ war der seinerzeitige Ständige Vertreter der BRD in der DDR, Staatssekretär a. D. Klaus Bölling. Die lokale Presse forderte die Bürger auf, ihre Meinungen zum Besuch und vor allem dem damit verbundenen großen Sicherheitsaufgebot zu äußern. Wieder einmal wurde die Stasi-Keule geschwungen. Während eines Kolloquiums in der Güstrower Verwaltungsfachhochschule und beim Podiumsgespräch im Festsaal des Schlosses machte Herr Bölling die DDR und alle ihr treu Gebliebenen in übelster Weise verächtlich. Die „Ewiggestrigen“ wurden durch ihn aufgefordert,

„endlich das Maul zu halten“. „Die Stasi-Schergen von 1981“ hätten „auch in Himmlers SS Karriere machen können“, schrie er mit hochrotem Kopf in den Saal. „Sie können noch was erleben!“, drohte er Anwesenden nach dem Motto: „Für die Unbelehrbaren“ sei „noch nicht aller Tage Abend“. Widerspruch und Proteste gegen diese verbalen Ausschreitungen wurden nicht zugelassen. Daraufhin verließen viele Teilnehmer, auch junge Leute, das Kolloquium.

In der Tat lieferte die groteske Erinnerungsveranstaltung ein weiteres Lehrbeispiel für den Charakter der vielgepriesenen Demokratie in der BRD. **Walter Krüger, Dudinghausen**

Eine Ergänzung zum Beitrag „Kein Gewissen in Aufruhr“: Zu den Entstellungen des Dr. theol. Buske möchte ich bemerken, daß dieser „Dokumentarist“ wider besseres Wissen die rettende Tat des damaligen Greifswalder Stadtkommandanten Rudolf Petershagen bewußt in Frage stellt. Es ist durchaus richtig, daß Prof. Carl Engel, seinerzeit Rektor der Universität, und der Mediziner Prof. Katsch als Parlamentäre den anrückenden Truppen der Roten Armee das Angebot der kampflosen Übergabe Greifswalds überbrachten. Die beiden Herren hatten ohne Zweifel großen Anteil, daß die historisch wertvolle Stadt erhalten blieb; dennoch wäre die mutige Tat ohne den Stadtkommandanten, dessen Vollmachten und Willenskraft nicht möglich gewesen.

In jüngster Recherchearbeit konnte ich gemeinsam mit dem Historiker Dr. J. Krüger aus Greifswald die verleumderischen Angriffe Buskes gegen Petershagen exakt widerlegen. Der tragische Tod Prof. Engels in sowjetischer Internierung, die mit seiner langjährigen NSDAP-Mitgliedschaft und seinem Wirken als deren Landesredner zusammenhing, berechtigt Buske nicht zu der Behauptung, der eigentliche Retter Greifswalds sei in russischer Haft umgekommen und Petershagen fälschlicherweise zum Ehrenbürger der Stadt ernannt worden.

Als Student des Historischen Instituts an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald (1960 bis 1964) habe ich mehrmals bei wissenschaftlichen Konferenzen mit Rudolf Petershagen sprechen können. Er hat immer betont, daß er nur mit Hilfe Gleichgesinnter die Stadt habe retten können. Es gibt noch genug Greifswalder, die diesen Mann nicht vergessen haben und ihn weiterhin als Ehrenbürger achten.

Dr. Günter Wehner, Berlin

Mitte Dezember meldeten Fernsehen und Presse folgendes: 167 „DDR-Doping-Opfer“ erhalten ein Schmerzensgeld von je 9250 Euro. Als Galionsfigur trat im TV eine gewisse Birgit Böse auf, eine „bekannte DDR-Kugelstoßerin“, wie uns der Sender weismachen wollte.

Da ich damals bei allen internationalen Jugendwettkämpfen der Freundschaft und bei allen Junioren-Europameisterschaften als Mannschaftsleiter der Leichtathletik dabei war, weiß ich, wer Frau Böse, damals noch Birgit Papst, Jahrgang 1961, ist. Sie hatte als Kind beim TSC Berlin tatsächlich Kugelstoßen trainiert. 1975 wurde sie Spartakiadesiegerin der Altersklasse 13. Im Jahr darauf konnte sie sich nicht für die Jugendwettkämpfe der Freundschaft in Zielona Góra (Polen) qualifizieren. Auch danach war sie in keiner Jugend-, Junioren- oder Frauenmannschaft. Sie stand auf keiner internationalen Startliste, behauptet nun aber, ein Doping-Opfer zu sein. Im Prozeß gegen Ewald und Höppler trat sie sogar als Nebenklägerin auf, wurde aber vom Gericht abgewiesen.

Ich kenne die anderen 166 Namen der „Opfer“ nicht. Wenn aber deren Sprecherin Frau Böse ist, dann sagt das alles. Übrigens: Warum werden gerade „DDR-Doping-Opfer“ entschädigt? Sind nicht die BRD-Mehrkämpferin Birgit Dressel am 10. 4. 1987 und vorher schon der Boxer Jupp Elze durch Doping ums Leben gekommen? Hat man deren Angehörige bereits stillschweigend entschädigt, oder fallen ihre Ansprüche unter den Tisch?

Horst Gülle, Berlin

Herzlichen Dank für die Dezember-Ausgabe des „RotFuchs“. Ich arbeite in der Leipziger Regionalgruppe „Initiative Christliche Linke“ aktiv mit. Kürzlich hatte diese zu einem interessanten Vortrag von Jens-Eberhard Jahn eingeladen. Das Thema lautete „Die Rolle der Religion in der Arbeit der PDS“.

Zahlreiche Protestbewegungen der 70er und 80er Jahre seien in der damaligen BRD stark christlich geprägt gewesen, führte der Redner aus. In dieser Tradition habe man Widersprüche zwischen linken Positionen und christlichem Bekenntnis weniger wahrgenommen als in Ostdeutschland. Nicht selten hätten westdeutsche Kinder erst im Religionsunterricht emanzipatorisches linkes Denken kennengelernt. Dennoch sei allzu häufig, zumindest bei den großen Kirchen und in deren Gemeinden, eine bürgerliche Milieuverengung festzustellen, die ihnen den Blick für Schwache und Bedürftige trübe. Linke, Muslime, Juden und Christen verbinde jedoch die Vision von einem neuen Himmel und einer neuen Erde. Die christliche Linke wisse sich auch den Traditionen des religiösen Sozialismus und der Befreiungstheologie verpflichtet. Sie wolle „eine politische Plattform für all jene sein, die erfahren haben, daß Marxismus, Christentum und Religion von ihren sozialen Zielen und Inhalten her auf entscheidende Gemeinsamkeiten verweisen können“.

Hermann Gerathewohl, Leipzig

Bisher hatte ich die Hoffnung, eine Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland wäre hoch genug, um das Potsdamer Abkommen (PA) nicht aus den Augen zu verlieren.

Der Artikel von Christian Zapf über Internierungslager belehrt mich eines Schlechteren. Kein Wort von Befreiung, Gefangene „vegetieren“ als Opfer, und die Internierungspraxis ist in West wie Ost „schrecklich“. Böse Alliierte. Armes Deutschland.

Im PA sieht man die Sache ja anders: „Alliierte Armeen führen die Besetzung von ganz Deutschland durch, und das deutsche Volk fängt an, die furchtbaren Verbrechen zu büßen, die unter der Leitung derer, welche es zur Zeit ihrer Erfolge offen gebilligt und denen es blind gehorcht hat, begangen wurden.“

Im Abkommen ist dann auch von der Perspektive für ein friedliebendes und demokratisches Deutschland die Rede. Aber „für eine Anfangsperiode“ gibt es auch antinazistische Repression und Internierung. Die Antifaschisten der ersten Stunde waren für die zeitweilige Abwesenheit von Gestapoleuten, Parteibonzen, HJ-Werwölfen oder Wehrwirtschaftsführern dankbar.

Für die Westzonen galt auch: Die Lager waren nur kurzzeitig errichtet, die „Entnazifizierung“ eine Farce, Strafverfolgung gab es kaum.

Wohin die Kampagne gegen das Potsdamer Abkommen und das Umlügen der Geschichte des Ostens dieser Zeit führte, wissen wir: Totalitarismustheoretische Gleichsetzung von faschistischem KZ und sowjetischem Internierungslager als Unrecht, Umwidmung der Gedenkstätten in diesem Sinne und Verurteilung von DDR-Juristen, weil sie Angeklagte aus diesen Lagern bestraft hatten.

Eine historisch richtige Maßnahme der Antihitlerkoalition ist das Grundlegende. Schlechte Haftbedingungen und Übergriffe, die es gegeben hat, stehen dem nicht entgegen.

RA Dr. Heinz Jürgen Schneider, Hamburg

„Internierungslager auf den Rheinwiesen“? Das waren Kriegsgefangenenlager! Sie hätten nach internationalen Konventionen und Verträgen unterhalten und betrieben werden müssen! Internierungslager haben einen anderen Charakter, dienen einem ganz anderen Zweck.

Nach „Remagen“, wo ich mich vom 21. April bis Anfang Juni 1945 befand, und wo ich in diesen sieben Wochen 29 Kilo abnahm, lernte ich als 22jähriger Artillerieleutnant das Offizierslager Attychy kennen – und damit die Nazitreue, Arroganz und Menschenverachtung Hitlerscher

Stabsoffiziere. Von dort „floh“ ich nach kurzer Zeit in ein Arbeitslager.

Wolfgang Ahrens, Ballenstedt

Mein Vater, geboren 1928 (und zwar am selben Tag wie Che Guevara), kam als 16jähriger zu Hitlers „Volkssturm“, wurde von den Amerikanern gefangenengenommen und u. a. ins „Lager“ Bad Kreuznach eingeliefert. Was er darüber erzählte, ließ mich schon als Kind erschauern. Ende 1945 wurde er mit einem Gewicht von 49 Kilo aus der Gefangenschaft entlassen, kam zurück in seine Thüringer Heimat, bewarb sich als Neulehrer, beteiligte sich an der FDJ-Initiative „Max braucht Wasser“, wurde ein überzeugter Kommunist und obendrein Vater von sieben Kindern, die er alle im Geist des Antifaschismus erzog.

Cornelia Klier, Berlin

Da, wie Christian Zapf im RF 107 treffend ausführt, die Bedingungen in den Kriegsgefangenenlagern der Westalliierten in der veröffentlichten Meinung keine Rolle spielen, nutzen alte und neue Nazis diese Situation für ihre Demagogie.

Seit mehreren Jahren dient die Gedenkstätte des Kriegsgefangenenlagers Bretzenheim den Nazis als Treffpunkt. Am Totensonntag 2006 war die Antwort der antifaschistischen Kräfte aus Kirchen, Gewerkschaften, dem bürgerlichen und dem linken Lager ein Friedensgebet vor der katholischen Kirche in Bretzenheim. So hat man dem Charakter des Totensonntags eher entsprochen als durch eine direkte Gegendemonstration.

Der Nazi-Aufmarsch war durch die Verwaltung und das Koblenzer Verwaltungsgericht verboten worden. Allerdings hat das Oberverwaltungsgericht Rheinland-Pfalz (Koblenz) diese Entscheidung revidiert. Zwar durften die Nazis nicht durch Bretzenheim marschieren, keine Transparente und Lautsprecher verwenden, doch Kranzniederlegung und Totenehrung wurden ihnen erlaubt.

Der Bürgermeister von Bretzenheim setzt nach wie vor auf die stille und unpolitische Aufarbeitung der Geschichte des ehemaligen Gefangenenlagers.

Petra Reichel, Bad Kreuznach

Es gibt Linke, die tun wie Linke, reden wie Linke, sagen, sie seien Linke, sind aber im Grunde nicht mehr links. Es handelt sich um eine Art Etikettenschwindel. Sagen sogenannte Linke, sie wollen die Eigentums- und die Machtfrage nicht antasten, wollen aber linke Politik machen, so kann man doch nur annehmen, sie meinen eine Art von Wohlthätigkeit oder Heilsarmee mit Schalmei. Man könnte sich auch eine Partei vorstellen mit dem Titel PDS-Halblinke, denn es erscheint alles ein bißchen halb, halb-links, halb-rot, halb-revolutionär, halb-antikapitalistisch. Diese Halblinken haben den kleinen Gummihammer der politischen Alternativlosigkeit in der Hosentasche und den Weichspüler der bürgerlichen Markt-Demokratie im Abgeordnetengepäck. Das zweischneidige Schwert der Menschenrechte führen sie als Brieföffner mit, um Wohlthätigkeitsbriefe für Spenden gegen millionenfaches Verhungern von Kindern zu öffnen und weiterzuleiten. Überhaupt scheint Hoffnung in die Vernunft des Kapitals, das doch nicht den Ast absägen könne, auf dem es sitze, die einzige Hoffnung vieler Linker auf Veränderungen positiver Art zu sein. Man ist weit davon entfernt, dem Kapital die Instrumente zu zeigen, die es das Fürchten lehren könnten. Es agieren vorwiegend Haushandwerker mit Reparaturkästen, die ihre großen revolutionären Vorfahren mit Angst und teilweise Abwehr betrachten. Es sind die Blicke von Zwergen auf Riesen, die heutige Linke auf ihre Vorväter werfen. Und das macht das Kapital so stark.

Manfred Hocke, Berlin

Im „RotFuchs“ sind bereits mehrmals interessante Beiträge zur entstehenden neuen Linkspartei erschienen. Der ganze Prozeß wird uns sicher noch länger beschäftigen. Aber vielleicht sind auch schon „alle Messen gesungen“. In einem Schreiben an den Bundesvorstand der

Linkspartei.PDS habe ich eine Reihe von Gedanken zu den programmatischen Eckpunkten dargelegt und entsprechende Vorschläge unterbreitet. Ein geeigneter Name wäre vielleicht: Sozialistische Linkspartei.

Werner Wild, Magdeburg

Ich bedanke mich ganz herzlich, daß Ihr mir seit September regelmäßig den „RotFuchs“ zusendet. Ich lese ihn sehr interessiert, weil ich mit den dort veröffentlichten Artikeln von der Sache her weitgehend übereinstimme, sie meiner Grundüberzeugung entsprechen. Zur Unterstützung Eurer Bemühungen um eine gerechte Gesellschaft übersende ich Euch eine Spende von 50 Euro. Ich bin mir bewußt, wie schwer diese Arbeit für Euch ist. Ich bitte Euch allerdings ganz herzlich, bei Euren Veröffentlichungen immer das Prinzip der Sachlichkeit und der strikten Beachtung der gemeinsamen Grundinteressen aller Linken zu fördern. Deshalb mißfällt mir die zunehmende Verurteilung der PDS im RF. Trotz unterschiedlicher Meinungen sollten wir das Verbindende sehen.

Werner Pomian, Berlin

Prof. Dr. Horst Schneider fragt im RF Nr. 107 „Wo liegt Ostdeutschland?“ Man muß ein „Wessi“ sein, um diese Frage beantworten zu können. Der Begriff „Mitteldeutschland“ für die frühere DDR entstammt dem revanchistischen Sprachgebrauch der 50er und 60er Jahre. Er wurde nicht nur von (Neo-)Faschisten und Vertriebenen-Politikern, sondern auch von der Adenauer-Regierung und deren Nachfolgern benutzt, um Gebietsansprüche östlich der DDR zu demonstrieren.

Unter Ostdeutschland verstand man (und versteht man offenbar noch heute) Schlesien, Ostpreußen, Danzig etc. Ostdeutschland liegt – zumindest nach dieser Sprachregelung – in Polen und Rußland.

Die Tatsache, daß dieser Sprachgebrauch auch nach der Annexion der DDR von offizieller Stelle beibehalten wird, straft die Anerkennung der deutschen Ostgrenze Lügen und läßt auf langfristige Eroberungspläne schließen.

Armin Klige, Iserlohn

Seit gut zwei Jahren beziehe und lese ich den „RotFuchs“ und möchte mich erst einmal dafür bedanken, daß Ihr diese in Inhalt und Erscheinungsform wohl einmalige und so wichtige Publikation verantwortet. Anlaß meines Schreibens ist ein marginales, wenn auch beachtenswertes (und mich empörendes) Erlebnis, welches ich kürzlich mit dem Internet-Buchhändler „Amazon“ hatte.

Mir war zufällig das Buch „Wegweiser für die intelligente Frau zum Sozialismus und Kapitalismus“ von George Bernard Shaw (in der bearbeiteten Übersetzung von Ursula Michels-Wenz, erschienen 1978) in die Hände gefallen, und da es mir gut gefiel, wollte ich mich darüber informieren, ob und zu welchem Preis es noch erhältlich wäre. So kam ich auf die entsprechende Website von „Amazon“ (die ich sonst nicht zu frequentieren pflege), und als ich feststellte, daß zu diesem (Verkaufs-)„Artikel“ noch keine Rezension erschienen war, beschloß ich kurzerhand, mich dort anzumelden und selber meinen Leserkommentar einzureichen.

Nachdem ich einen vergleichsweise kurzen und durchaus moderaten (vielleicht aber doch zu kapitalismuskritischen) Text abgeschickt hatte, dauerte es etwa eine Stunde, bis die Freigabe erfolgte, und nachdem ich mich überzeugt hatte, daß er „online“ war, verließ ich die Seite wieder. Groß war allerdings meine Überraschung, als ich sie nach drei Tagen wieder aufsuchte und lesen mußte: „Kundenrezensionen: Schreiben Sie die erste Online-Rezension zu diesem Artikel.“ Offenbar war also mein Beitrag nach nochmaliger Prüfung sang- und klanglos gelöscht worden. Als ich versuchte, den Text abermals einzugeben, wurde ich belehrt: „Es ist nur eine Rezension pro Kunde und Artikel erlaubt.“

Thomas Movtchaniouk, Düsseldorf

Lebte Brecht noch, hätte er das Gedicht Eva Rupperts als oberflächlich abgelehnt. Sein Leben war, natürlicherweise, voller Widersprüche. Kritik an Brechts Werk war keineswegs nur an politische Diskrepanz gebunden. Wer über B. B. spricht, begibt sich auf einen schwierigen Boden. Man muß nur an das Ringen Brechts in der „Formalismus-Debatte“ erinnern, als ihm „volksfremde Dekadenz“ nach Aufführung der „Mutter Courage“(!) vorgeworfen wurde. Das kam nicht aus bürgerlicher Feder, sondern aus der des DDR-Schriftstellers Fritz Erpenbeck. Auch Friedrich Wolf lehnte das epische Theater Brechts strikt ab. Das warf den parteilosen Marxisten B. B. indes nicht um.

Dr. Peter Fisch, Dresden

Mit Interesse habe ich den Beitrag „Die schäbigen Schmäher Walter Ulbrichts“ im Dezember „RotFuchs“ gelesen. Die MDR-Sendung war offensichtlich von vornherein darauf angelegt, das Ansehen Walter Ulbrichts zu beschädigen. Ich hatte das Glück, ihm in meinen jungen Jahren einmal für kurze Zeit zu begegnen. Dieses Erlebnis ist in mir haften geblieben. Mehrere meiner älteren Genossen, die öfter mit ihm zu tun hatten, berichteten mir viele Jahre später, wie sie ihn als aufgeschlossenen und feinfühligsten Menschen erlebten.

RA Ralph Dobrawa, Gotha

Ohne Wenn und Aber bleibt der „RotFuchs“ für mich mit Abstand das Beste, was im bundesdeutschen Medienwald zu haben ist. Es kommt gar nicht darauf an, ob mancher Artikel etwas zu wissenschaftlich erscheint oder ein anderer die DDR etwas zu schön beschreibt. Viel wichtiger ist mir der klare Standpunkt zu den Fragen von Macht und Eigentum. Der Stolz und die Sicht auf die DDR sind ohnehin geprägt vom Lebensweg und den Erfahrungen der Autoren und Leser. Die konterrevolutionären Gegner der DDR wissen ganz genau, warum sie bis heute weder Kraft noch Mühe scheuen, den ersten Arbeiter-und-Bauern-Staat auf deutschem Boden zu diffamieren.

Ob und wie es hierzulande in absehbarer Zeit nochmals zu einem sozialistischen „Anlauf“ kommt, kann wohl z. Z. niemand voraussagen. Sicher ist nur, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse so, wie sie jetzt sind, auf keinen Fall bleiben können. **Henrik Fuchs, Wurzen**

Zu Dr. Esers interessantem Beitrag im RF 108: Unter „dilettantisch“ versteht man laut Duden „unfachmännisch, laienhaft, stümperhaft“. Dagegen erfolgte die Zerstörung der DDR-Chemie – wie der gesamten Volkswirtschaft unseres Landes – bei vollem Fachwissen und mit dem eindeutigen Auftrag, die Konkurrenz auszuschalten und „nachzuweisen“, daß eine sozialistische Ökonomie nichts taugen kann, weil sie nichts taugen darf.

Dr.-Ing. Peter Tichauer, Berlin

Was den „RotFuchs“ betrifft, den ich seit September erhalte: Hochachtung und Dank! Es ist meine Sprache und Überzeugung, ohne Abstriche. Als Ökonom interessiere ich mich natürlich vorrangig für wirtschaftspolitische Themen, als Kommunist und komplex denkender Gesellschaftswissenschaftler bin ich aber eigentlich an allem interessiert. Aktuell beschäftigen mich zwei Fragen: 1. Wie kann man was tun, um die Dynamik gewinnende Entwicklung nach rechts aufzuhalten und zu verhindern? 2. Wie kann man das große Potential des Protests und von Kritikern der monopolkapitalistischen Herrschaft angesichts des Fehlens einer starken kommunistischen Partei auf einen Nenner bringen? **Klaus Liebrecht, Rostock**

Meine Meinung zum Leserbrief von Gerhard Wenzel im RF 108: Wären die Millionen „antifaschistischen Wähler“ nur den Weg von Georg Elser und der anderen Widerstandskämpfer gegangen, dann hätte die Geschichte einen anderen Verlauf genommen.

Übrigens: Da hilft auch kein, wie ich meine, mißbräuchlicher Verweis auf Lenin.

Reinhold Schramm, Berlin

Wer allen Ernstes behauptet, die DDR sei schlimmer gewesen als das „Dritte Reich“, ist entweder ungläublich dumm, debil (IQ unter 80), unvorstellbar unwissend oder geisteskrank. Vermutlich war das „Dritte Reich“ der mit Abstand barbarischste Staat in der modernen Menschheitsgeschichte. Ein Vernichtungskrieg der verbrannten Erde, 56 Millionen Tote und Zerstörungen bisher unbekanntem Ausmaßes, Ausrottung unerwünschter Ethnien und Religionen, Auschwitz und physische Vernichtung jeder Opposition sind Zeugnisse unglaublicher Bestialität, derer sich ein Volk, das sich zivilisiert nennt, schämen sollte. Noch schlimmer, wenn sich diese Mörderbande wahnhaft einbildete, einer höheren arischen Rasse anzugehören.

Wer sich angesichts dieser unvorstellbaren Schwerverbrechen dazu versteigen kann zu behaupten, die DDR sei schlimmer gewesen als das „Dritte Reich“, kann nicht normal sein – siehe oben. **Theo Wik, St. Johann**

Ein paar Fragen zum Beitrag „Vom NVA-General zum Soldatenschicksal“. Warum verfaßt General a. D. Löffler innerhalb von vier Jahren zwei Bücher über sein Leben in der NVA der DDR – und zwar einmal für West- und einmal für Ost-Leser? Warum schreibt Admiral a. D. Theodor Hoffmann für das zweite Buch ein Vorwort? Kannte er das erste Buch nicht, war ihm der Verfasser nicht näher bekannt? Entgingen ihm die im „RotFuchs“-Artikel genannten Probleme?

Es ist bedauerlich und zugleich auch unerklärlich, wie General Löffler jahrzehntelang in der NVA Dienst tun konnte, ohne daß seine wahre Einstellung erkannt wurde. **Joachim Herfurth, Raguhn**

Als 20jähriger Wehrpflichtiger rückte ich vor 40 Jahren für 18 Monate bei der Bundeswehr ein. Sinn und Zweck dieser Armee waren mir bekannt. Sie wurde von Nazi-Generälen mitgegründet, und Strauß war ihr Minister. Um mehr über die NVA der DDR zu erfahren, las ich mit Interesse das Buch von Löffler „Soldat der NVA von Anfang bis Ende“. Im Dezember-RF beleuchtet es nun D. Hillebrenner. Sein Artikel brachte mich zum Grübeln. War für L. die Karriere das Wichtigste? Warum kam seine Kritikfähigkeit nicht früher zum Durchbruch? Weshalb war er 1990 noch immer unkritisch, als die NVA aufgelöst wurde? Dachte er an die Fortsetzung seiner Laufbahn im Westen?

Echte Antifaschisten und Sozialisten finden in der Bundeswehr weder als Soldaten noch als Offiziere einen Platz. Mir wurde jedenfalls nach einem Jahr Ausbildung gesagt, ich stünde „auf der falschen Seite der Barrikade“. Darauf bin ich heute noch stolz. **Holger Meyer, Hamburg**

Die Empörung darüber, wozu die frühere sozialdemokratische Bundeswehrführung sogenannte Elitesoldaten des KSK (Kommando Spezialkräfte) eingesetzt hat, ist nur allzu berechtigt. Vor wenigen Jahren übernahmen sie Wachaufgaben in einem amerikanischen Militärgefängnis in Kandahar/Afghanistan. Ob sie dort auch an Folterungen beteiligt waren, bleibt offen.

Der Skandal besteht darin, daß der Bundestag und dessen Verteidigungsausschuß stets betonten, die parlamentarische Kontrolle über die Bundeswehr sei voll gewährleistet. Offensichtlich wurde er gar nicht darüber informiert, was seine Kommandokrieger in Afghanistan eigentlich machten. Der deutsche Steuerzahler wird diese Geheimarmee weiter finanzieren müssen.

Es ist nicht darüber hinwegzusehen, wer diese Elitetruppe für Spezialeinsätze aufgebaut hat. Es war General Reinhard Günzel, der in Verbindung mit dem geheimnisumwitterten Agieren

des KSK in Afghanistan für „Härte im Einsatz“ plädierte. Er stellte noch im Oktober 2004 das KSK direkt in die Tradition der als Vorbilder der Naziwehrmacht angesehenen Ritterkreuzträger (siehe: Detlef Bald. Die Bundeswehr. Verlag C. H. Beck, München 2005).

Heinz Behrendt, Plauen/Vogtland

Aufgrund meiner praktischen Erfahrungen möchte ich mich zu Prof. Mathos Ausführungen äußern. Ich sitze nach zwei Schlaganfällen halbseitig gelähmt noch täglich fünf bis acht Stunden am Computer und arbeite. Eine wissenschaftliche Ausbildung habe ich nicht, aber vier Berufe ausgeübt. (Vielleicht erinnern sich die Leser: Ich applizierte an die früheren DDR-Bürger unter ihnen, ihre „biologischen Festplatten“ intakt zu halten und zu nutzen.)

Nach meiner Erfahrung hat die Mehrzahl der Menschen das Bedürfnis nach Wissensaneignung und -anwendung. Ich habe bei jungen Leuten festgestellt, daß viele unter Einsatz von Kopf, Herz und Hand für sinnvolle Ziele durchaus freiwillig lernen und arbeiten. Dazu bedarf es nicht der Peitsche des Erwerbsarbeitsverhältnisses. Wenn durch ein Grundeinkommen für alle die existentielle Frage geregelt wäre, würden die Menschen freiwillig jene Arbeit wählen, zu der sie die größte Neigung und Eignung haben. Das Arbeitsergebnis dürfte entsprechend gut ausfallen. Klar ist für mich, daß das Grundeinkommen so hoch sein muß, daß nicht nur das physische Überleben gesichert, sondern auch die Teilhabe an gesellschaftlichen und kulturellen Aktivitäten möglich ist.

Karl-Heinz Volck, Berlin

Anknüpfend an die Bemerkung des Genossen Steiniger im Leitartikel „Des Pudels Kern“ (RF 107), „das Kernstück“ sei die Frage von Macht und Eigentum, ist zu vermuten, daß sich überhaupt auf dem Gebiet der Ökonomie die Anziehungskraft der Sozialisten und Kommunisten langfristig entscheiden wird. Der Nachweis, daß auch und gerade im Zeitalter der Globalisierung die kapitalistische Produktionsweise für die weltweiten Verheerungen ursächlich ist, muß immer wieder erbracht werden, um den bürgerlichen Meinungsmachern („Globalisierung gestalten, denn sie ist unumkehrbar“) den Wind aus den derzeit prallen Segeln nehmen zu können.

Dr. Walter Lambrecht, Gelbensande

Anfang Dezember 2006 wurde in den Medien von einer Baker-Kommission berichtet, die der Bush-Administration „Vorschläge“ unterbreiten sollte, wie sich die USA „schadenfrei“ aus Irak zurückziehen könnten. Die Einsetzung dieser Kommission ist das Eingeständnis der Niederlage Bushs. Die Bilder über ihre Sitzungen, an denen der USA-Präsident selbst teilnahm, wirkten blamabel. Eigentlich hätte anstelle der Baker-Kommission ein Völkertribunal tagen müssen, um Bush und Konsorten als Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen. Noch einmal wird deutlich, daß die völkerrechtswidrige Aggression des Pentagons mit einer Lüge begann. Irakische Massenvernichtungswaffen wurden nicht gefunden. Die Vereinigten Staaten hätten sich also aus Irak unter Wiedergutmachung zurückziehen müssen. Aber das geschah nicht, weil ihre strategischen Gründe ganz andere waren, als sie der Welt vorgaukelten. Auch Hitler brauchte die Lüge, den angeblichen Überfall auf den „Reichssender Gleiwitz“ als Rechtfertigung für seinen Angriff auf Polen. USA-Präsident Lyndon B. Johnson griff 1964 zur Lüge vom Beschuß amerikanischer Zerstörer durch Küstenschutzboote der DRV im Golf von Tonkin, um den Luftterror gegen das vietnamesische Volk zu entfesseln.

Dr. Rudolf Dix, Zeuthen



Nieder mit der Stasi! Es lebe die Staatssicherheit!

Grafik: Klaus Parche

Die **Regionalgruppe Leipzig** lädt zu einer Veranstaltung am **6. Februar, 18 Uhr** in das Liebknecht-Haus, Braustraße, ein. **Prof. Dr. Horst Schneider**, Dresden, behandelt das Thema:

Klio wird staatlich vergewaltigt

Die Geschichtsfälschung zur DDR

RF-Chefredakteur

Dr. Klaus Steiniger

spricht am **22. Februar**

um **17.30 Uhr**

in der **Begegnungsstätte der Volkssolidarität**

Halle-Neustadt,

Hettstedter Straße 1.

Thema:

Portugals Nelkenrevolution – Cunhals Partei heute

Es werden zwei Filme gezeigt.

Prof. Dr. Götz Dieckmann bei der **Regionalgruppe Bitterfeld/Wolfen**

Der bekannte Historiker und stellvertretende Vorsitzende des RF-Fördervereins spricht am **27. Februar um 16 Uhr** in Bitterfeld, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Sorge 2.

Sein Thema:

Ursachen und Hintergründe des Sieges der Konterrevolution

IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:

„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)

Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schanser

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki
Rolf Berthold
Dr. Manfred Böttcher
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Prof. Dr. Götz Dieckmann
Ralph Dobrawa
Dieter Fechner
Dr. Peter Fisch
Bernd Fischer
Peter Franz
Günter Freyer
Prof. Dr. Georg Grasnack
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Dr. Dieter Hillebrenner
Manfred Hocke
Hans Horn

Dr. Klaus Huhn
Dr. Erhard Kegel
Dr. Hans-Dieter Krüger
Rudi Kurz
Prof. Dr. Hans Lutter
Wolfgang Mäder
Bruno Mahlow
Dr. Bernhard Majorow
Prof. Dr. Fred Matho
Wolfgang Metzger
Prof. Dr. Harry Milke
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Richard Georg Richter
Prof. Dr. Werner Roß
Gerhard Schmidt
Prof. Dr. Horst Schneider
Dr. Gerhard Steinmüller
Fritz Teppich
Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche, SHAHAR

Internet-Präsentation

des „RotFuchs“ und
akustische Ausgabe
(für Sehbehinderte):
Sylvia Feldebinder

Versand und Vertrieb:

Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens,
Sonja Brendel, Bruni Büdler,
Christa und Bernd Koletzki

Redaktionsschluß ist jeweils der 15. des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74